

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Monnatspreis 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 höchstens 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 gebühren: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgelohene Kolonne
 gelte über deren Raum 50 Pf., für
 politische und gemeinschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (leit-
 gebende) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlo-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 12. August 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Hungerpreise.

Grenzperren, Zölle, umfassende, kostspielige Quarantänevorschriften, die dazu noch schifanös gehandhabt werden, bilden eine sichere Mauer gegen die Einfuhr ausländischen Viehes und Fleisches und damit gegen niedrige Fleischpreise in Deutschland. Unsere Junker verlangen für diese Maßnahmen noch Dank. Nicht die Erlangung hoher Preise ist, wie sie versichern, der Zweck der Einfuhrbeschränkung, sondern die Sorge um die Gesundheit und das Wohlergehen des Volkes. Die hohen Preise müssen die armen Viehproduzenten ganz wider Willen mit in Kauf nehmen. Angeblich ist alles ausländische Vieh verächtlich. Deshalb muß es vom deutschen Markte ferngehalten werden. Leider will es die Ironie der Geschichte, daß vor kurzem deutsches Mustervieh von der Ausstellung in Buenos Aires zurückgewiesen werden mußte, weil es bei der Untersuchung als tuberkulös befunden worden war. Das für eine Ausstellung ausgesuchte deutsche Vieh tuberkulös! Trotzdem: der deutsche Fleischkonsument muß vor der Gefahr, krankes ausländisches Fleisch zu genießen, durch preissteigernde Maßnahmen geschützt werden!

Und was haben die Verteidiger der Grenzperre zu der blamablen Tatsache zu sagen? Die „Deutsche Tageszeitung“ glaubt die Angelegenheit erledigt durch die Erklärung: „Die deutsche agrarische Bewegung hat mit der Ausstellung in Buenos Aires nichts zu tun.“ (Nr. 363 vom 6. August.) Ob der Bund der Landwirte an der Beschädigung der Ausstellung in Buenos Aires beteiligt ist oder nicht, das ist vollständig gleichgültig. Worauf es ankommt, ist die nicht zu bestreitende Tatsache, daß deutsches Mustervieh, mit dem die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft auf einer Ausstellung Klame machen wollte, als tuberkulös befunden worden ist. In Wirklichkeit ist den Junkern nichts mehr verhaft, als eine bessere Versorgung des heimischen Marktes mit billigen Lebensmitteln. Ihre Bestrebungen haben keinen hygienischen, sondern nur einen metallischen Grund. Das verrät die „Deutsche Tageszeitung“ bei dieser Gelegenheit selbst mit dankenswerthem Freimuth. Sie meint:

„Wir haben uns allerdings nicht gegen die von anderer Seite geplante Beschädigung ausgesprochen, wohl aber haben wir uns gehütet, für die Beschädigung irgendwie Stimmung zu machen. Wir taten das schon deswegen, weil man bei den Versuchen, uns dafür zu gewinnen, in Aussicht stellte, es werde vielleicht durch die Ausstellung und ihre Ergebnisse möglich sein, den Austausch landwirtschaftlicher Erzeugnisse zwischen Argentinien und Deutschland zu fördern. Die Vertreter des Deutschen Reiches in Buenos Aires würden sich vermutlich davon überzeugen, daß die Ausfuhr argentinischen Viehes nach Deutschland zu Schloßzwecken nicht gefährlich sei, und man werde so zu einer beiderseits befriedigenden „Verständigung“ kommen. Daß wir diesen Sirenenfängen unser Ohr verschlossen, brauchen wir nicht wohl besonders zu sagen.“

Doch schnell wechselt die agrarische Meinung. Schon drei Tage später, in der Nr. 368 vom 9. August, serviert die „Deutsche Tageszeitung“ ihren gläubigen Lesern den von einem Professor Dr. Paul S. Roemer im „Argentinischen Wochenblatt“ ausgesprochenen Verdacht, bei dem für die deutsche Landwirtschaft so blamablen Vorgänge habe vielleicht die englische Konkurrenz ihre unsauberen Hände im Spiele gehabt. Früher schon hätten bestohene Stallknechte tuberkulöse, aus England eingeführte Tiere durch Immunisierung in Argentinien eingeschmuggelt. Es wäre deshalb nicht ausgeschlossen, daß interessierte Personen, um der drohenden Konkurrenz aus Deutschland zu begegnen, allerlei Mittel angewandt hätten, um das gesunde deutsche Vieh tuberkulös erscheinen zu lassen.

Wenn aber auch die Grenzperrenmaßnahmen nicht das deutsche Vieh vor Verseuchung schützen, wie neben der obigen Affäre der jüngste Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in den Provinzen Ost- und Westpreußen aufs neue beweist, so wirken sie um so vorzüglicher als Mittel der Preissteigerung. Schon sind wir wieder bei den Notstandsverhältnissen des Jahres 1906 angelangt. Diesmal droht noch schlimmerer Schrecken, wenn keine Abwehrmaßnahmen getroffen werden. Den Beweis dafür erbringt die amtliche Statistik. Nach den Vierteljahrshelzen zur Statistik des Deutschen Reiches und den „Monatlichen Nachrichten“ sehen wir die Hungerpreise aus dem Jahre 1906 zu den heutigen in Vergleich. Es kostete in Berlin ein Doppelzentner in Mark:

	Jahresdurchschnitt	Juni 1901	Juni 1906	Juni 1909	Juni 1910
Schweine II. Qual.	112,0	133,8	133,3	122,78	126,30
Ochsen	117,3	147,7	131,6	125,00	146,75
Kälber	127,1	163,5	163,3	163,78	176,11
Lamm	112,9	151,7	141,5	148,23	153,67

Wie die Aufstellung zeigt, sind die Notstandspreise des Jahres 1906 jetzt teilweise sogar schon überholt. Und doch behaupten die Agrarier und Regierungsvertreter bei jeder Gelegenheit: Es handelt sich nur um einen vorübergehenden Notstand, ein Grund zum Eingreifen liegt nicht vor! Und noch immer steigen die Preise. Nach den amtlichen Ermittlungen in 50 preussischen Städten, zusammengestellt in der Statistischen Korrespondenz, kostete im Gesamtdurchschnitt ein Kilogramm in Pfenningen:

	Juni 1910	Juli 1910	Juli 1909
Rindfleisch	157,8	160,1	155,7
Kalbfleisch	177,3	180,2	172,8
Lammfleisch	171,8	173,5	168,4
Schweinefleisch	159,3	160,1	159,9

Die Preise aller Fleischsorten waren im Juli dieses Jahres nicht nur bedeutend höher als im Juli 1909, sie haben auch die Höhe des Vormonats wiederum beträchtlich hinter sich gelassen. Und nun sollen laut der Beschlüsse der Schlächterinnungen die Preise wiederum erhöht werden! Wo soll das hinaus? Daß die Händler und Fleischer ebenfalls ihr Schäschen zu sähern suchen, ist sicher; aber auch die Produzenten verschärfen noch die uns infolge der agrarischen Wirtschaftspolitik bescherte kritische Situation durch künstliche Beeinflussung des Angebots. Zugleich wird, um die Preise zu steigern, die Nachzucht direkt vernachlässigt. Das geschieht oft so ungeniert, daß z. B. im November 1907, wie die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete, der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Vereins in Demmin sich veranlaßt sah, den Bauern ins Gewissen zu reden. Der Vorsitzende meinte: Wenn die Bauern schmunzelnd 28 Mk. für Ferkeln einsteckten, dann könnten sie auch kurze Zeit mit minimalen Preisen zufrieden sein, denn die Preisplamität sei ja nur von kurzer Dauer.

Daß der Mann mit der letzteren Bemerkung recht hatte, beweist die Preisentwicklung, die für die Konsumenten eine ständige Verschärfung der Preisplamität bedeutet. Die Mahnung des Herrn hat in dem Boden des robusten agrarischen Erwerbsfinnes keine Wurzel geschlagen. Daß man die Politik der künstlichen Beeinflussung des Angebots weiter praktiziert, darauf deutet eine Feststellung des Fleischverbandes hin. In seiner Korrespondenz vom 4. August schreibt er:

„Die Monate Juli und August sind alljährlich die Schrecken des Fleischergewerbes und des Viehhandels, denn zu dieser Zeit stockt regelmäßig die Marktbeschickung. Aber die diesjährige Minderbeschickung der Viehmärkte geht doch erheblich über den Rahmen des Natürlichen hinaus. Die Zufuhr ist an manchen Märkten derart klein zeitweise ausgefallen, daß die höchsten Befürchtungen für die Fleischversorgung laut wurden, namentlich hatte der vorige Berliner Sonnabendmarkt eine so geringe Beschickung an Rindern, wie seit 20 Jahren nicht.“

Der stöckende, hinter das Bedürfnis weit zurückbleibende Auftrieb hat naturgemäß eine weitere Einschränkung des Fleischkonsums zur Folge. Um vergleichbare Zahlen zu erhalten, berechnen wir nach den Ergebnissen der amtlichen Schlachtvieh- und Fleischbeschau — ohne Berücksichtigung der Hausfleischungen — und nach den vom preussischen Landwirtschaftsministerium angenommenen Durchschnittsgewichten (235 Kg. für Rinder, 40 Kg. für Kälber, 80 Kg. für Schweine 20 Kg. für Schafe und Ziegen) den gesamten Fleischverbrauch sowie die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Menge (die Bevölkerungszahl ermittelten wir nach den Angaben der Zeitschrift „des Königl. Preussischen Statistischen Amtes, 1910. I. Abt. S. XVII). Das Resultat ist folgendes:

	Gesamtfleischmenge in Doppelzentnern:	
	1909	1910
Rinder	1 274 386	1 283 151
Kalb	334 360	305 267
Schwein	1 742 299	1 751 648
Ziegen und Schafe	76 908	80 352
Menge pro Kopf der Bevölkerung in Kilogramm		
Rinder	3,27	3,17
Kalb	0,85	0,76
Schwein	4,43	4,39
Ziegen und Schafe	0,19	0,20
Insgesamt	8,74	8,52

Diese Zahlen zeigen jedoch noch nicht ganz die wirkliche Entwicklung, einmal verminderte sich relativ, teilweise auch absolut, die Zahl der Hausfleischungen; ferner kommt jetzt viel mindervwertiges, leichtes Vieh an den Markt. Die Korrespondenz des Fleischerverbandes schreibt: „Das an den Markt kommende Vieh ist höchstens Mittelware“. Von der amtlichen Beschau waren Schlachtungen befreit 1904: 124 115 Rinder, 541 969 Schafe, 3 688 086 Schweine und 504 906 Ziegen, dagegen 1907 — 139 144 Rinder, 504 906 Schafe, 3 861 366 Schweine und 468 819 Ziegen. In derselben Zeit vermehrte sich die Bevölkerung um zirka 5 Prozent. Man muß daher annehmen, daß der Fleischkonsum noch stärker zurückgegangen ist, als die obige Berechnung ergibt.

Der Rückgang des Fleischkonsums ist aber von um so größerer Bedeutung, als auch bei anderen wichtigen Nahrungsmitteln eine Verminderung des Verbrauchs zu konstatieren ist. Nach den Angaben des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich (1910) ergeben sich folgende Verbrauchsmengen pro Kopf der Bevölkerung:

	1902/03	1908/09	Verbrauchs- verminderung in Prozent
Kilogramm	Kilogramm		
Roggen	153,3	141,3	10,74
Weizen und Spelz	100,1	83,6	16,48

Ferner ist der Verbrauch von Seringen von 3,74 Kilogramm pro Kopf im Durchschnitt der Jahre 1891/95 auf 2,93 Kilogramm im Jahre 1909 zurückgegangen. Es ist demnach allerhöchste Zeit, die Einfuhr von Vieh und Fleisch zu erleichtern. Grenzen auf! Das ist die Forderung des Volkes!

Die angeblichen Steuerhinterziehungen des Freiherrn v. Richthofen.

Der Hauptverein der deutschen Konser-

battiven verbreitet die nachstehenden Mitteilungen:
 „Gegen den Landrat a. D. Freiherrn v. Richthofen-Mertisch, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, war bekanntlich von einem entlassenen Wirtschaftsbeamten der schwere Vorwurf der Steuerhinterziehung erhoben worden, und der aus den Prozessen gegen das gräflich Pfeilische Ehepaar bekannte Detektiv Gräger aus Wilmersdorf hatte der Staatsanwaltschaft eine dahingehende Denunziation auf Grund „eidesstattlicher Versicherungen“ des betreffenden Wirtschaftsbeamten überreicht.“

Herr Freiherr v. Richthofen-Mertisch hatte daraufhin unverzüglich die angemessenen Schritte unternommen und der Veranlagungskommission des Landkreises Liegnitz alle auf seine Einkommensverhältnisse und seine Steuerdeklaration bezüglichen Unterlagen unterbreitet.

Soeben ist nun Herrn Freiherrn v. Richthofen-Mertisch der „Bescheid des Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission des Landkreises Liegnitz auf die Denunziation des Wirtschaftsinspektors Karl Kasten“ zugegangen:

Der Bescheid ist vom 8. August 1910 datiert und trägt die Journalnummer II. B. St. T. 8021.

Danach ist dem Einsender der „eidesstattlichen Versicherung“ des Wirtschaftsinspektors Karl Kasten, dem Detektiv Gräger in Wilmersdorf bei Berlin der Bescheid — ebenfalls vom 8. August 1910 — und zwar „im Einvernehmen mit der königlichen Regierung“ erteilt worden:

„Daß die angefertigten Ermittlungen ergeben haben, daß auch nicht der geringste Anlaß zur Einleitung eines Strafverfahrens wegen Steuerhinterziehung gegen den Freiherrn v. Richthofen auf Mertisch vorliegt.“

Weiter heißt es in dem Bescheide:
 „Die von dem Wirtschaftsinspektor Kasten abgegebene eidesstattliche Versicherung vom 29. Mai 1910 ist, soweit sie die Höhe des vom Freiherrn v. Richthofen-Mertisch deklarierten und veranlagten Gesamteinkommens betrifft, völlig falsch.“

Und ferner wird bemerkt, daß die vom Freiherrn v. Richthofen-Mertisch angegebene Zahlen, soweit sie von den Angaben des Kasten abweichen, „völlig ungeklärt sind.“

Diese Erklärung enthält im Grunde nichts Neues. Denn bereits in ihrer Nummer vom 26. Juli — also schon vor 14 Tagen — brachte die „Konf. Korr.“ eine Erklärung, in der es hieß:

„Der Freiherr v. Richthofen-Mertisch hat am gestrigen Montag vor der Veranlagungskommission des Landkreises Liegnitz auf Grund genauester Buchführung den Beweis erbracht, daß er sein Einkommen mit peinlichster Gewissenhaftigkeit deklariert und niemals einen Pfennig an Steuern zu wenig gezahlt hat.“

Die Prüfung ist also wohl bereits in der Verhandlung vom Montag, den 25. Juli, abgeschlossen gewesen, denn ohne einen ihm damals bereits gegebenen mündlichen Bescheid würde Herr v. Richthofen ja nicht durch die „Konf. Korr.“ haben erklären lassen können, daß er den Beweis seiner Unschuld erbracht habe!

Die erst 14 Tage später erfolgte schriftliche Benachrichtigung an Herrn v. Richthofen und den Detektiv Gräger stellt also nur eine spätere Formalität dar.

Aus diesem schriftlichen Bescheid ergibt sich, daß der Veranlagungskommission nur die eidesstattliche Versicherung des Inspektors Kasten vorgelegen hat, daß demselben jedoch keinerlei Gelegenheit gegeben worden ist, sich in der Verhandlung selbst zu den Gegenerklärungen des Freiherrn v. Richthofen zu äußern!

Wir können demgegenüber nur wiederholen, was wir bereits am 27. Juli sagten:

„Ohne in der Sache selbst eine Meinung abgeben zu wollen, müssen wir doch erklären, daß uns das Vorgehen des Freiherrn v. Richthofen befremdlich erscheint. Die betreffende Veranlagungskommission ist unseres Erachtens gar nicht in der Lage, die Berechtigung oder Nichtberechtigung der gegen den konservativen Führer erhobenen Anschuldigungen festzustellen, da sie auf die Angaben und das Material des Freiherrn v. Richthofen selbst angewiesen ist. Mindestens hätte doch auch der Wirtschaftsinspektor Kasten selbst hinzugezogen werden müssen! Unserer Ansicht nach trägt aber die Staatsanwaltschaft selbst resp. der Justizminister die Schuld daran, daß der Frhr. v. Richthofen zu so verfehlten Mitteln greift, um schleunigst die Haltlosigkeit der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zu erweisen. Hätte die Staatsanwaltschaft auf die erstattete Anzeige hin sofort ein Verfahren eingeleitet, so könnten schon jetzt die für Herrn v. Richthofen so wichtigen Feststellungen getroffen sein. Jetzt werden erst die Prozesse gegen die Presse Klarheit bringen können.“

Der konservative Führer v. Richthofen selbst hat ein umso größeres Interesse daran, die Angelegenheit auch für die Öffentlichkeit zur völligen Klärung zu bringen, als die „Deutsche Journalpost“ noch Anfang August, also nach der Notiz der „Konf. Korr.“ erklärte:

„Sollte Herr v. Richthofen jedoch seine Drohung wahr machen und flagrant gegen uns vorgehen, so wird uns der Prozeß Gelegenheit geben, auf gewisse Vorgänge Bezug zu nehmen, die vor der Publikation der ganzen Sache gespielt haben und die den Ausführungen der „Neuen Zeitung“ direkt entgegenstehen, wonach wir unsere Veröffentlichung unternommen hätten, „ehe man sich durch Nachfrage an maßgebender Stelle davon überzeugt hatte, welchen Wert ihr die in Betracht kommenden Behörden beimessen.“

Es wird in der Tat höchste Zeit, daß ein Gerichtsverfahren die nötige Klarheit schafft!

Vom Betrug zum Mord.

Eine Episode aus der Geschichte des amerikanischen Zuckertests.

New York, 31. Juli. (Eig. Ber.) Der Brooklyn Stadtteil Williamsburg hätte am letzten Donnerstag wider von Revolverfalschen, die in freies Uebermut von den bewaffneten Söldlingen des Zuckertests gegen wehrlose und ruhige ausländische Arbeiter abgegeben wurden. Fünf Männer wälzten sich in ihrem Blute; einer von ihnen, Kobakowsky, war bald darauf eine Leiche; außer dem zählt man Dutzende von minder schwer Verletzten. S. A. Morgan, Kaffierer der an der Kent Ave. gelegenen Raffinerie des Zuckertests, der nach den übereinstimmenden Bekundungen mehrerer Zeugen den Mord an Kobakowsky verübte, wurde verhaftet, aber gegen 5000 Dollars Bürgschaft auf freien Fuß gesetzt; die Spezialpolizisten, welche gleichfalls auf die sich durch die Straßen bewegende Menge feuerten, blieben gänzlich unbeschädigt. Sie können als „nützliche Elemente“ weicherhin ungestört mit Knüppel und Revolver ihrer gemeingefährlichen, verbrecherischen Tätigkeit nachgehen.

Drei Wochen ruht der Betrieb der Williamsburger Zuckerraffinerie, ein Werkführer trieb die Annahme so weit, einen Arbeiter zu schlagen. Zwei Kollegen des Mishandelten suchten diesen vor der Wut des rohen Burchen zu schützen. Zur Strafe wurden sie gleich dem Sprügelsten wegen „Widersehligkeit“ entlassen. Glaubte der Trutz doch, wie früher noch Belieben mit den miserabel entlohnenden und daher minder widerstandsfähigen Arbeitern unspringen zu können! Aber seit dem letzten Frühjahr sind die Zuckerausarbeiter organisiert und nicht mehr die wehrlosen Objekte habsüchtigen Uebermuts. Sie verlangten die Wiedereinstellung der drei Gemahregellen und die Entlassung des schuldigen Werkführers, auf dessen Seite sie sich die Raffinerieverwaltung stellte. Die Arbeitseinstellung war die Folge. Acht Tage hatte sie gedauert, als die Zuckerteute, welche den Zucker von der Raffinerie nach dem nahe gelegenen Frachtbahnhofe fahren, in den Sympathiestreit eintraten.

Letzten Donnerstag wurde die Beförderung des noch vorrätigen Zuckers nach der Bahn wieder aufgenommen. Die fast alle in der Nähe der Raffinerie wohnhaften Auswärtigen, über 2000 an der Zahl, belebten die Straßen. Sie liehen die von Spezialpolizisten bewachten schwerbeladenen, von Streikbrechern gelenkten Wagen der Raffinerie unbelästigt ihres Weges ziehen. Ein Junge streckte die Zunge gegen einen der Spezialpolizisten heraus. Dieser schlug mit seinem schweren Knüppel unbarbarisch auf den Knaben ein. Das war für die auf einer die Kent Ave. überspannenden, zwei Gebäude der Raffinerie mit einander verbindenden Brücke stehenden, also sicherlich in keiner Weise bedrohten Spezialpolizisten und Beamten des Zuckertests das Signal, unter die Auswärtigen zu feuern. Morgan verübte dabei den Mord an Kobakowsky.

So der Tatbestand nach dem gewiß unerbäulichen Zeugnis städtischer Polizisten, die von jeder dazu verwendet werden, Auswärtige und Streikposten niederzuknüppeln; die daher von vornherein geneigt sind, durch ihre Darstellung feiernde Arbeiter ins Unrecht zu versetzen. Erblichen doch Polizei und Polizeigericht, wie sich aus Dutzenden amtlicher Aeueherungen nachweisen läßt, im Widerspruch zu den Bestimmungen des Gesetzes im Zustand und Streitposten stehen an und für sich eine Straftat.

Mit welchen Elementen hat man es in den Spezialpolizisten zu tun? Was für eine Gesellschaft ist die als Zuckertest bekannte American Sugar Refining Co.?

Wie der Geier beim Aas, so findet sich überall, wo Lohnkämpfe ausgefochten werden, Gefindel ein, das als berufsmäßige Streikbrecher ein halbunwürdiges Dasein führen will. Von diesen Abscham werden besonders arbeitsscheue Subjekte, welche zudem vor keinem Verbrechen zurückschrecken, von den Unternehmern unter Zustimmung der Behörden mit Knüppel und Revolver bewaffnet, mit dem Schutze der anderen Streikbrecher und der „Ausrechtserhaltung der Ordnung in und bei den Fabriken“ beauftragt und „Spezialpolizisten“ genannt. Sie wissen, daß sie in Ausübung ihres sauberen Berufes ungestraft werden können; und sie tun es, sofern sich der erwünschte Vorwand bietet, unbedenklich, wie die Erfahrung hundertfach lehrt.

Der Zuckertest ist seiner Spezialpolizisten und seiner Beamten würdig. James F. Vendernagel, Morgans Vorgänger, ist wegen fortgesetzten Betruges und wegen Verschöndrung zu betrügerischen Zwecken zu Arbeitshaus verurteilt. Dasselbe Schicksal traf eine Reihe anderer Beamten, darunter auch Charles S. Heise, den Sekretär und Schatzmeister, also eine der leitenden Persönlichkeiten der American Sugar Refining Co. Die Verbrechen, derentwegen die Verurteilungen erfolgten, wurden im Interesse und mit Wissen der eigentlichen Magnaten des Zuckertests begangen.

Die Wagen, auf welchen der importierte Rohzucker am Pier der Williamsburger Raffinerie gewogen wird, wurden seit anderthalb Jahrzehnten mit Federn und anderen betrügerischen Vorrichtungen versehen und das der Verzollung zu Grunde gelegte Gewicht zum Nachteil der Bundeskasse zu niedrig ermittelt. Nach gerichtlichen Feststellungen wurden die Vereinigten Staaten nahezu um zwei Millionen Dollars betrogen; in Wirklichkeit dürfte es sich um eine noch viel größere Summe handeln.

Ob der Zuckertest jahrelang mit Vorbedacht gestohlen, so ist sein Schuldkonto seit Donnerstag auch mit einem in aller Öffentlichkeit verübten Mord, mit einem am hellen Tage in den Straßen Brooklyns angerichteten Blutbad belastet. An schleichenden, aus reinem Dividendenhunger begangenen Arbeitermorden hat er außerdem sein vollgerüstet Maß verübt. Kein anderer Trutz verdammt sein Wachstum und seine Wüte in höherem Grade dem Schutze, der, wie seine Befürworter im Kongreß geltend machten, den Unternehmern die Mittel zur besseren Vergütung ihrer Arbeiter gewähren sollte. Und doch werden selbst in dem als seiner Lohnverhältnisse berüchtigten Pittsburg Bergbaudistrikt keine elendern Löhne bezahlt als von dem Zuckertest, dessen Lohnslaven bei einer unerträglichen Hitze schuften müssen und langsam aber rettungslos dahinsinken.

Wie andernwärts läßt sich auch in den Vereinigten Staaten die Beobachtung machen, daß gerade diejenigen Kreise, welche auf Kosten der Gesamtheit gemästet werden, sich am frechsten über die Gebote der Menschlichkeit und die Befehle hinwegsetzen. Für den grenzenlosen Uebermut der Zuckermagnaten trifft die Bundesregierung direkt einen guten Teil der Schuld. Hat sie doch den Beamten Barr, der zuerst die Betrügereien der American Sugar Refining Co. feststellte, zur Strafe von Brooklyn entfernt, die Zollhinterziehungen zunächst ungeahndet gelassen und damit die Habsmeyer, Heise und Vendernagel in dem Glauben bestärkt, daß sie für die Gerichte tabu sind.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 11. August 1910.

Die katholische Fachvereine unter dem Einfluß „kurzsichtiger Weiblichkeit“.

Die angeblich interkonfessionellen, tatsächlich aber katholischen „christlichen“ Gewerkschaften Westdeutschlands

werden bekanntlich von den Leitern der katholischen Fachvereine, der sogenannten Berlin-Trierer Richtung, aufs schärfste befehdet, da nach deren Ansicht der katholische Charakter der christlichen Gewerkschaften nicht scharf genug hervortritt und die Zulassung protestantischer Arbeiter zu diesen Verbänden das Seelenheil der katholischen Gewerkschaftler aufs äußerste gefährdet. Natürlich schweigen die Verteidiger der christlichen Gewerkschaftsorganisationen — und zu diesen gehören neben der „katholischen Volkszeitung“ fast alle klerikalen Blätter des Rheinlandes mit Ausnahme der Moselgegend — nicht zu diesen Angriffen, wenn sie sich auch meist in der Defensive halten, da sie recht wohl wissen, daß fast der gesamte Episkopat Deutschlands auf der Seite der katholischen Fachvereine steht und nur widerwillig die christlichen Gewerkschaften duldet. So entspinnt sich denn manchmal ein recht mißlicher Kampf zwischen beiden Richtungen, in dessen Verlauf sie sich gegenseitig die schönsten Sottisen jagen und allerlei pikante Einzelheiten aus der hinter den Kulissen betriebenen ultramontanen Macho austramen. Beispielsweise schreibt in seiner letzten Mittwochsummer der „Katholische Volksfreund“, ein Blatt, das im Jahrgang der „Köln. Volksztg.“ segelt, aber dieses an innerer demagogischer Verlogenheit noch um einige Nasenlängen übertrifft:

Die guten Absichten der Herren von Berlin-Trier in Ehren — sehen sie denn nicht, wie die Erfahrung der Geschichte sie laut und eindringlich auf andere Wege weist? Sehen sie denn nicht, wie sie selbst Schritt für Schritt ad absurdum geführt werden? Sehen sie nicht ein, wie vor den Pfaden, die sie wandeln, die vernehmbar warnende Inschrift steht: Vestigia terrent! Sie sind doch Männer, welche die Ereignisse des Tages mit offenen Augen verfolgen; dann ist es auch ihre Pflicht, die Lehren zu ziehen. Sie müssen als erfahrene Männer aber auch Marns genug sein, um sich frei zu halten von weltfremden Einflüssen kurzfristiger Weiblichkeit, die sich, zumal wenn sie ein Ordenskleid trägt, andere Gebiete der Betätigung suchen möge als die Zerklüftung des katholischen Volksteils und dessen Einflußlosigkeit im politischen, wirtschaftlichen und literarischen Leben. Als der „Volksfreund“ in dem Artikel „Schopen-Berlin-Trier“ auf die geheimen Fäden und zugleich auf die große Gefahr hinwies, fand dieser Artikel die zustimmende Wiedergabe in der „Köln. Volksztg.“ Nur glaubte das Blatt damals den „Volksfreund“ insofern belehren zu müssen, als es die Hauptpläne der gefährlichen Bewegung nach Berlin verlegte. Gewisse Ereignisse der jüngsten Zeit schienen das auch zu bestätigen, als die Auslandspresse von Berlin aus mit Krifeln im Sinne „Berlin-Trier“ reichlich verlesen wird. Das ist indes wohl darauf zurückzuführen, daß ein führendes Mitglied dieser Richtung als geborener Luxemburger fremde Sprachen von Hause aus beherrscht und Beziehungen zur Auslandspresse hat. Der Schwerpunkt der Bewegung liegt aber südwestwärts. Kaplan Schopen und ein anderer im Sinne „Berlin-Trier“ tätiger jüngerer Geistlicher arbeiten im Westfälischen, wenn auch ohne Erfolg. Dr. Kaufmann bejogt die Geschäfte in Köln. Gallanus sitzt in Mainz; in Trier wissen die St. Josephsschwester und der Dasbachsche Preshonzen näheres zu berichten.

Der Erguß ist recht interessant. Also die Leiter der katholischen Fachvereine stehen unter dem Einfluß „kurzsichtiger Weiblichkeit“, die ein Ordenskleid trägt, und in Trier spielen die frommen „St. Josephsschwester“ die Gönnerinnen der Fachvereinsbewegung. Eine ganz allerliebste Enthüllung, die hier in seiner Wut das Katholische Blatt ausplaudert.

Augsburger Katholikentag.

Das Augsburger Lokalkomitee für die 67. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands ladet zu dem vom 21. bis 25. August in Augsburg stattfindenden Katholikentag ein. In dem Aufruf heißt es:

Ihr kennt selbst die Not der Zeit, die Bedürfnisse der Gegenwart, die Bestrebungen der Gegner, den Kampf, der heuteutage auf allen Linien gegen das positive Christentum entbrannt ist. In diesem Kampfe steht nicht mehr Christ gegen Christ, sondern es stehen oder sollen stehen alle Christen vereint gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Unglauben und gegen das Freidenkertum, das nunmehr mit offenem Bihier gegen Thron und Altar mobil macht. Enger Zusammenschluß aller treuen Christenbekenner, Erforschung der besten Abwehr- und Verteidigungsmittel, Ausgleichung des doch nur vorgeblichen Gegensatzes zwischen Christentum und wahrer Kultur, Fortschrittsbestrebungen auf allen Gebieten der wahren Kunst und Wissenschaft, Stärkung der kirchlichen und staatlichen Autorität — diese und manche andere einschlägige Frage soll beraten, beschlossen und zur Durchführung vorbereitet werden.

Das Programm ist daselbe der früheren Katholikentage. Die Hauptsache ist wieder das Eintrittsgeld. Wer an allen Schaustellungen teilnehmen will, hat 7,50 M. zu zahlen, und falls er einen nummerierten Platz wünscht, 11,50 M. Außerdem kostet die Karte zum Festmahl noch 4,50 M., Wein extra.

Landtagswahlwahl in Kurich.

Bei der heutigen Landtagswahlwahl im Wahlkreis I Kurich (Provinz Hannover) wurden abgegeben für Oberbürgermeister Fährbringer (natl.) 147, für Schmidt (kons.) 143 Stimmen.

Holländischer Protest gegen die Schiffsabgaben auf dem Rhein.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ bespricht in einem Leitartikel die Frage der Rheinschiffsabgaben und führt aus, daß die in Deutschland vom Bundesrat genehmigte und im Herbst im Reichstage einzubringende Vorlage über die Schiffsabgaben für Holland unannehmbar sei. Eine Mitwirkung Hollands sei nur auf zweierlei Art denkbar:

Es könnte dem neu zu errichtenden Rheinstromverband sich anschließen und als dessen Mitglied die nämliche Stimmenzahl wie Preußen erhalten. Aber ein unabhängiger Staat könne einer Korporation nicht beitreten, die mit Stimmenmehrheit über seine Lebensinteressen entscheidet. Dabei könnten die Befugnisse des Rheinstromverbandes später erweitert werden und Holland könnte dadurch immerhin in eine unerwünschte politische Berührung mit deutschen Angelegenheiten kommen.

Der zweite Fall wäre, daß Holland dem Verbande nicht beitrete, aber das Minimum der Schiffsabgaben bewillige und sich zu jedem Beschluß des Stromverbandes seine Zustimmung vorbehalte. Dann könnte aber jeder Beschluß des Verbandes für Holland unwirklich gemacht werden, und damit wäre eine beständige Ursache für Scherereien zwischen dem Haag und Berlin gegeben. Jedesmal, wenn Holland einen Beschluß nicht bewilligte, und dies dürfte bei dem Interessenstreit öfter der Fall sein, würde auf Holland ein Druck ausgeübt werden und das Zustandekommen anderer, mit den Schiffsabgaben nicht zusammenhängenden Angelegenheiten von der Zustimmung zu den besagten Beschlüssen abhängig gemacht werden. Zwischen Holland und Deutschland wäre somit dauernd ein Stein des Anstoßes errichtet worden. Darum lehne Holland lieber jetzt den deutschen Antrag ab, damit sich nicht ständig Unannehmlichkeiten ergeben.

Nach der Stellung des holländischen Klaves ist anzunehmen, daß in diesem Artikel die Meinung führender politischer Kreise Hollands zum Ausdruck kommt.

Ein Reformierter erster Güte.

Der Kriegsminister v. Heeringen reformiert eifrigst. Von seiner epochenmachenden Reform des Ehrengerichtsverfahrens gegen verabschiedete Offiziere haben wir bereits mit gebührender Ehrfurcht Notiz genommen. Herr v. Heeringen scheint aber die Vorbeeren gleich massenhaft einsammeln zu wollen, denn er reformiert noch immer weiter. Heute sei folgendes Reformchen registriert:

Zu den Truppenteilen, die praktisch gar keinen Wert haben, gehört das reisende Feldjägerkorps. Diese Feldjäger rekrutieren sich aus den sogenannten besten Kreisen und ihre Aufgabe besteht darin, dem Auswärtigen Amt als Kurieren zu dienen. Ein oder zwei der Herren haben stets Dienstbereitschaft, d. h. sie müssen gewärtig sein, jeden Moment nach dem Auswärtigen Amt gerufen und von diesem mit mehr oder weniger wichtigen Schriftstücken nach dem Ausland gefandt zu werden.

Trotzdem wird diese Truppe, die mit der Armee — wenigstens im Frieden — in gar keiner Beziehung steht, aus dem Heeresetat befolbet. Für diesen „aufreibenden Dienst“ hatten die Feldjäger bisher Anspruch darauf, daß jede siebente Oberförsterstelle, die in Preußen frei wurde, von ihnen besetzt werden konnte. Das ist nun geändert worden. Die Feldjäger werden künftig mit Ablegung des Exams als Assessoren eingetragen und dann nach ihrem Assessorienstand zu Oberförstern — zunächst ohne Revier — ernannt.

Der Reichstag hatte schon einmal die Ausgabe für dieses sehr überflüssige Korps abgelehnt, auf Drängen der Agrarier gelang es aber, die Wiederherstellung dieser Ausgabe im Plenum des Reichstages bei der dritten Lesung durchzusetzen.

Wir sind gespannt darauf, wie die nächste große „Reform“ des Herrn v. Heeringen ausfällt.

Geht Kraetke?

Wie die „Nationalzeitung“ erfahren haben will, trägt sich der Staatssekretär des Reichspostamts Kraetke mit der Absicht, in den Ruhestand zu treten. Vorher will er aber noch die neue Fernsprechnetzgebührenordnung im Reichstag zur Durchführung bringen. — Herr Kraetke hat es verstanden, den Rufm der Reichspost nach Möglichkeit zu vermindern. Deshalb er noch die Fernsprechnetzgebührenordnung im Reichstage vertreten will, ist eigentlich nicht recht ersichtlich, da er doch schon Mißerfolge genug zu verzeichnen hat. Man sollte meinen, die heftigen Angriffe, die mehr als einmal im Reichstage gegen ihn gerichtet worden sind, müßten ihm gezeigt haben, daß man längst den Wunsch hat, einen tüchtigen Fachmann anstatt eines Bureaukraten an die Spitze des deutschen Postwesens zu wissen.

Der Rücktritt des Herrn Kraetke ist schon öfter als bevorstehend angekündigt. Hoffentlich ist die Nachricht diesmal zutreffend.

Ein konsequenter Jungliberaler.

Der Vorsitzende des Varmer jungliberalen Vereins Stadtverordneter Weyer, hat seinen Vorstoß niedergelegt und seinen Austritt aus der nationalliberalen Partei erklärt, um sich der fortschrittlichen Volkspartei anzuschließen.

Ein Zentrumsführer, der sich drückt.

Ist immer schon Herr Justizrat Trimbom in Köln gewesen. Nur selten hat er in den Parlamenten die städtischen Interessen so vertreten, wie er es nach seinen Reden im Rathaus hätte tun müssen. Sobald er in Berlin weilt, opfert er alle Bedenken den fraktionellen Interessen, verriet er seine Wähler an die Agrarier. Im Herbst vorigen Jahres mußte er sogar an den Dooren herbeigeschleift werden, damit er seinen Wählern über die neuen Steuern Bericht erstatte. Zuerst hatte er den von der parlamentarischen Arbeit erschöpften Raum gespielt, um sich vor der Verantwortung zu drücken. Trotzdem konnte er die weite Reise von Köln nach Breslau zum Katholikentag machen, an dem er sich von Anfang bis Schluß beteiligte und wo er allgemein durch sprudelnde Heiterkeit auffiel. Ebenso beteiligte er sich an dem eucharistischen Kongreß. Unterdes fabelle man den Kölner Zentrumsanhängern vor, die Abgeordnete sei krank.

Genau so treibt Herr Trimbom es jetzt wieder. Am 5. April hatte die Kölner Zentrumsparlei eine große Versammlung einberufen, um den Wählern Gelegenheit zu geben, sich über die schwebenden politischen Fragen zu unterrichten. Wer aber nicht dabei war, das war der Vertreter Kölns im Reichstage und im preussischen Landtage. Wie um die Wähler zu hohnen, hatte er ein Begrüßungstelegramm von einer Reise nach Jerusalem an die Kölner Versammlung geschickt. Der Vorsitzende der Kölner Zentrumsparlei, Dr. Mertens, verkündete zugleich mit der Begrüßung: Herr Trimbom werde bald nach seiner Wiederkehr Gelegenheit nehmen, zu seinen Wählern zu sprechen. Und der Hauptredner der Versammlung, Reichstagsabgeordneter Oberlandgerichtsrat Marx, versicherte ebenfalls, daß Herr Trimbom in der nächsten Zeit seinen Wählern Bericht erstatten. Zum Schluß sandte die demnach zufriedengestellte Versammlung auf Vorschlag des Abg. Marx ein Begrüßungstelegramm an Herrn Trimbom nach Jerusalem.

Das ist vor vier Monaten gewesen. Seit Monaten ist Herr Trimbom zurück. Aber auf den Bericht, auf die Rechtfertigung des Verhaltens seiner Partei und seiner Person, insbesondere in der Wahrscheinfrage, warten die Kölner Zentrumsmitglieder immer noch. Für alle hat Herr Trimbom Zeit, für Kongresse der verschiedensten Art, für Vergnügungstouren und ähnliche Dinge, aber um die Taten des Zentrums vor der Öffentlichkeit zu vertreten, dazu mangelt ihm Zeit und Mut. Bei der künftigen Reichstagswahl wird sich in Köln Gelegenheit bieten, das Gebot des Zentrumsführers Karl Trimbom ins rechte Licht zu setzen.

Ein „gereinigter“ Wahlrechtsfeind.

Das Schöffengericht in Bosen verurteilte den Schriftführer des dortigen Sozialdemokratischen Wahlvereins, den Genossen David, wegen Verleumdung des Oberbürgermeisters Dr. Wilms zu 80 Mark Geldstrafe. David hatte in einer freisinnigen Versammlung den Oberbürgermeister wegen seiner Aeueherungen über das Reichstagswahlrecht im preussischen Herrenhause angegriffen. Der Oberbürgermeister fühlte sich beleidigt und lief zum Rabi. Herr Dr. Wilms hat zwar den Mut, unter dem Schutze der Immunität im Parlament gegen die Volksrechte zu wettern, aber für seine Taten sich vor dem Volk zu verantworten, das will ihm nicht passen.

Oesterreich.

Der erschossene Spindel.

Aus Krakau wird geschrieben: Der ermordete Spindel hat nie in einer sozialistischen Organisation eine Rolle gespielt, sondern gehörte der nationaldemokratischen Arbeitervereinsorganisation an, die die erbitterte Gegnerin aller sozialistischen Parteien Polens ist. In dieser Arbeitervereinsorganisation hat Rybal als eine Art polnischer Kiew gewirkt. Er gehörte der Leitung der nationalen polnischen Arbeiterpartei an und redigierte auch zwei periodische Zeitschriften der Partei. Rybal stand erwiesenermaßen im Dienste der Czarna, wofür er, wie der „Naprzod“ meldet, fünf hundert Rubel monatlich bezog. Vom Polnischen Volksverein in Krakau bezog Rybal einen Monatsgehalt von 80 Kronen.

Der Attentäter Trubnowski war beim Verhör sehr gefagt. Er gab an, in Warschau als der Sohn eines Schlossermeisters geboren zu sein und gegenwärtig im 23. Lebensjahre zu stehen. Er

fei preukischer Staatsangehöriger und nach Womberg ausständig. Zuerst war er in der bayerischen Werkstatt beschäftigt und arbeitete dann bei verschiedenen Unternehmungen. In Warschau schloß er sich der nationalen revolutionären Partei an und war ein eifriges Mitglied dieser. Den Stanislaus Rybal lernte er ebenfalls in Warschau im Kreise der Partei kennen, in der sich dieser durch Abhaltung von Vorträgen für Arbeiter und durch großen Eifer im Dienste der Partei einen Namen machte. Schon damals seien zahlreiche Verhaftungen verdienter Parteimitglieder vorgekommen und man habe bald gegen Rybal Verdacht geschöpft, daß dieser der Verräter sei. Doch hatte man keine sicheren Beweise für seinen Verrat in Händen, übrigens wurde Rybal bald darauf selbst verhaftet, jedoch nach kurzer Frist auf freien Fuß gesetzt. Hierauf wendete sich Rybal nach Krakau, wo er auf Grund von Empfehlungsbriefen Beamter des polnischen Volkshilfsvereins wurde. Hier setzte er nun seine verräterische Tätigkeit im Dienste der Ochrana fort und lieferte — wofür die Revolutionäre Beweise haben — zahllose Gefinnungsgegenstände an den Galgen. Rybal selbst dürfte eine Ahnung seines schrecklichen Endes gehabt haben und fühlte sich ständig beobachtet. Er ging nie allein auf der Straße und verließ des Abends niemals seine Wohnung. Montag nachmittags hatte Rybal einen dienstlichen Gang. Auf diesem Wege wurde Rybal von Trubnowski, der ihn schon lange verfolgte, erschossen.

Italien.

Eine Meuterei von Carabinieri.

Rom, 9. August. (Eig. Ber.) Ueber einen recht ersten militärischen Zwischenfall, von dem bisher die Presse völlig geschwiegen hat, berichtet der „Messaggero“. Es handelt sich um eine Gehorsamsverweigerung von etwa 60 Carabinieri, die der Schinderei ihres Dienstes und der völligen Vernachlässigung durch ihre Vorgesetzten müde, in Ronciglione, Provinz Rom, gemeutert haben. Die Carabinieri waren zu den administrativen Wahlen nach Rom kommandiert und nach dem Wahltag in der Provinz verteilt worden. Bei dieser Verteilung hat man nun den hier in Frage kommenden 60 zugemutet, 86 Kilometer zu Pferde zurückzulegen. Als sie dann in ihrem Bestimmungsort Ronciglione, angekommen waren, müde und verhungert, fanden sie weder Speise noch Quartier vor und gaben ihrer Unzufriedenheit dadurch Ausdruck, daß sie den Offizieren den Gehorsam verweigerten. Erst längeres Reden des Hauptmanns brachte sie von ihrem widerspenstigen Verhalten ab. Man erfährt jetzt, daß 12 wegen Gehorsamsverweigerung in das römische Militärgefängnis überführt wurden. Die armen Teufel waren mit Handschellen gefesselt. Man spricht davon, daß auch Offiziere bestraft werden sollten.

China.

Abwehrmaßnahmen gegen Japan und Rußland.

London, 11. August. Die „Morning Post“ aus Schanghai meldet, hat der Staatsrat mit Rücksicht auf den russisch-japanischen Vertrag Maßnahmen erwogen, um die Integrität der Mongolei sicherzustellen, und beschlossen, zwei Divisionen moderner Truppen dorthin zu verlegen, den Interieur nach dem chinesischen System zu reorganisieren und eine Eisenbahn von Peking aus durch die Mongolei zu bauen. Der Kaiserat ist mit der Ausarbeitung eines Projektes für die Reorganisation und Vermehrung der chinesischen Armee beschäftigt.

Aus der Partei.

Die Nürnberger Genossen gegen die Disziplinbrecher.

Ueber die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg, deren Ergebnis wir gestern telegraphisch meldeten, entnehmen wir noch dem Bericht der „Frankfurter Tagespost“:

„Ueber den Magdeburger Parteitag referierte Genosse Treu. Zur badischen Budgetfrage schlägt der Vorstand einstimmig vor, diese Frage nicht zu debattieren, sondern sie gänzlich dem Parteitag zu überlassen.“

Ueber diesen Vorschlag entspann sich eine Debatte, in der er bekämpft wurde. Schneppenhorst sagt, der Vorstand wolle doch einen Antrag stellen, aber nicht die Mitgliedschaft von einer Auseinandersetzung abhalten, greift ferner die „Frankfurter Tagespost“ heftig an; sie habe eine komische Haltung eingenommen und habe die Leser einseitig informiert. Er beantragt, die „Frankfurter Tagespost“ habe einen Artikel des Gen. Kautsky über Baden abgedruckt. Die Versammlung lehnte den Vorstandsantrag ab, ließ also Diskussion über Baden zu.

Genosse Treu sahle sich kurz und berührte die badische Frage nicht. Dann begann die Diskussion.

Es liegt ein Antrag an den Parteitag vor, daß der 1. Mai nur durch Arbeitsruhe gefeiert werden dürfe.

Rönig ergänzte die Ausführungen von Treu und verteilte die badische Landtagsmehrheit. Sie habe den Parteivorstand nicht gefragt, obgleich die Fraktion nicht einig war, daß sei der Disziplinbruch. Dann brandmarkte er auch den sogenannten Hoggang und die Weisung an der parlamentarischen Schlussfeier. Das badische Gemeindegeseh bringe gar keine Verbesserung und könne die Haltung der Fraktion nicht rechtfertigen. Er beantragt folgende Resolution:

„Von der Ueberzeugung ausgehend, daß die Vorbedingung zu dauernden Erfolgen der Sozialdemokratie nur in unerschütterlichem Festhalten an den Grundsätzen der Partei und der Unterordnung aller Parteimitglieder unter die Beschlüsse der höchsten Parteinstanzen begründet ist, verurteilt die heutige Versammlung... die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion des Badischen Landtages zum Budget auf das Allerentschiedenste.“

Desgleichen verurteilte die Versammlung die jedem demokratischen Gefühl ins Gesicht schlagende Hoggangerei der badischen Genossen.

Die Versammlung erwartet von dem Parteitag in Magdeburg, daß er Mittel und Wege finden wird, um derartige Verstöße gegen die Parteidisziplin, wie sie in der badischen Landtagsfraktion begangen wurden, für die Zukunft zu verhindern.“

Er spricht dann über die Haltung der „Frankfurter Tagespost“, die er ebenfalls verurteilt. Aus der Erklärung der 68 könne nie ein Recht zur Budgetbewilligung abgeleitet werden und betont, daß im Interesse der gewerkschaftlichen Disziplin die der Partei hochgehalten werden müsse.“

Nachdem dann das Ergebnis der Wahlen zum badischen Parteitag verkündet war — es wurden delegiert die Genossen Fr. Grünberg, Treu, Schneppenhorst, Stiermann, Fischer, Rudolf, Körner, Pfeiffer, Schuler-Heudt, Wader-Fischbach und Dannerstein —, ging ein Teil der Versammlungsbesucher heim. Der Bericht der „Frankfurter Tagespost“ fährt fort:

„Merkel bedauert, daß meistens für wichtige Fragen den Parteitag keine Zeit bleibe. Er spricht über die Genossenschaftsfrage. Ueber Baden sagt er: Was gegen Parteitagbeschlüsse verstoßt, muß gleich behandelt werden. Daß sich die Minderheit der Mehrheit nicht füge, darf unter keinen Umständen geduldet werden. Wie würde es da in den Gewerkschaften aussehen!“

Mäier begründet den Antrag über die Kaiserfeier. Der Parteitag soll einmal ordentlich Stellung nehmen.

„Ueberdies Herzberg widerlegt die Wortwüste gegen die „Frankfurter Tagespost“. Es ist nicht wahr, daß wir die Nürnberger Genossen einseitig informiert hätten, wir haben die Reihe Bestimmen für und gegen gebracht. Damit war die Sache für uns erledigt, um nicht wieder innere Kämpfe hervorzuufen und weil, wie Genosse Ulrich auf dem Nürnberger Parteitag bemerkt hat, sie überhaupt nicht wichtig ist. Der Raum der „F. Z.“ gilt in erster Linie dem Kampf gegen den Gegner.“

Schaffen Sie und den Raum, dann werden wir Kautsky, aber natürlich auch seine Parteigegegner in dieser Sache abdrucken. Wenn Sie der Redaktion die Meinungsäußerung vorzulegen wollen, dann müssen Sie Puppen hinstellen. (Vielfache Zustimmung.) Vor zwei Jahren haben „Münchener Post“, „Frankfurter Tagespost“ und „Pfälzische Post“ erklärt, sie halten fest an der Erklärung der 68 und sie müssen sich alle Schritte vorbehalten. Diese Haltung ist auch in Nürnberg schließlich gebilligt worden. Die „Schlußfeier“ ist eine gewöhnliche Landtagsfeier. Die Vadenen sollten in einem entscheidenden Moment ihre Großblattpolitik im Stich lassen! — Die Erklärung der bayerischen Fraktion zum Finanzgesetz ist ebenso ein Verstoß gegen den Nürnberger Beschluß wie das Votum der Vadenen, sie erteilt kein Nichtvertrauensvotum, sondern sie stimmt dagegen, weil die Session dem arbeitenden Volke nachteilig war.

Ein Vertagungsantrag wird abgelehnt. Schneppenhorst begründet seinen Antrag. Der Kautsky'sche Artikel werde die richtige Aufklärung bringen, der Parteitheoretiker soll zum Wort kommen. Der Redner beleuchtet die Budgetbewilligung vom Gewerkschaftsstandpunkt aus und wendet sich gegen die Ausführungen Herzbergs. Er spricht besonders den Wunsch aus, daß die „Tagespost“ den Artikel des Genossen Lehmann-Mannheim zum Abdruck bringen möchte.

Bei vielen Stimmenthaltungen wird Schluß der Debatte beschlossen gegen die Ausführungen des Genossen Prosta, der darauf aufmerksam macht, daß dieser Bruchteil unmöglich namens der 15 000 Nürnberger Sozialdemokraten sprechen könne.

Simon erklärt gegenüber einer Behauptung Herzbergs, daß die Erklärung in der bayerischen Landtagsfraktion mit 10 gegen 9 Stimmen gefaßt wurde.

Der Kaiserantrag sowie die Resolution des Genossen Rönig (gegen die Budgetbewilliger) werden angenommen.“

Was aus dem Antrage des Genossen Schneppenhorst auf Abdruck des Kautsky'schen Artikels geworden ist, erfährt man aus dem Bericht nicht.

Ein notwendiger Rücktritt.

Genosse Müller, Parteisekretär für die Wahlkreise Köln-Stadt und Land tritt zum 1. November von seinem Amte zurück. Müller hat sich, wie ein Zentrumsblatt ans Licht gebracht hat, um die Sekretärstelle eines Arbeitgeberverbandes in Saarrevier beworben. Er will dabei der Ansicht gewesen sein, daß er seine politische Ueberzeugung dabei nicht zu verleugnen brauche. Wie das möglich gewesen sein sollte, ist unverständlich. Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für Köln-Stadt und Land erläßt im Anschluß an die Meldung eine Erklärung, worin es heißt:

„Es sei betont, daß dieser Entschluß (zum Rücktritt) durchaus freiwillig ist. Genosse Müller hat für seine Perion die Ueberzeugung, daß es ihm gelingen werde, sich von dem Postel, der ihm anhaftet, zu reinigen; er hält es aber im Parteinteresse für geboten, seinen parteiamtlichen Vertrauensposten in die Hände der Genossen zurückzugeben.“

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins, der schon am Sonntag in der Generalversammlung in Sachen Müller eine Erklärung abgegeben hat, hat sich am Dienstag nochmals mit der Angelegenheit beschäftigt. Als Ergebnis der Verhandlungen stellt er fest: Das bisher vorliegende Material hat den Nachweis einer mit den Parteinteressen völlig unvereinbaren Verfehlung nicht erbracht. Jedoch bemerkt der Vorstand ausdrücklich, daß die Untersuchung noch nicht abgeschlossen und zu einem endgültigen Urteil die Herbeischaffung noch weiteren Materials nötig ist. Wenn dieses auf anderem Wege nicht erlangt werden kann, so hofft man es zu bekommen durch die vom Genossen Müller bereits angeklagten Beleidigungsakten gegen einige Zentrumsblätter.

Wir wollen, da die Rücktrittsbeteiligten mit ihrem Urteil noch zurückhalten, daselbe tun. Vorläufig können wir uns allerdings nicht recht vorstellen, was es an der Sache noch zu reparieren gibt.

Brandenburgische Kreis-Konferenzen.

Auf der Konferenz des Wahlkreises Kalau-Sudau, auf der 18 Ortsvereine durch 86 Delegierte, darunter vier Genossinnen, vertreten und außerdem sechs Vertreter des Kreisvorstandes, zwei Mitglieder des Kreis-Jugendauschusses, Genosse Zinke von der Agitationskommission, Genosse Kickerig vom zweiten Berliner Wahlkreis und Genosse Hg als Vertreter der Presse anwesend waren, teilte der Vorsitzende im Jahresbericht mit, daß die Zahl der Ortsvereine von 13 auf 16, die Mitgliederzahl von 1259 auf 1646, darunter 227 weibliche stieg. Die „Märkische Volksstimme“ hat im Kreise 1923 Abonnenten. Verbreitet wurden 21 000 Kalender und ebensoviele Flugblätter. Es wurden 79 Mitglieder- und 88 öffentliche Versammlungen abgehalten. Nur in fünf Orten stehen und Lokale zur Verfügung; die Versammlungen unter freiem Himmel waren stets gut besucht. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter beträgt 26, Finsterwalde fandte 3 Genossen ins Stadtparlament.

Der Kassenbericht bilanziert mit 5306,68 M. Die Zahl der Mitglieder ist im Berichtsjahre um 510 gestiegen; als Wahlfonds ist die Summe von etwa 1800 M. angesammelt.

Ueber die Jugendbewegung berichtete Genosse Felgentreu. In Finsterwalde zählt die Jugendorganisation 830 (darunter 60 weibliche), in Rehdorf 125 Mitglieder.

Da der bisherige Reichstagskandidat Genosse Schuberth wegen anderwärtiger Krankheit zurücktreten mußte, wurde Genosse Wels, Parteisekretär zu Berlin, mit großer Mehrheit zum Kandidaten gewählt.

Zur badischen Budgetbewilligung wurde die scharf beurteilende Resolution der Rottb.-Spremlberger Genossen einstimmig angenommen. Zum Magdeburger Parteitag wurden die Genossen Ruhl vom Kreisvorstand und Wels-Berlin delegiert, zur Provinzialkonferenz die Genossen Brunnhuber-Finsterwalde, Weber-Spremlberg und Mittag-Altdöbern. — Als Wortort des Kreises wurde Finsterwalde beibehalten.

Auf der Generalversammlung des Kreises Ober-Varnim in Heegermühle waren aus 7 Orten 28 Delegierte erschienen. Außerdem nahmen 6 Vorstandsmitglieder, der Kandidat Genosse Bruns-Berlin, Genosse Jacobsen von der Agitationskommission, Genosse Lorenz als Delegierter von Nieder-Varnim und Genosse Wien von der „Brandenburger Zeitung“ teil. Der Jahresbericht ergibt, daß die Mitgliederzahl von 492 auf 1055 stieg; die Mitglieder verteilen sich auf sieben Ortsvereine. Die „Brandenburger Zeitung“ hat im Kreise 634, der „Vormärk“ 86 Abonnenten. An Agitationsmaterial wurden öffentlich verbreitet: 17 000 Kalender („Märkischer Volksbote“) und 37 500 Flugblätter. Im ersten Male wurden die Gemeindevahlen für den ganzen Kreis planmäßig durchgeführt. Es wurden gewählt 5 Stadtvorordnete und 2 Gemeindevertreter. Die Partei hat jetzt fünf Stadtvorordnete und zwei Gemeindevertreter in drei Orten. Es fanden 64 Mitglieder- und 30 öffentliche Versammlungen statt. An Versammlungsorten ist großer Mangel. Der Kassenbestand belief sich am Ende des zweiten Quartals auf 428,58 M.

Genosse Bruns-Berlin hielt ein Referat über die politische Lage. Er erklärte den Großblock im Reiche für unmöglich wegen des Widerstandes des Bürgerturns und behauptete den Disziplinbruch der badischen Landtagsfraktion. In der Diskussion wurde allgemein das Verhalten der Badenser scharf beurteilt. Eine Anregung, Delegierte mit gebundenen Mandaten zum Parteitag zu schicken, die dafür eintreten sollen, daß den Disziplinbrechern der Ausschluß angedroht wird, fand keine Zustimmung, sondern wurde als Beleidigung für die betreffenden Delegierten bezeichnet.

Von der Annahme einer Resolution gegen die Badenser wurde Abstand genommen. Begründend wurde ausgeführt, daß die Ansicht der Versammlung ja durch die Presse bekannt werde.

Genosse Jacobsen hielt einen Vortrag über die Durchführung der praktischen Wahlarbeit. Zum Parteitag wurde der Vorsitzende Genosse Gräbert-Eberswalde delegiert. Auf der Provinzialkonferenz wird der Kreis durch die Genossen Wasmuth-Bretzenich, Kuhlke-Brieggen und Gräbert-Eberswalde vertreten werden. Zum Vorsitzenden des Kreisvorstandes wurde wieder einstimmig Genosse Gräbert-Eberswalde gewählt.

Auf der Konferenz von Guben-Lübben waren 9 Orte durch 26 Delegierte vertreten, ferner waren anwesend die sieben Genossen vom Kreisvorstand, der Kandidat des Kreises Genosse Koyke, Richard Schmidt vom Provinzialsekretariat, Kische und Böhl von der Agitationskommission, Hg von der „Märkischen Volksstimme“.

Der Jahresbericht ergab, daß die Mitgliederzahl von 927 auf 1005, worunter 74 weibliche Mitglieder, stieg. Die Parteipresse hat 1723 Abonnenten gegen 1547 des Vorjahres. Mit einer Stimmenzahl von 1800 eroberten die Gubener Genossen vier Stadtvorordnetenmandate. Die Fürstberger Genossen entsandten einen Genossen ins Stadtparlament. Sozialdemokratische Gemeindevertreter gibt es im Wahlkreise 7.

In fünf Vierteljahre hatte der Kreis 3405,14 M. Einnahmen und 2458,87 M. Ausgaben. Ueber den Parteitag in Magdeburg referierte Genosse Ziele; eine von ihm empfohlene, die badische Budgetbewilligung scharf beurteilende Resolution fand einstimmige Annahme. Aus den Ausführungen des Genossen Koyke zu diesem Punkt ist folgende Stelle bemerkenswert: In Bezug auf die Liberalen in Baden sollten sich die norddeutschen Genossen seiner Ueberzeugung hingeben. Keigends habe der Legalarbeiterverband sozialer Wahrregelungsunterstützung zu zahlen wie im liberalen Musterlande Baden.

Die Wahl der Delegierten zum Parteitag soll durch Urabstimmung vorgenommen werden. Beim Punkte Provinzialkonferenz wurde ein Antrag Guben eingebracht:

„Die Generalversammlung des Wahlkreises Guben-Lübben wolle beim Vorstände der Provinzialorganisation eine Zusammenkunft aller Richterlicher Zentralwahlvereine des Brandenburger Provinzialverbandes veranlassen, zwecks Aussprache über die Notwendigkeit getrennter Generalversammlungen oder Provinzialkonferenzen.“

In der Begründung führte Genosse Hähnen u. a. aus: Die Tatsache, daß die Berliner Genossen in der Lage seien, die Provinzialer zu majorisieren, lasse das Verlangen der Provinzialer nach getrennten Generalversammlungen oder Provinzialkonferenzen außerordentlich gerechtfertigt erscheinen.

Genosse Provinzialsekretär Schmidt-Berlin führte dagegen an, die Berliner Genossen seien bestrebt, der Provinz nach Kräften entgegenzukommen, das Mitbestimmungsrecht müsse ihnen darum auch gewahrt bleiben. Daß die Provinz bei der Delegation zum internationalen Kongreß unberücksichtigt geblieben sei, liege nicht an den Berliner Genossen, die ja selbst Provinzialer im Vorschlag gebracht haben, sondern an den Provinzdelegierten, die für Berliner Genossen gestimmt haben. Der Antrag wurde indes einstimmig angenommen.

In den Kreisvorstand wurden gewählt: Otto Galle, Ziele, Vetter, Werner, Mat, Brandt, Hoffmann.

Soziales.

Der Streit ein geschwichtiges und unlautes Mittel?

Eine sonderbare Ansicht über Streiks bekundete der Gewerkschaftsrichter, Magistratsassessor Dr. Sedt bei einem gestern verhandelten Prozeß. Der Wächter Nr. 10 klagte gegen die Nachwach- und Schließgesellschaft auf Zahlung einer Entschädigung von 10 M. wegen fruchtloser Entlassung. Die Beklagte wendete ein, daß der Kläger, der mit anderen Wächtern im Lunapark beschäftigt wurde, diese aufzuwiegen versuchte und zum Streit veranlassen wollte. Der Kläger hatte, nach den Befundungen eines Zeugen, eines Tages noch vier Ueberstunden zu machen, die ihm zusammen mit 50 Pf. bezahlt wurden. Dies hatte ihn zu Klagen über zu niedrige Bezahlung seinen Kollegen gegenüber veranlaßt, wobei er auch äußerte, daß einmal gestreift werden müsse, ohne damit bei seinen Kollegen Eindruck zu machen. Dr. Sedt erklärte den Streit für ein geschwichtiges und unlautes Mittel und empfahl dem Kläger, sich mit den von der Beklagten angebotenen 2,50 M. für den Entlassungstag zu begnügen. Der Kläger ging leider darauf ein.

Da selbst nicht mal der Zeuge bekundet hatte, daß der Kläger einem Streit unter Außerachtlassung der Kündigungsfrist das Wort geredet hätte, waren die Äußerungen des Vorsitzenden doch sehr befremdend!

Die Leistungen Arbeitswilliger.

Am Mittwoch klagte beim Innungsschiedsgericht der Schmied Rusche gegen den Schmiedemeister Heinrich Harstein. Der Kläger hatte wegen des soeben beendeten Schmiedestreiks zwei Tage lang dem Beklagten Kautschierdienste geleistet, für die ihm aber kein Lohn bezahlt worden ist. Er forderte Bezahlung seiner Leistungen mit 12,00 M. Der Beklagte bestritt, daß er mit dem Kläger 35 M. Wochenlohn vereinbart habe; dessen Leistungen seien so gering gewesen, daß er ihm nur 2,00 M. pro Tag zahlen könne. Der Vorsitzende des Schiedsgerichts erklärte jedoch dem Beklagten, daß der ordentliche Tageslohn jetzt 3,60 betrage und nur für ungelernete Arbeiter bezahlt werde. Etwas mehr müsse er dem Kläger schon zahlen. Wenn seine Leistungen nicht befriedigten, so hätte ihn doch der Wächler ja gleich am ersten Tage wieder entlassen können. „Ja, wenn es nicht während des Streiks gewesen wäre, würde er ihn sofort wieder entlassen haben, aber so habe er sich schon mit ihm zufriedengehen müssen“, gab der Beklagte zurück; er sah jedoch ein, daß ein Vergleich nunmehr doch vorzuziehen sei und einigte sich mit dem Vertreter des Klägers auf 10 M.

Besser konnten die verbreiteten Behauptungen des Vorstandes der Schmiedeinung, daß die Meister geübte Arbeitskräfte in genügender Anzahl gehabt hätten, nicht widerlegt werden, als durch diese Veranschlagung der Leistungen Arbeitswilliger.

Die Auswanderung im Jahre 1909.

Die Zahl der im Jahre 1909 über deutsche Häfen Ausgewanderten ist gegenüber dem Vorjahre gestiegen. Es sind insgesamt 257 952 ausgewandert, und zwar 239 637 Fremde und 18 315 Deutsche. Im Vorjahre wanderten aus 109 499 Fremde und 16 723 Deutsche. Neben den 18 315 über deutsche Häfen ausgewanderten Deutschen gingen über fremde Häfen 6808 ins Ausland. Die Gesamtzahl der deutschen Auswanderer betrug also im Jahre 1909 24 921 gegen 19 893 im Jahre 1908. An der Gesamtzahl der deutschen Auswanderer sind als Auswanderungsgebiete beteiligt: Brandenburg mit 2000, Bayern, Hannover, Königreich Sachsen, Posen, Westfalen und Rheinland mit je über 1000. Ihren Verursachern nach entfallen von den deutschen Auswanderern 5770 auf die Landwirtschaft, 7628 auf Bergbau und Industrie, 3129 auf Handel und Verkehrsgewerbe, einschließlich Gas- und Schankwirtschaft. Unter den über deutsche Häfen ausgewanderten Fremden befanden sich 60 718 Russen, 88 220 Oesterreicher und 61 041 Ungarn. Von den deutschen Auswanderern gingen 19 980, von den fremden 215 625 nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Die überseeische Einwanderung über die Häfen Bremen und Hamburg umfaßte im Jahre 1909 127 618 Personen, darunter 50 000 von Nordamerika, 5449 von Südamerika, 661 von Westindien und Mexiko, 4402 von Afrika, einschließlich 746 Mann deutsche Truppen, 1874 von Ostasien, einschließlich 205 Mann deutsche Truppen und 616 von Australien.

Gewerkschaftliches.

Zentrum, „christliche“ Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften.

Es ist immer das selbe Spiel: Wenn die Sozialdemokraten in irgend einem Bezirk Terrain gewinnt, wird auch das Zentrum aufmerksam und bestrebt sich, zwar nicht die Interessen der Arbeiter zu wahren, sondern auf irgend welche Art die Arbeiter doch noch länger beim schwarzen Meerband zu halten. Das Erstarken der Konsumgenossenschaften gibt den Zentrumsängstern wieder eine harte Nuß zu knacken. Hatte schon die Durchsetzung der schwächlichen „christlichen“ Gewerkschaften schwere innere Kämpfe innerhalb des Zentrums zur Folge, die noch keineswegs abgeschlossen sind, so war dabei doch zu berücksichtigen, daß die eigentlichen großindustriellen Herren der Industrie, mit denen man in Konflikt geriet, vorwiegend „liberal“ und freikonfessionell waren. Nun macht die Konsumgenossenschaftsbewegung Fortschritte und da sehen sich viele ultramontane Händler in ihren „berechtigten Interessen“ bedroht und sie wollen von „christlichem“ Reis und „katholischem Kaffee“, der durch zentrumschristliche Arbeiterkonsumvereine vertrieben werden soll, gar nichts wissen. Andererseits erstarkt die „sozialdemokratische“ Konsumvereinsrichtung andauernd und zieht auch die katholischen Arbeiter in ihren Bann. So sind denn die R.-Gladbacher Zentrumskapitalwächter wieder an ihrer Verpflüchtungsarbeit, die ihnen diesmal noch mehr Kopfzerbrechen macht als bei der Gewerkschaftskämpfung. In einem Artikel „Arbeitervereine und Konsumvereinsbewegung“ sieht sich die „Besondere Arbeiter-Zeitung“ zu folgendem Eingeständnis genötigt:

„Auch aus politischen Gründen heraus hat man vielfach etwas auf Seite gestanden. Arbeiterwähler und kleine Geschäftsleute halten in manchen Städten gleich treu zur Zentrumsparthei. Und es wäre nicht das erste Mal, daß unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Gegensätze, wie sie in der Konsumvereinsfrage liegen, geschickte liberale Mäcker bei Stadtratswahlen usw. Abspitzierungen sehr unerwünschter Art unter der Flagge „Bürgerparthei“ und dergleichen hervorbrachten. Aus diesen Gründen ist man vielerorts der Verhandlung der Genossenschaftsfrage in unseren Vereinen aus dem Wege gegangen.“

Das ist ja niedlich! Die Arbeiter werden sich dieses Eingeständnis merken. Also die katholischen Arbeitervereine werden so geleitet, daß die Interessen der — Krämmer nicht Schaden nehmen, weil diese dem — Zentrum verloren gehen könnten. Bei den Arbeitern ist dieses wohl nicht zu befürchten; deshalb darf das Zentrum ihre Interessen andauernd mit Füßen treten.

Eine Gefahr droht aber nun diesem „harmonischen“ Verhältnis, nämlich von den Sozialdemokraten. Es wird in dem Zentrum-arbeiterblatt darauf hingewiesen, daß die sozialdemokratische Presse neuerdings entschieden die Genossenschaften des Zentralverbandes propagiert. Deshalb müsse auch das Zentrum resp. die christliche Gewerkschaftsrichtung (1) in den sauren Apfel beißen und — „christliche“ Genossenschaften gründen.

Also wieder einmal „Arbeiterfreunde“ wider Willen, weil die Sozialdemokratie die Peitsche in der Hand hat. Die Widerwilligkeit kommt schon durch einen Hinweis am Schlusse des Artikels zum Ausdruck, wo auf die „begrenzten Entwicklungsmöglichkeiten“ der Konsumvereine hingewiesen wird. Also: Komödienstück obendrein!

Berlin und Umgegend.

Warnung für Arbeitslose!

„Vermittlungs-Agentur für Geschäftsverkäufe sowie Wohnungs- und Geschäftsvermietungen
„Kostenloser Nachweis“
für Verwalter, Portiers und Hausreiniger
Agentur
für die Besondere Krankenliste Köln a. Rh. sowie Lebens-, Feuer- und Kinderversicherung, Sterbefälle.“

Dieses hochtönenden Titel führt ein mit „Vod, Kötelhoen u. Co., Inh. Vod und Raach“ bezeichnetes Unternehmen. Sein Domizil befindet sich in der Biegmannstr. 15 und in Schöneberg, Hauptstr. 87.

Die Firma scheint recht eigenartige Geschäftspraktiken zu betreiben.

Da die Firma angeblich einen kostenlosen Arbeitsnachweis unterhält, darf angenommen werden, daß sie sich über Zuspruch nicht beklagen kann. Zu denen, die sich durch dieses Institut eine Arbeitsstelle beschaffen wollten, gehörte auch der Heizer B. Als er bei Vod, Kötelhoen u. Co. eine Stelle nachfragte, wurde ihm bedeutet, daß er erst Mitglied der Krankenkasse „Wilhelma“ werden müsse.

Der so Beschriebene wendete zur Subdirektion „Wilhelma“ in der Landsberger Straße, entrichtete 1,75 M., dadurch war er Mitglied dieser „Kasse“ (1) geworden. Er begab sich nun wieder zu „Vod u. Co.“ Eine Stelle erhielt er indessen, trotz mehrmaligem Hinlaufen, nicht nachgewiesen. Dagegen wurde ihm unter dem 12. Mai ein Schreiben von Vod, Kötelhoen u. Co. zugefandt mit folgendem sehr stillierten Inhalt:

Herrn C. B. . . .!

Ihnen zur Mitteilung, daß wir mit dem heutigen Tage unser Geschäft für immer geschlossen haben, wir haben diesen Monat nicht eine Stellung reinbekommen, konnten unsere Rente sowie sonstige Verpflichtungen nicht reinbekommen, und mußten folgedessen unser Geschäft für immer schließen.

Hochachtungsvoll
Vod, Kötelhoen u. Co.
Inh. Vod-Raach.

Der arbeitslose B. war sein Geld los, eine Stelle hat er nicht erhalten! Dafür muß er indessen noch bis ultimo September Beiträge an die „Wilhelma“-Krankenkasse entrichten, weil der Austritt aus dieser Kassenart nur zum Quartalschluß möglich ist. Also Vorsicht!

Erklärung. Zu dem in der Nr. 109 unter der Stichmarke „Zum Streik der Hafenarbeiter“ erschienenen Artikel erklären wir bezüglich der Ausführungen über den Gastwirt Berlin, daß es nicht zutrifft, daß in dem Lokale des Herrn Berlin Plakate zum Ausbruch gebracht waren, wonach Arbeitswillige für die Firma Kurt Thomas gesucht wurden.

Ferner ist es nicht erwiesen, daß Herr Berlin Arbeitswillige von seinem Lokale durch die Hinterlist dem Unternehmer Thomas übermitteln hat.

Deutscher Transportarbeiterverband. Ortsverwaltung Spandau.

Deutsches Reich.

Der Krieg auf den Werften.

Stettin, 11. August. (Privatdepesche des „Vormärts“.) Die Konferenz der Werftvertrauensleute beschloß, falls eine Aussperrung erfolgt, überall dort die Arbeit niederzulegen, wo es im Interesse der Gesamtbewegung liegt und örtliche Verhältnisse es geboten erscheinen lassen. Betriebs- und Gruppenversammlungen dürften das Ergebnis zeitigen, daß von den Nichtausgesperrten folgende Gruppen in Sympathiestreik treten: im „Vulkan“ der Turbinenbau, Dreherei und Gießerei; auf den Oberwerken Schiffbau, Gießerei, Meier.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil bezahlt.

Schmelde und Tischlerei; bei Kueste dürfte es zum allgemeinen Ausstand kommen.

Stettin, 11. August. (Fig. Ver.) Die Aussperrung der Werftarbeiter ist gestern nachmittag erfolgt. Schon vormittags hatten die meisten der davon Betroffenen eine dahingehende Mitteilung von den Meistern erhalten. Soweit sich bis jetzt beurteilen läßt, geht die Stimmung im allgemeinen dahin, daß alle nicht ausgesperrten sich mit den gemäßigten Kollegen solidarisch zu erklären haben. Voraussetzlich werden die Oberwerke und die Kueste-Werft vollständig stillgelegt werden. Auf dem Vulkan wollen die Dreher, Formner und Modellierwerkler geschlossen den Kampf aufnehmen. Die entscheidenden Abstimmungen stehen noch bevor. Selbst auf dem Vulkan, wo zurzeit schwacher Geschäftsgang herrscht, scheint es die Absicht der Arbeiter zu sein, auf die fortgesetzten Entlassungen mit der Arbeitsniederlegung zu antworten. Es sind Kommissionen gebildet worden, die alle von den Gruppenversammlungen gefaßten Beschlüsse den Unternehmern zu übermitteln haben. Heute (Freitag) vormittags finden die gemeinsamen Versammlungen der Aussperrten statt. Gestern wurde auf dem Vulkan an sämtliche Arbeiter eine kleine Schrift verbreitet, die als Rechtfertigung der Aussperrung dienen soll. Der Inhalt dieser Schrift ist gleichzeitig an den öffentlichen Anschlagstulen bekanntgegeben.

Wenn namentlich auf den Oberwerken und bei Kueste die Erregung der Arbeiter eine so große ist, so ist das besonders darauf zurückzuführen, daß in den letzten Jahren dort Alfordreduktionen von zehn und mehr Prozent vorgenommen wurden.

Am Donnerstag sind auch von den beiden Werften „Albeder Maschinenbau-Aktiengesellschaft“ und G. A. Koch 60 Prozent der Arbeiter ausgesperrt worden. Die betroffenen Arbeiter sind durch Anschlag aufgefordert worden, ihr Werkzeug am Donnerstag nachmittag den Meistern auszuhandigen. In einer überfüllten Versammlung haben die Arbeiter der beiden Firmen beschlossen, daraufhin sämtlich in den Ausstand zu treten. Die nicht ausgesperrten Arbeiter erklären sich also mit den ausgesperrten Kollegen solidarisch.

Auf der Werft des Bremer „Vulkan“ in Begeck sind am Donnerstag mittags 12 Uhr etwa 900 Arbeiter, in der Norddeutschen Maschinen- und Armaturen-Fabrik in Bremen etwa 700 Arbeiter, auf der Werft von Tecklenburg in Wesermünde etwa 800 Arbeiter, auf der Werft von Seebeck in Bremerhaven etwa 400 und auf der Werft von Rickmers in Bremerhaven etwa 250 Arbeiter ausgesperrt worden. Auf der Aktiengesellschaft Weser in Bremen erfolgt die Aussperrung heute abend und umfaßt 2400 Arbeiter. Die Reptunwerft in Rostock sperrte gestern abend etwa 800 Arbeiter aus.

Im Breslauer Installateurgewerbe

sind die von der Stadt und vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts eingeleiteten Einigungsverhandlungen resultatlos verlaufen. Die Unternehmer wollen nicht mit den Verbandsvertretern verhandeln, obwohl sich der Vorsitzende des Gewerbegerichts die denkbar größte Mühe gab, ihnen zu beweisen, daß nur der Verband eine Garantie für Erfüllung von Vereinbarungen leisten könne. Auch der Nachweis des Vorsitzenden, daß die jetzigen übereilten Innungsbeschlüsse über kurz oder lang wieder aufgehoben werden müßten, verpuffte an der Organisationsfeindschaft der Unternehmer. Es bleibt somit beim Kampfe.

Für Installateure aller Art ist Breslau gesperrt.

Achtung, Maschinenisten und Heizer!

Am 29. Juli hatten die Maschinenisten und Heizer in Sommerfeld durch ihre Organisation dem dortigen Fabrikantenverein Forderungen eingereicht und hatten bis 6. August Antwort erbeten. Am 2. August wurde ihnen vom Vorsitzenden des Fabrikantenvereins schriftlich erklärt, daß die Fabrikanten nicht gewillt seien, mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln. Am 6. August schrieb dann der Verein, die Maschinenisten und Heizer möchten ihre Wünsche der Fünfkommmission unterbreiten. Da aber die Kollegen schon 1906 bei der Lohnbewegung der Textilarbeiter leer ausgegangen waren, so haben sie nun an die Fabrikanten die Forderung gestellt, ihre Organisationsbetreuer zuzulassen; bis 11. August wird die Antwort erwartet. Wie jetzt die Dinge liegen, ist nicht ausgeschlossen, daß es zum Kampf in Sommerfeld und der übrigen Lausitz kommen wird. Zugut ist dringend fernzuhalten.

Ausland.

Polizei und Gendarmen ist jetzt gegen die ausgesperrte Textilarbeiterchaft von Enchebe mobil gemacht worden. Man hat einen kleinen Belagerungszustand über die Stadt verhängt und ein Verbot erlassen, wonach mehr als drei Personen sich auf der Straße nicht versammeln dürfen. Als am Dienstag eine Volksmenge vor der Fabrik von Menco demonstrierte, hieß die Polizei mit blanker Waffe ein, und in der inneren Stadt wurde die Menge von berittener Gendarmen attackiert, die ebenfalls von der Waffe rücksichtslos Gebrauch machte. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Die Aussperrung dauert in vollem Umfange fort. Der Versuch, die Fabrikantenvereinigung dadurch von der Verurteilung des Streiks bei der Firma Menco zu überzeugen, daß man die Mißstände durch eine Fabrikantenkommission untersuchen ließ, ist mißlungen. Diese Kommission hat erklärt, sie sei zu dem Ergebnis gekommen, daß der Firma Menco kein Vorwurf zu machen sei und ebensowenig den Werkmännern der Fabrik. Die Proklamierung des Streiks sei unverantwortlich. Diese Behauptungen bestätigen nur das Sprichwort, daß eine Krähle der andern die Augen nicht ausbackt. Wären die Zustände und wäre die Behandlung, die der Arbeiterchaft bei der Firma Menco zuteil wurde, nicht schlechter als in anderen Textilbetrieben, nicht unerträglich geworden, so hätten die Textilarbeiterorganisationen der verschiedenen Richtungen diesen großen Kampf nicht so einmütig aufgenommen und würden nicht gebührend die schweren Opfer bringen, die die allgemeine Aussperrung ihnen auferlegt.

Palmi im Generallstreik.

Die stiefmütterliche Behandlung und unerhörte Sorglosigkeit, womit die Behörden den Ort Palmi in Kalabrien bedenken, hat die dortige Arbeiterkammer veranlaßt, den Generallstreik zu proklamieren. Das Verbrechen war, wie bekannt, bei dem Erdbeben vom 23. Dezember 1908 schrecklich mitgenommen worden, aber trotz der großen Not, es fehlt 2/3 an Trinkwasser, die Zahl der als Wohnung dienenden Baracken genügt nicht, hat das staatliche Sanat es noch nicht für nötig befunden, ein Projekt zum Wiederaufbau der Stadt vorzulegen. Die Erregung ist daher groß, so daß an dem Protestumzuge nicht weniger als 8000 Personen teilnahmen. Die Verkaufsläden sind geschlossen und alle Arbeit ist eingestellt. Die „zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ entsandten Truppen wurden mit Pfeifen empfangen. Der Parteivorstand hat einen Vertreter geschickt, der von der Menge begeistert aufgenommen wurde.

Jugendbewegung.

Dem Kampflage.

Nach langen Voruntersuchungen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen haben drei Eisen- und Genossen Strafmandate in Höhe von 75 M. erhalten, weil sie den Vorschriften des Vereinsgesetzes über die Einreichung von Satzungen zuwidergehandelt und jugendliche

Bl. Blode, Berlin. Druck u. Verlag: Vormärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt

Personen unter 18 Jahren in einem politischen Verein gebildet haben sollen. Gegen die Verfügungen ist Berufung eingelegt, da es in Essen keine feste Organisation der Jugendlichen, sondern nur Abonnenten der „Arbeiterjugend“ gibt.

Versammlungen.

Mißstände in den Betrieben der Kartonindustrie beschäftigten am Dienstag eine Branchenversammlung der Kartonarbeiter und -Arbeiterinnen, die im „Gewerkschaftshaus“ stattfand. Die Kartonindustrie hat sich in den letzten Jahrzehnten, namentlich hier in Berlin, sehr stark entwickelt. Die Kartons, die in großen Massen hergestellt werden, dienen meist nur zur Verpackung oder zur äußeren Hülle und Aufmachung anderer Industrieerzeugnisse und sollen natürlich so billig wie nur irgend möglich sein. Nachdem die Anwendung der Maschinen und damit die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft in der Kartonindustrie immer größeren Umfang angenommen hat, wird denn auch Erschauliches in der Billigkeit der Produkte geleistet. Von den rund 3500 in dieser Industrie beschäftigten Personen sind ungefähr 3000 weiblichen Geschlechts. Die Arbeiterinnen werden in manchen Betrieben an Maschinen beschäftigt, die die höchsten Gefahrenziffern aufweisen. Die Löhne sind in vielen Fällen erbärmlich niedrig. Sogenannte Lehrmädchen erhalten 4, 5 oder 6 M. die Woche, und wenn sie ausgeleert haben, winkt ihnen ein Verdienst von 9 M., manchmal auch nur von 8, oder gar nur 7,50 M. für die Arbeit einer vollen Woche. Liebergeiz ist sehr verbreitet, und in manchen Fällen preist man dabei auf die geschlichen Bestimmungen und setzt die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft sogar des Sonnabends bis in die späten Abendstunden fort. Die Löhne der männlichen Arbeiter bleiben ebenfalls in vielen Fällen weit hinter dem zu einem menschenwürdigen Dasein Notwendigen zurück. Es gibt Zuschneider, die mit 22 oder 23 M. die Woche entlohnt werden, dafür aber auch den schönen Titel „Werksmeister“ führen. Allerdings werden für Zuschneider auch 30, 33 und 36 M. Lohn gezahlt, wie es denn auch Arbeiterinnen gibt, die höhere Löhne als die oben angegebenen haben. Aber im allgemeinen sind die Löhne in der Kartonindustrie nicht besser, als sie schon vor 10 bis 20 Jahren waren, trotz der inzwischen eingetretenen unerhörten Verteuerung der Lebenshaltung. Mit den Dingen, von denen Gesundheit und Wohlbefinden der Arbeiter im Betriebe abhängt, ist es in manchen Betrieben auch empörend schlecht bestellt. So wurde aus einem Betriebe berichtet, daß für 27 Arbeiterinnen nur ein Klosett vorhanden sei, aus einem anderen, daß Arbeiter und Arbeiterinnen ein Klosett gemeinsam benutzen müßten und daß nicht einmal für Reinigung gesorgt werde. Ebenso fehlt es häufig an den nötigen Wascheinrichtungen sowie an Garderoben. In einem Betriebe ist die sogenannte Garderobe im Keller und besteht aus einem Brett mit Nägeln darin, in einem anderen im — Klosett. Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, daß die Behandlung, die den Arbeitern und Arbeiterinnen hier und da zuteil wird, rücksichtslos und brutal genannt werden muß.

Daß die Zustände so schlecht sind, daran sind die Arbeiter und Arbeiterinnen selbst nicht ohne Schuld. Sie hätten die Macht in Händen, gründliche Verbesserung herbeizuführen, wenn sie nur in ihren eigenen Reihen für den nötigen Zusammenhalt, für eine starke Organisation ihrer Branche im Bundesverband sorgen wollten. Aber daran fehlt es leider noch zum Teil. In einer Gruppe, der Postkartonindustrie, besteht ja schon seit Jahren ein Tarifvertrag, der die Verhältnisse einigermaßen zufriedenstellend geregelt hat, aber im übrigen fehlt es noch in der Kartonindustrie an einer allgemeinen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die, wie alles, was in der Versammlung gesagt wurde, beweist, dringend notwendig ist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Drohender Eisenbahnerstreik.

Paris, 11. August. (B. L. B.) Der „Temps“ meldet aus Rimes: Der Generalsekretär des nationalen Syndikats der Eisenbahnarbeiter berichtete heute an der Arbeiterbörse über die Organisation des drohenden Eisenbahnerstreiks. Er forderte die Eisenbahner auf, falls sie Mobilisierungsbefehle erhielten, ihr nicht sofort Folge zu leisten, sondern erst drei bis vier Tage später, was große Anordnung im Eisenbahndienst hervorgerufen würde, ohne daß die Ausbleibenden wegen Desertion belangt werden könnten. Die Versammlung nahm zum Schluß eine Tagesordnung an, in der sich die Teilnehmer verpflichten, der Aufforderung des Syndikats zum Streik sofort Folge zu leisten.

Im Schlaf überfahren.

Lüft, 11. August. (B. L. B.) Amliche Meldung. Am 10. August, abends 11 1/2 Uhr, wurde durch den Personenzug 110 bei der Fahrt von Remel nach Insterburg auf dem mit Schranken versehenen Niveauübergang der Chaussee Kraupisäfen—Insterburg ein Bierfuhrwerk des Brauereibesizers Fröse in Insterburg überfahren, dessen Führer anscheinend geschlafen hatte und dessen Pferde, nachdem sie auf der Chausseeerzeugung etwas nach der Seite hin zur Weisstraße abgelenkt, stehen geblieben waren. Da der Wagen nicht beleuchtet und die Nacht finster war, wurde das Fuhrwerk von dem Schrankenwärter beim Schließen der Schranke nicht bemerkt und eingeschlossen. Der Wagen mit Ladung wurde zertrümmert, die beiden Pferde wurden getötet. Der lebensgefährlich verletzte Führer ist in der Nacht vom 10. zum 11. August in Insterburg gestorben. Reisende und Personal wurden nicht verletzt bis auf den Heizer der Lokomotive, der durch die Splitter der geschlagenen Fensterscheibe leicht im Gesicht verletzt wurde.

Zwei Raubmorde.

Rünchen, 11. August. (B. L. B.) Wie der Polizeibericht meldet, wurde in ihrer Wohnung an der Frauenhoferstraße mittags die 67jährige Kaufmannswitwe Ida Feldmeier ermordet aufgefunden. Der Mord dürfte bereits gestern abend um 7 Uhr ausgeführt worden sein. In der Wohnung waren Kästen und Tische durcheinander, so daß Raubmord anzunehmen ist. Als Täter kommen das gestern bei der Ermordeten eingetretene Dienstmädchen aus Landshut bezw. deren Geliebter in Betracht. Beide sind seit der Tat verschwunden.

Kornil (Prob. Posen), 11. August. (B. L. B.) Der Fleischermeister Kozielecki von hier wurde heute früh im nahen Walde tot aufgefunden. Als Täter kommt nur ein gewisser Dudjinski in Betracht, der mit ihm am Abend vorher gezecht und ihn gebeten hatte, ihn auf seinen Wagen mitzunehmen. Kozielecki hatte 800 M. und eine Uhr bei sich gehabt; beides fehlte. Es liegt also Raubmord vor. Der Mörder wurde heute gegen Abend in Posen verhaftet.

Noch eine Verhaftung.

Krakau, 11. August. (B. L. B.) Der Zeichner Mijstlaw Bostakiewicz aus Warschau ist unter dem Verdacht der Mordanschuld an der Ermordung Rybals verhaftet worden.

Attentat auf den Orient-Expreß.

Sofia, 11. August. (Wsch-Tel.) Auf der Eisenbahnbrücke bei Lubimec wurden die Weife Isogefährdet. Kurz vor dem Herankommen des Konstantinopel—Wiener Schnellzugs wurde das Attentat gemerkt, sodas im letzten Augenblick eine Enigleisung des Expreßzuges und damit eine furchtbare Eisenbahnkatastrophe verhindert werden konnte

Gaul Singer & Co., Berlin SW, Hergu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Auch ein Arbeitswilliger.)

Von Karl Kautsk.

1. Parteidisziplin.

Einer der bestechendsten Vorwürfe unserer Gegner ist der, daß die Sozialdemokratie nicht „positive“ Arbeit leistet. Wie lächerlich dieser Vorwurf ist, wenn man unter „positiver“ Arbeit die moralische, intellektuelle und physische Hebung des Proletariats versteht, wurde schon oft genug nachgewiesen. Aber unsere Gegner verstehen etwas anderes unter „positiver“ Arbeit.

Wir haben in Deutschland kein parlamentarisches Regime. Die Regierungen werden nicht von der Mehrheit des Parlamentes eingesetzt, sondern vom Monarchen. Das Parlament zwingt der Regierung nicht die Gesetze auf, sondern es vereinbart sie mit ihr. Bestimmungen, die die Einzelregierung im Staate oder die verbündeten Regierungen im Reiche ablehnen, werden nicht Gesetz, selbst wenn eine erdrückende Mehrheit für sie im Parlament vorhanden ist.

Zu alledem kommen in den Einzelstaaten noch die Ersten Kammer. Vom Standpunkt der bürgerlichen Parteien scheint es da, als könne im Parlament positive Arbeit, das heißt die Schaffung von Gesetzen, nur geleistet werden im Einvernehmen mit den Regierungen. „Positiv arbeiten“, nennen sie mit der Regierung zusammen als Regierungspartei — nicht als regierende Partei — arbeiten, selbst den so harmlosen und so sehr nach der Regierungsgunst lüsterne Freiwirtschaftler wird vorgeworfen, sie seien eine rein regierende Partei, wenn sie einmal nicht anders können, als Opposition zu machen, um sich nicht zu blamieren.

Die Sozialdemokratie hat es bisher stets abgelehnt, in dieser Art „positive“ Arbeit zu leisten. Sie fand stets, die wirksamste Methode, Reformen durchzuführen — soweit solche bei den gegebenen Machtverhältnissen überhaupt durchzuführen sind —, sei die, an die Massen zu appellieren, bei allgemeinem gleichem Wahlrecht an die Wähler, und durch die Furcht von diesen den Regierungen, Parteien und Regierungen so viele Konzessionen abzupressen als möglich. Jetzt haben sich aber Genossen gefunden, die die bürgerliche Argumentation annehmen, die der Partei vorwerfen — ebenso wie es unsere Gegner tun —, sie weigere sich, positive Arbeit zu leisten, und im Gegensatz zur großen Mehrheit der Partei ihre Bereitwilligkeit erklären, im Sinne der bürgerlichen Parteien und Regierungen positive Arbeit zu leisten.

Wie bei anderen Arbeitswilligen, so geht es auch bei diesen positiv Arbeitswilligen ohne Disziplinbruch nicht ab. Die Badener Budgetbewilliger sind im Grunde nichts anderes als politische Streikbrecher.

Zur Rechtfertigung seiner Handlungsweise hat jetzt einer dieser Arbeitswilligen, Genosse Kolb, ein kleines Schriftchen herausgegeben unter dem Titel: „Die Taktik der badischen Sozialdemokratie und ihre Kritik“ (Karlruhe, Buchdruckerei Ged., 40 Seiten).

Er gibt zu, daß die badischen Budgetbewilliger einen Disziplinbruch begangen haben, aber daran sei nur der Rürnderger Beschluß schuld, der ihnen Unmögliches zumute und „den zulässigen Begriff der Disziplin überschreite“ (S. 22). Er beruft sich auf David, der in Rürnberg erklärt hatte:

„Die Disziplin kann nur bis zu der Grenze gehen, wo die Ueberzeugung anfängt, daß ein Beschluß der Sache Schaden könnte. Wenn Sie etwas anderes konstruieren wollen, dann nennt man das nicht Disziplin, sondern Kadavergehorsam.“ Dies Wort gefällt Kolb so gut, daß er es fett drucken läßt und noch mehrmals wiederholt, wobei er hinzusetzt: „Niemand darf eine Partei den Disziplinbegriff so auf die Spitze treiben, daß dadurch einem großen Teil ihrer Anhänger das politische Rückgrat gedrohen und ihnen eine bewußte Heuchelei zugemutet wird.“

Danach hört also die Disziplin dort auf, wo sie mit der Ueberzeugung in Widerspruch kommt. Haben unsere Disziplinbrecher überlegt, welche Konsequenzen dieser Grundgedanke nach sich zöge?

Nehmen wir an, in einem Industriezweig einer Stadt breche ein Streik aus. In einer Fabrik sind die Arbeiter der Ueberzeugung, der Streik sei ungemächlich, sie würden mehr erreichen, wenn sie sich mit ihrem Unternehmer auf guten Fuß stellten. Will

Kolb behaupten, ihre Ueberzeugung enthebe jene Arbeiter ihrer disziplinarischen Pflichten und erlaube ihnen den Streikbruch?

Aber vielleicht wird er sagen, ja, das möge für das gewerkschaftliche Gebiet gelten, nicht aber für das politische. Folgen wir ihm auf dieses.

Die Mehrheit der Genossen im Wahlkreis stellt einen revisionistischen Kandidaten auf, etwa Kolb oder Quessel. Die Minderheit ist der „Ueberzeugung“, daß dieser Kandidat „der Sache schadet“. Also hat sie nach Kolb das Recht, für diesen Kandidaten nicht zu stimmen, ja sogar, ihm einen Gegenkandidaten entgegenzustellen. Dann von Modifikationen verlangen, einen Revisionisten zu wählen, hieße doch, ihnen „das politische Rückgrat brechen und eine bewußte Heuchelei zumuten“.

Ebenso steht es aber mit der Parteipresse. Ist irgendwo eine Minderheit mit der Haltung ihres Parteiorgans unzufrieden, hat sie die „Ueberzeugung“, daß es „der Sache schadet“, dann steht ihr nach Kolb das Recht zu, ein Gegenorgan zu gründen, denn dies „schädliche Organ“ zu unterstützen, wäre doch „bewußte Heuchelei“.

In der Tat sind wir in Frankreich schon so weit gekommen. Zuerst verlangen die Abgeordneten für sich die Unabhängigkeit von der Disziplin, das Recht, ihre Ueberzeugung höher zu stellen als die Disziplin, dann ging das aber auch auf ihre Wähler über. Neben den Parteikandidaten traten „unabhängige“ Sozialisten als Kandidaten auf, und neben der Parteipresse gaben unabhängige Sozialisten besondere Blätter heraus.

Auf diese Weise kommt die Partei zur Auflösung, wenn es ihr nicht gelingt, wie es in Frankreich ja schließlich zum großen Teil gelungen ist, der Parteidisziplin wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Sicher ist es schlimm, wenn Ueberzeugung und Disziplin in Widerspruch miteinander geraten, aber daraus folgt nicht, daß die Ueberzeugung das Recht haben soll, die Disziplin zu durchbrechen, sondern vielmehr, daß ein erspriechliches Zusammenarbeiten auf die Dauer innerhalb einer Partei nur für Leute möglich ist, die in den wesentlichen Dingen der gleichen Ueberzeugung sind.

Das Wort Kadavergehorsam auf die Parteidisziplin anzuwenden, ist aber lächerlich. Der militärische Kadavergehorsam unterscheidet sich in zwei sehr wesentlichen Punkten von der Parteidisziplin.

Einmal darin, daß niemand gefragt wird, ob der Soldat sein und bleiben will. Er muß. Dagegen wird niemand gezwungen, unserer Partei anzugehören. Sie zwingt also auch niemand zu bewußter Heuchelei. Bewußte Heuchelei begeht nicht derjenige, der der Parteidisziplin entsprechend handelt, sondern derjenige, dessen Ueberzeugung unvereinbar ist mit der der Partei und der doch in ihr bleibt.

Bei den Budgetbewilligern liegt indes die Sache weit weniger gefährlich. Die Forderung der Budgetverweigerung ist eine Forderung, die bloß an die Parlamentarier gestellt wird. Der Rürnderger Beschluß verlangt von den Parlamentariern, die unserer Partei angehören, daß sie das Budget ablehnen, er verlangt aber nicht, daß der Genosse Kolb Parlamentarier sei. Kommt ein sozialdemokratischer Abgeordneter zur Ueberzeugung, die Budgetverweigerung bedeutet einen tiefgehenden Schaden für unsere Sache, so stellt ihn das noch nicht vor das Dilemma des Disziplinbruchs oder des Ausscheidens aus der Partei, sondern nur vor das Dilemma des Disziplinbruchs oder des Verzichts auf sein Mandat.

Glaubt ein sozialdemokratischer Abgeordneter nicht die Verantwortung für die Befolgung des Rürnderger Beschlusses tragen zu können, dann gibt ihm das keineswegs das Recht, die Einheitlichkeit der Partei zu durchbrechen und die Partei dadurch aufzusteifen zu schädigen. Es legt ihm nur die Pflicht auf, vor die Genossen seines Wahlkreises zu treten und zu erklären: Unter diesen Bedingungen bin ich nicht der richtige Vertreter für euch. Sucht euch einen anderen Vertreter, dessen Ueberzeugung mit dem Parteitagbeschlusse besser harmonisiert.

Das ist die einzige Antwort, die ein sozialdemokratischer Abgeordneter oder Vertrauensmann der Partei überhaupt zu geben hat, wenn ein Parteibeschluß ihm Pflichten auferlegt, die er glaubt, nicht erfüllen zu können oder zu dürfen.

Die Partei verlangt von niemand ein Opfer seiner Ueberzeugung, sie drückt niemand sein politisches Rückgrat, mutet niemand politische Heuchelei zu. Aber die Beachtung ihrer Beschlüsse muß sie von jedem verlangen, der ihr angehört und so lange er ihr angehört. Und von ihren Abgeordneten darf sie erwarten, daß sie der Masse der Genossen mit gutem Beispiel vorangehen, sich nicht über die Beschlüsse der Partei erheben dürfen.

Das ist noch lange kein Kadavergehorsam, sondern frei-

willige Disziplin, weil ja die Zugehörigkeit zur Partei und die Annahme eines Mandats keine Sache des Zwanges ist.

Aber noch in einem zweiten Punkte unterscheidet sich die Parteidisziplin bei aller Strenge vom Kadavergehorsam: durch das Recht der Kritik. Jeder muß den Parteibeschlüssen nachkommen, solange sie bestehen, aber jeder hat das Recht, an ihnen Kritik zu üben und dahin zu wirken, daß sie geändert werden. Wären die badischen Genossen die Mehrheit der Genossen von der Richtigkeit ihrer Taktik überzeugen, und kein Parteitag wird ihnen mehr etwas in den Weg legen.

Auch Genosse Kolb versucht in der hier besprochenen Broschüre die Parteigenossen zu überzeugen. Aber er scheint von vornherein kein großes Vertrauen zur Ueberzeugungskraft seiner Argumente zu haben, denn er erklärt: beschließt was ihr wollt, wir fügen uns nicht, wenn der Beschluß gegen uns ausfällt.

Anderes ist es nicht aufzufassen, wenn er sagt:

„Was wir fordern und worauf wir bestehen müssen, ist die Befestigung eines Beschlusses (des Rürnderger), der gleichermäßen für die Disziplin wie für die Einheit der Partei gesähele ist“ (S. 26).

Und früher schon erklärte er, „daß die badische Landtagsfraktion sich in dieser Frage nicht unterwerfen kann (im Original fett gedruckt. K.), weil sie sich damit unrettbar lächerlich und politisch unmöglich machen würde. . . . Die Partei darf und kann keinen Beschluß aufrecht erhalten, der große und wichtige Teile ihrer parlamentarischen Vertretung zur Heuchelei und zur Preisgabe ihrer Ueberzeugung zwingt. Man treibe endlich in solchen Situationen keine Sentimentalität mehr. Hier ist es Pflicht jedes einzelnen, mannhafte und unerschütterliche zu seiner Ueberzeugung zu stehen, und wenn es nicht anders geht, mit ihr zu fallen.“

Angelehnt dieser Sprache wird sich der Parteitag wohl vor allem genötigt sehen, festzustellen, daß seine Beschlüsse unter allen Umständen für jeden bindend sind, der als Parteigenosse betrachtet werden will. Es wäre ja zwecklos, Beschlüsse irgendwelcher Art zu fassen, wenn sie bloß für die Mehrheit verbindlich wären und die Minderheit das Recht hätte, zu erklären, sie widersprechen ihrer Ueberzeugung und darum könne sie sich ihnen „nicht unterwerfen“. Es wäre nichts verkehrter, als wollte man Disziplin und Einheit der Partei durch Unterwerfung unter die Diktate Kolbs und seiner Freunde retten. Es hieße die Einheit und Disziplin dadurch retten zu wollen, daß man diejenigen frei gelassen läßt, die an ihrer Auflösung arbeiten.

2. Die Monarchie.

Aus den Worten Kolbs spricht eine verzweifelte Stimmung: so unentbehrlich erscheint ihm die Budgetbewilligung, so unermesslich der Schaden der Budgetverweigerung, daß ihm nicht bloß einmaliger Disziplinbruch, sondern selbst Herbspaltung der Partei noch weniger schädlich erscheint. Da darf man einigermaßen neugierig sein, durch welche unerhörte Tassachen eine so unerhörte Auffassung begründet wird. Und was von der Budgetbewilligung, gilt ebenso von der Hofgängererei, die ebenfalls allen bisherigen Anschauungen unserer Partei ins Gesicht schlägt.

Wer nun erwartet, in der Schrift Kolbs Tassachen oder Erwägungen kennen zu lernen, die eine auch nur einigermaßen einwandfreie, geschweige denn eine zwingende Begründung des Disziplinbruchs und der Hofgängererei enthalten, wird schwer enttäuscht werden. Man darf annehmen, daß Kolb in seiner Broschüre alles vordrachte, was die badische Fraktion zu ihren Gunsten vorzubringen weiß. Es ist auffallend dürftig. Koch mehr. Die einzelnen Argumente widersprechen sich, schlagen einander gegenständig tot.

Einmal behauptet Kolb, der Disziplinbruch erkläre sich aus den ganz eigenartigen Verhältnissen Badens, die außerhalb Badens nur schwer zu begreifen seien und die eine besondere parlamentarische Taktik erforderten. Dann aber sagt er, die parlamentarische Taktik der Badener Landtagsfraktion sei die einzig rationelle, die auch in den anderen Staaten und im Reich zum Durchbruch kommen müsse, wenn wir Fortschritte machen wollen — und doch soll dieselbe Taktik niemand verstehen können, der nicht in alle Mythen des badischen Ländchens eingeweiht ist!

Und ebenso gehts mit der Hofgängererei. Die Akte, die man der badischen Fraktion vorwirft, werden einmal als einfache Höflichkeitssache oder von der Geschäftsordnung auferlegte Bedingungen hingestellt — leere Zeremonien ohne jede Bedeutung. Dann aber wird auf ihre hohe Bedeutung hingewiesen und bemerkt, daß sie Vorbildlich für unsere Haltung zur Monarchie in den anderen Staaten seien, welche Haltung wir einer gründlichen Revision zu unterziehen

Kleines feuilleton.

Reinhardt in München. Aus München wird uns geschrieben: Es ist für Max Reinhardt und seine Truppe in diesem Sommer schwerer wie in den beiden Vorjahren innerhalb des Münchener Kunstsommers seine ihm gebührende Stellung zu erringen und zu behaupten. Denn die Konkurrenz auf allen Gebieten der Kunst ist 1910 zu groß. Es ist erstannlich, was sich da alles in den paar Sommermonaten zusammendrängt: eine Schumann-Gedenkfeier, die Richard-Strauß-Woche, Mozart-Festspiele im Residenztheater, Wagner im Prinzregententheater, Sommergastspiele eines Berliner Ensembles im Lustspielhaus, Konrad Dreher im Neuen Uniontheater, Westhovens-Brüders-Prasims-Jyflus, Lehár-Pall-Strauß als Ausstellungs-Walzerdirigenten, ein französisches Musikfest, die Uraufführung der Wälderischen VIII, dazu Oberammergau, Parsifal-Lustfahrten, Stour- und Regelsapellen: wo soll da schließlich das Interesse und die Konzentrationsfähigkeit der so überaus in Anspruch genommenen zahlungsfähigen Fremden herkommen!? So erklärt sich auf die natürlichste Weise auch der mangelhafte Besuch der Reinhardtischen Bühnenfestspiele im Münchener Künstlertheater. Reinhardts Programm ist diesmal ein vorwiegend klassisches. Es gab bisher Aufführungen des „Kaufmann von Venedig“, des „Sommerachtsstraums“, des „Wintermärchens“, der „Krisophanischen Lystraata“ in Soliners Bearbeitung, die Münchener Premiere von Hoffmannsthal's Novität „Christinas Heimreise“. Vorziehen die beiden „Kauf“ in Erster vielumstrittener Ausstattung, „Minna von Barnhelm“, „Hamlet“, „Julius Cäsar“, die „Dresler“ und als dekorativer Clou des jungen Freika orientalische Pantomime „Sumurun“. Wälsch, ein reicher und vielstättiger Arbeitsplan, der die Wälder der Reinhardtischen Regie und des Ensemblespiels in allen möglichen Stilarten zeigen kann.

„Christinas Heimreise“ hat nach der Umarbeitung bei ihrem ersten Erscheinen in München nicht viel Glück gehabt. Reinhardt und seine Betreuer mühten sich um ein gleiches Werk, dem weder die unvergleichliche Leuchtkraft seiner Inzenierung noch das lebenspulsende Spiel seiner Darsteller die richtige Theaterfarbe und Theaterwirkung zu geben vermochten. Hoffmannsthal ist ja immer mehr Poet als Dramatiker gewesen. Allein in diesem romantischen Stild strophender Abenteuer kartiert er nur mit Impressionen. Die Gestalten zerrinnen in der Luft. Ein welliger Reizismus von Stimmung, Farbe, Ton, träumerisch sinnend, bald erwärmt, bald feurig erhigt mit Bildern, Gedanken und Worten. Aber alles bleibt nur ein loies Gefüge von burlesken und schwärmerischen Begebenheiten, dem alle straffe Linienführung und mannafte Gestaltung fehlt. Florindo ist Hoffmannsthal: ein inkurabler Welsch, der in allen Situationen des Lebens und der Liebe mit Anstand und Gefühl reflektiert und sich in stilisierstem endlosen Wortgepränge verliert. Rein, der Wiener Dichter bleibt auch hier, wo er scheinbar aus mythischen Tiefen an die Oberfläche des realen

Daseins heimgekehrt ist, ein blasser Schönredner, ein romantische Literat, in dessen Adern Orangensaft fließt. . . . Viel besser als die drei Hauptfiguren Florindo, Christina und Kapitän, die Proffi, Pfl. Heim und Diegelmann vollendet spielen, sind zwei Nebenfiguren geraten, ein malajischer Diener (Schildkraut) und ein philosophischer Hausknecht, mit dem Wahnmann erschütterte.

Ostende als Seebad für Arbeiter. Das muß doch ein rechter Glückspilz von einem Arbeiter sein, werden sich die meisten Leser sagen, der sich einen Aufenthalt in dem als teuer beschriebenen Seebad Ostende leisten kann. Auch der gewöhnliche Besucher Ostendes wird dieser Ansicht beipflichten, wenn er auf der prächtigen breiten Promenade am Meeresstrand die blasierte Lebenswelt betrachtet, die in einem so sonderbaren Gegensatz steht zu der unzählbaren Schar der jubelnden Kinder, die auf der weiten reinen Sandfläche ledere Sandluden baden, Kanäle graben und kunstvolle Monumentalbauten aufzuführen. Und dennoch ist es von allen Seebädern gerade Ostende, das den Arbeitern, die so glücklich sind, Ferien machen zu können, die Annehmlichkeiten des Seebades bieten kann. Daß heute auch ein Arbeiter Ostende besuchen kann, sei es aus Gesundheitsrückichten oder zum Vergnügen, verdanken wir der bewundernswürdigen Tatkraft unserer belgischen Genossen.

Ostende besitzt schon seit sieben Jahren ein Volkshotel, die „Hôtelerie du Peuple“, wo man für billiges Geld unterkommen kann. Man trifft dort ein Sommerzeit Genossen aus Belgien und allen umliegenden Ländern. Aus Großbritannien, wo eine große Anzahl Arbeiter die jährlichen Ferien nicht mehr als ein Ideal, sondern als etwas Selbstverständliches, für die Gesundheit eines jeden arbeitenden Menschen Notwendiges betrachten, sind stets Genossen vertreten, und auch aus Deutschland stellen sich immer eine stattliche Anzahl Besucher ein. Das Volkshotel ist eine Gründung der Genossen Sozialisten. Als diese nämlich vor einigen Jahren fanden, daß sie zum Zwecke der Agitation eines Lokals bedurften, gründeten sie die Gesellschaft „Die Sonne“, die sich zum Ziel setzte, in allen Orten, wo sich Anläge zu einer sozialistischen Organisation zeigten, die Genossen mit Versammlungslotals zu versorgen. Auf Betreiben der Genossen Dr. Terwagne und Ed. Ansele, die im Jahre 1903 im „Booruit“ die Notwendigkeit eines Volkshotels in Ostende betonten, entsaß sich „Die Sonne“, ein Haus in Ostende zu erwerben. Die Genossenschaft „Booruit“ von Gent half und noch im selben Jahre kaufte man ein Grundstück von 400 Quadratmeter. Mit dem Grundstück erwarb man das darauf befindliche geräumige Gebäude, das ein großes Restaurant, einen Speisesaal und 40 Zimmer enthält. Gleich schnellte die Zahl der Ostender Genossen, die sehr arm sind und sich bis dahin mit einem Keller als Versammlungslotal begnügen mußten, in die Höhe, und auch alle anderen von den Sozialisten begonnenen Unternehmungen, Gewerkschaften und Genossenschaften, fingen an zu gedeihen und stehen heute auf festen Füßen.

Das Unternehmen war von Anfang an ein Erfolg. Das soll nicht heißen, daß „Die Sonne“ Profite macht. Nein, die paar

hundert frank Ueberschuß, die in den letzten sieben Jahren erzielt worden sind, sind kaum der Rede wert. Ueberschüsse zu erzielen, ist auch nicht die Absicht der belgischen Genossen; es soll vor allen Dingen der Arbeiterschaft die Möglichkeit geboten werden, die Freuden des Meeresstrandes zu genießen und sich zu erholen. Das Volkshotel rechnet je nach der Lage des Zimmers 4 frank, 4.50 und 5 frank für volle Pension. Die Zimmer sind äußerst sauber, die Nahrung vorzüglich und so reichlich, daß auch der größte Esser befriedigt wird. Die Besucher meiden meistens den offiziellen Badeplatz, wo das tägliche Bad eine ansehnliche Geldsumme verschlingt, und gehen hinaus in die Dünen, wo sie als eine große sozialistische Familie ihre See-, Sand-, Luft- und Sonnenbäder nehmen. Man nimmt eine Schaufel mit, um am Meeresstrande ein großes Loch zu graben, das mit Hilfe von Spazierstöden, Schirmen und Handtüchern in eine Art Höhlenwelt verwandelt wird, in dem sich die Genossen an- und auskleiden können. Eine bunte und lustige Gesellschaft ist es, die in den Sommermonaten im Volkshotel ein- und auszieht und manch herrliche Freundschaft ist hier schon zwischen den Genossen der verschiedenen Nationen geschlossen worden.

Die vorzüglich diese von den belgischen Genossen geschaffene Einrichtung ist, beweist die Tatsache, daß sich auch manche Personen, die unterer Bewegung fernstehen, als Gäste einfinden. Das ist vielen Genossen, die im Hochsommer, wenn alle 70 Betten besetzt sind, vergebens anklopfen, keine angenehme Tatsache. Diese Fremdlinge in unserem Lager handeln anscheinend nach dem Goetdewort, daß der deutsche Mann den Franzmann nicht liebt, aber seine Weine gern trinkt. Sie mögen die Sozialisten nicht, aber unsere Butterbrote essen sie gern.

Das Volkshotel in Ostende wird von Jahr zu Jahr beliebter. Schon ist es viel zu klein für die Bedürfnisse aller derer, die es benutzen wollen, und schon denkt man an eine Erweiterung. Das ist ein erfreuliches Zeichen der wachsenden Kulturbedürfnisse der Arbeiterschaft. Mag auch der Spielbürger an seinem Viertisch über die Begehrtheit der Arbeiter poltern und über den Proletarier im Seebade öde Witze machen, der Sozialismus wird nicht ruhen und kosten, bis daß sich ein jeder, der der Gesellschaft die Kraft seiner Muskeln oder seines Hirns opfert, im Sommer auf dem Lande, im Gebirge oder an der See erholen kann.

Notizen.

— Theaterchronik. Die erste Rollität des Deutschen Theaters in der neuen Spielzeit ist „Simson und Delila“, eine Tragikomödie von Sven Lange.

— Mascagni als Erfinder. Mascagni, der gegenwärtig eine Konzertreise in Amerika unternimmt, soll, nach englischen Meldungen, eine Vorrichtung erfunden haben, die mit einem Piano verbunden wird und die Noten, wie sie gespielt werden, sofort zu Papier bringt. Man soll mit Hilfe dieser Vorrichtung imstande sein, jede musikalische Improvisation sofort in einer Abschrift festzulegen. (Die Sache klingt etwas amerikanisch.)

hätten. Da erfahren wir, wozu dieser Sinn in dem kindischen Spiele liegt.

Betrachten wir zunächst die Argumente zugunsten der Hofgänger. Da haben wir einmal die Gratulationscour. Kolb schreibt: Jedemal, wenn wir in ein Präsidium eintraten, haben wir, auch im Reichstag, uns bereit erklärt, alle in der Verfassung und der Geschäftsordnung vorgesehenen Bedingungen zu erfüllen.

Die Geschäftsordnung der Zweiten badischen Kammer enthält in dem § 74 die Bestimmung, daß der Landtag an den Großherzog eine Deputation senden kann, die aus den Mitgliedern des Präsidiums und etwa noch ausgelassen weiteren Mitgliedern der Zweiten Kammer besteht. Nun hat die Zweite Kammer beschlossen, dem Großherzog anlässlich seiner silbernen Hochzeit ihre Gratulation zu übermitteln und damit das Präsidium auf Grund des § 74 der Geschäftsordnung beauftragt. Wollten wir nicht wahrbrüchig werden, dann bliebe nichts übrig, als daß unsere Vertreter im Präsidium sich ebenfalls bereit erklärten, den von der Zweiten Kammer ihrem Präsidium erteilten Auftrag mit auszuführen.

Und Kolb fragt weiter, was man denn sonst hätte tun können? Es ist mir leider bisher noch nicht gelungen, dieser famoson Geschäftsordnung habhaft zu werden und den Wortlaut des § 74 zu erfahren. Das was Kolb darüber mitteilt, zwingt niemand, an einer Gratulationscour bei Hofe teilzunehmen. Der § 74 hat offenbar den Zweck, der Zweiten Kammer die Entsendung von Deputationen an den Großherzog zu politischen Zwecken zu ermöglichen, etwa um ihn mit Forderungen der Kammer bekannt zu machen. Unsere Fraktion hatte da nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, energisch dagegen zu protestieren, daß dieser Paragraph dazu mißbraucht werde, das Präsidium zur Staffage bei unpolitischen Familienfesten zu degradieren. Es war ihre Pflicht, zu erklären, bei einem derartigen Mißbrauch der Geschäftsordnung zu parlamentarischen Zwecken würden sie nicht mitmachen.

Aber merkwürdig, dieselben Leute, die mit dem Disziplinbruch gegenüber der Partei so rasch bei der Hand sind, um ihre Ueberzeugung nicht zu gefährden, sie vermeiden ängstlich auch nur den entferntesten Schein eines Bruchs der Geschäftsordnung und nehmen lieber an jedem Mißbrauch derselben teil, mag auch ihre republikanische Ueberzeugung dadurch noch so sehr verletzt werden. Da empfinden sie plötzlich den „Kadavergehorjam“ als ihre heiligste Pflicht — unsern Gegnern gegenüber.

Ebensolchen Kalibers sind die Gründe für die Teilnahme am Hoch auf den Großherzog bei der Schlussfeier:

„Daß wir bei diesem Hoch aufgestanden sind, entspricht nicht den Tatsachen, die ganze Versammlung hatte sich schon zuvor von den Sitzen erhoben. Allein das ist ja ohne Bedeutung, denn doch man, wenn man schon an solchen Akten teilnimmt, bei einem Hoch aufsteht, entspricht den einfachsten Regeln des Anstandes und des in der ganzen kultivierten Welt üblichen Taktens. Wenn auf unseren Parteitag ein Hoch auf unsere Partei ausgebracht wird, erheben sich die anwesenden Gegner auch, wenigstens diejenigen, die Anstand gelernt haben“ (S. 30).

Also sie sind nicht aufgestanden, sind aber doch aufgestanden, weil bei solcher Gelegenheit jeder anständige Mensch aufsteht, also auch unsere badischen Anständlichen — wenn man schon an solchen Akten teilnimmt. In diesem Sätzen liegt das Subtilste Kern. Wer zwingt unsere Genossen, an jenem Akt teilzunehmen? Sie wußten, daß die Schlussfeier eine Huldigung für den Großherzog mit sich bringe, sie waren ihr entsprechend festlich gekleidet erschienen — und dann wollen sie uns weisen, das Ganze sei einfach ein bedeutungsloser Akt des „einfachsten Anstandes“.

Das das nicht stimmt, verrät uns Kolb in seinem Eifer selbst:

„In der Politik gibt es Imponderabilien, Dinge, die man nicht wägen und nicht messen kann, deren Beachtung oder Nichtbeachtung doch auch manchmal nicht ohne Bedeutung ist. Wo die Taktik unserer parlamentarischen Vertretung ausschlaggebend in die Waagschale fällt, sind auch solche an sich belanglose Dinge (wie die Teilnahme an Huldigungen K.) nicht ganz ohne Bedeutung. Ob unsere Teilnahme an der Schlussfeier aus Gründen der politischen Zweckmäßigkeit geboten war oder nicht, darüber können wir jedenfalls ein zutreffendes Urteil fällen als jene Genossen, die unsere Beteiligung so abfällig kritisierten. Auch hier handelt es sich um eine Frage der Taktik. Für den Taktik gibt es aber sehr oft Gründe, die man nicht an die große Glocke hängt. Es ist doch sicher kein Zufall, daß die Zentrumspresse gerade auch über unsere Beteiligung an der Schlussfeier im höchsten Grade entrüstet ist und in allen Tonarten über uns herfällt. Die Herrschaften des schwarzblauen Blocks haben instinktmäßig begriffen, daß dieser an sich, wie gesagt, bedeutungslose Vorgang für die badische Politik nicht so bedeutungslos ist, als unsere norddeutschen Parteigenossen annehmen. Früher hat sich die Zentrumspresse über unser Fernbleiben entrüstet und es politisch ausgeschlacht, jetzt versucht sie in ohnmächtigem Grimm das Gegenteil, genau wie bei der Budgetabstimmung“ (S. 20, 30).

Dem Zentrum werden wir es nie recht machen, so oder so. Um so weniger beweist die jetzige Entrüstung des Zentrums über die sozialdemokratische Teilnahme an der Schlussfeier etwas dafür, daß diese Teilnahme am Platze gewesen sei. Wohl aber zeigt der ganze Possus, was alles, was uns über die Bedeutungslosigkeit der verschiedenen Akte der Hofgänger gesagt wird, daß sie nur durch Rücksichten auf Geschäftsordnung und Anstand erzwungen worden seien, nicht ist als leere Phrasen.

Man will eine politische Wirkung mit diesen Huldigungen erzielen — sie waren durch Gründe der politischen Zweckmäßigkeit geboten“, sagt Kolb selbst, wobei er geheimnisvoll hinzufügt, diese Gründe dürfe er nicht „an die große Glocke“ hängen. Seine intimen Kenntnisse der hofischen Strömungen darf er und nicht verraten, ob er auf die „Imponderabilien“ des Großherzogs selbst spekuliert oder des Erbgroßherzogs oder irgend einer seiner Xanten oder Wafen, deren Einfluss, nicht ganz ohne Bedeutung“ ist. Aber so viel läßt er uns doch erraten, daß die Hofgänger zu dem Zweck unternommen wurde, bei Hofe eine günstige Meinung von der Sozialdemokratie — oder vielmehr von dieser Art Sozialdemokratie — hervorzurufen und dadurch die parlamentarische Stellung der Fraktion zu stärken.

Es wäre ein bedenkliches Zeichen, wenn diese Art Politik beim badischen Proletariat Anklang fände. Hofische Hintertreppenspolitik ist nie eine großartige Sache. Hofische Hintertreppenspolitik von Vertretern einer proletarischen, republikanischen Politik betrieben, kann diese Politik nur verächtlich machen, auch bei denen, um deren Gunst sie sich untertänig bemüht.

Kolb ist indes nicht zufrieden damit, die Hofgänger als ein bedeutungsloses Produkt schlauer Taktik aus den besonderen badischen Verhältnissen zu erklären und sie gleichzeitig als politisch bedeutungslos konsequenz bloßer Geschäftsordnungsbestimmungen und allgemeinen Anstandes hinzustellen, den die Gegner auch für uns an den Tag legen. Er fügt zu diesem Widerspruch noch den hinzu, daß er einmal die Hofgänger als ein Produkt badischer Eigenart hinstellt, dann aber erklärt, sie sei eine Notwendigkeit für die monarchischen Länder überhaupt!

Er fragt die Gegner seiner Taktik:

„Glauben sie wirklich, daß Sozialdemokratie und monarchische Staatsform unter allen und jeden Umständen sich gegenseitig ausschließende Begriffe sind? Notabene, es handelt sich also nicht um Sozialismus und Monarchie. Eine sozialistische Geschäftsordnung mit monarchischer Spitze ist undenkbar. Bei der Frage, die ich aufwerfe, handelt es sich um etwas anderes, um eine Sache, die in parlamentarisch regierten Monarchien aber luxur über lang für unsere Partei akut wird.“

Zunächst will ich aber auf deutsche Verhältnisse exemplifizieren, denn die liegen uns näher. Gesetzt den Fall, in legend einem Bundesstaat erobert unsere Partei die relative oder gar die absolute Mehrheit im Parlament. Sie wird dann nicht umhin können, nicht nur den ersten Präsidenten zu stellen, wenn sie sich nicht für politisch bankrott erklären will. Glaubt man nun im Ernst, daß in einem solchen Falle der sozialdemo-

kratische Präsident den Landesfürsten, der Verfassungsmäßig nicht nur der Repräsentant des Staates, sondern ein mitbestimmender Faktor der Gesetzgebung ist, einfach ignorieren kann? Das ist doch schlechterdings ausgeschlossen.“

Kein Zweifel, der Fall, den Kolb hier im Auge hat, bietet große Schwierigkeiten. Dann unserm Partikularismus ist es möglich, daß die Sozialdemokratie in irgend einem deutschen Einzelstaat die Mehrheit in der Kammer erobert, indes im Reich die Sozialdemokratie noch in der Minderheit ist. Die Mehrheit in jenem Einzelstaat wird da in die schwierigsten Verhältnisse versetzt, alle Aufgaben einer sozialdemokratischen Mehrheit werden ihr zugewiesen, indes ihr gleichzeitig die Macht vorenthalten wird, diesen Aufgaben gerecht zu werden.

Aber die Frage, wie sich der sozialdemokratische Präsident zum Landesfürsten stellt, wird dann die geringste unserer Sorgen sein. Sie ist völlig bedeutungslos gegenüber der Frage, wie sich die Mehrheit zur Regierung und deren Anforderungen stellen wird! An der Zivilliste z. B. wird dem Regenten weit mehr gelegen sein als an der persönlichen Vorstellung des Präsidenten. Und sollen wir das Kultusbudget bewilligen, die politische Polizei, die Gehälter von Beamten, die das Recht brechen, um das Proletariat in seinem Klassenkampf zu hindern?

In einem solchen Land muß es dann zu einer Periode tiefgehender Konflikte kommen, in denen unsere Vertreter den größten Scharfsinn, die größte Zähigkeit und Unerbittlichkeit werden aufbieten müssen, um sich zu behaupten. Sie verlieren aber das Spiel von vornherein, wenn ihre erste Sorge die ist, die Gunst des Landesfürsten zu gewinnen, wenn sie das Unmögliche möglich machen wollen, gleichzeitig für Proletariat und für die Monarchie zu arbeiten.

Das aber ist nach Kolb zunächst ihre Aufgabe. Schon früher in seiner Schrift behauptet er:

„Wenn wir heute in irgend einem Staate die Mehrheit erhalten, das heißt die politische Macht erobert, so haben wir damit noch keineswegs die Macht, die Monarchie und die Klassen zu beseitigen, das heißt also die sozialistische Gesellschaft zu errichten.“

Das dient zur Befestigung des Satzes: „Die kapitalistische Gesellschaft läßt sich nicht durch politische Demonstrationen aus der Welt schaffen, sondern nur dadurch, daß wir uns in steigendem Maße Einfluss auf alle in ihr wirkenden Entwicklungskräfte verschaffen.“ (S. 11, 12).

Dies ist die Hofgängererei nicht mehr ein bedeutungsloser Ausfluß eines Zwanges des § 74 der Geschäftsordnung der badischen Zweiten Kammer, sondern ein Ausfluß der einzigen Methode, die Kolb kennt, um die ganze kapitalistische Gesellschaft zu bekämpfen. Diese Methode heißt: Einfluss auf alle in ihr wirkenden Entwicklungskräfte gewinnen, auf Monarchen, Bürokraten, Kapitalisten ebenso wie auf das Proletariat. Das ist die Hofgängererei, die er nennt, alles andere ist keine „Demonstration“. Klassenkämpfe und Klassenkampf existieren für ihn nicht, er findet sie nicht in der Wirklichkeit, sondern nur in den „verknöcherten Dogmen“ der Theoretiker.

Wie kann aber die Sozialdemokratie Einfluss gewinnen auf jene „Entwicklungskräfte“, die durch die Ausbeutung und Beherrschung des Proletariats existieren? Ich gewinne nicht Einfluss auf Elemente, die ich bekämpfe, sondern nur auf Elemente, deren Interessen ich entweder wirklich oder doch dem Anschein nach vertritt. Sicher kann auch der Sklave Einfluss auf seinen Herrn gewinnen und durch diesen Einfluss eine gewisse Macht ausüben. Manche Sklaven der römischen Kaiser beherrschten das Reich. Aber der Sklave kann zu solcher Herrschaft nur gelangen als Anwalt der Interessen seines Herrn, durch völligen Verzicht darauf, die Sklaverei aufzuheben oder auch nur einzuschränken.

Die kolbische Methode ist die Methode des Sklaven, der sich innerhalb der Sklaverei möglichst bequem einzurichten sucht, der darauf verzichtet, auf der Beseitigung der Sklaverei hinzuwirken, der sich seinem Herrn durch den großen Nutzen, den er ihm schafft, unentbehrlich zu machen sucht. Es ist nicht die Methode des Kämpfers, der seine und seiner Genossen Ketten zu brechen sucht.

Die kolbische Methode ist nicht nur nicht sozialdemokratisch, sie ist nicht einmal mehr demokratisch. Sie ist nationalliberal.

Zehnter Verbandstag des Zentralverbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Halle, 10. August.

Der dritte Verhandlungstag war der Beratung der Statuten gewidmet, bei der die größte Rolle die Gestaltung des Beitrages und der verschiedenen Unterstützungsarten spielte. Gegenwärtig besteht im Verband ein Wochenbeitrag von 40 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder; außerdem ist es den erwachsenen männlichen Mitgliedern freigestellt, einen Beitrag von 50 Pf. pro Woche zu zahlen gegen die Gewährung höherer Unterstützung. Höchst und Frankfurt a. M. wollten jegliche Erhöhung nur durch eine Urabstimmung beschließen lassen, während Köln die Urabstimmung anwenden wollte, wenn die Erhöhung über 5 Pf. hinausgehen sollte. Vom Vorstand lag ein Antrag vor auf 50 Pf. für männliche, 30 Pf. für weibliche und Personen unter 18 Jahren; Freiwilligenklasse 60 Pf. Den weiblichen Mitgliedern sollte es freigestellt sein, ebenfalls den 50-Pf.-Beitrag zu leisten. Die Grundfrage der Diskussion bildete eine ausführliche Vorlage der Statutenberatungskommission. Ihr Vorschlag zur Beitragserhöhung lautete folgendermaßen: Der Beitrag beträgt pro Woche 50 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder und männliche unter 18 Jahren. Der Vorstand hat das Recht, für Orte, in denen der ortsübliche Tagelohn für erwachsene männliche Arbeiter nicht über 2 M. beträgt, und die Mehrzahl der erwachsenen männlichen Mitglieder weniger als 250 M. pro Tag verdient, auf Antrag derselben den Beitrag pro Woche auf 40 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder festzusetzen. Erwachsenen männlichen Mitgliedern ist es freigestellt, einen Beitrag von 60 Pf. pro Woche zu zahlen gegen Gewährung höherer Unterstützung. — Außerdem enthielt die Vorlage Abänderungsvorschläge in bezug auf die einzelnen Unterstützungsarten usw. Nur wenige Stimmen wurden laut, die mit der Vorlage in jeder Hinsicht einverstanden waren. Aber die meisten Redner wiesen doch eindringlich nach, daß man die Beiträge unbedingt erhöhen müsse und man sich auch nicht mit einer unzureichenden Erhöhung von 5 Pf. begnügen dürfe.

Die Anträge auf eine Beitragserhöhung von 5 Pf. sowie auf Staffellung der Beiträge fanden lebhafteste Befürworter. Donnerstags wird die Debatte fortgesetzt.

Verichtigung: Der Bericht über den zweiten Verhandlungstag läßt einen Essener Redner sagen, „im Essener Gebiet allein befanden sich fünf Beeten, die 24080 Tonnen Nebenprodukte herstellen“. Es muß heißen: 200480 Tonnen.

21. Internationaler Bergarbeiterkongress.

Brüssel 9. August 1910.

Der erste Gegenstand der sachlichen Beratungen des Kongresses ist die Forderung von Arbeiterinspektoren.

Eine Resolution der deutschen Delegation verlangt „von den Arbeitern gewählte und vom Staat besoldete Grubenkontrolloren, die das Recht haben müssen, so oft sie wollen, oder so oft die Arbeiter es verlangen, die Gruben zu inspizieren“.

Eine englische Resolution beschränkt sich auf die Forderung einer Vermehrung der Zahl der Inspektoren, die aus der Arbeiterklasse auszuwählen seien.

Dusemann-Vodum erinnert an Rabod. Von den 350 Kameraden, die dort im November 1908 elend zugrunde gingen,

sind erst 118 beerdigt, und es ist fraglich, ob die übrigen je auch Tageslicht geschaut werden können. Der Prozeß gegen die „Bergarbeiterleitung“ ist vom Reichsgericht an die Strafammer in Bochum zurückgewiesen worden und wird im November oder Dezember d. J. erneut zu Verhandlung kommen. Die Schuldfrage wird dort gründlich erörtert werden. Das Ermittlungsverfahren gegen den verantwortlichen Leiter der Grube Rabod ist nun in der Schwebe, und niemand weiß, wann zum Abschluß kommen wird. Das Jahr 1909 ist ohne größere Unglücksfälle im Bergbau verlaufen; dennoch sind über 100 000 Unfälle vorgekommen, darunter 12 770 schwere und tödliche. Das neue Gesetz hat den preussischen Bergarbeitern die „Sicherheitsmänner“ gebracht, aber diese Einrichtung, mit der der Minister Delbrück die „Seelen der Arbeiter“ gewinnen wollte, ist durchaus unzulänglich. Den Sicherheitsmännern sind die Hände gebunden; nur in Gegenwart von Beamten dürfen sie einschreiten. Es sieht beinahe so aus, als sollte die Einrichtung nur benutzt werden, um den Arbeiterkontrolloren die Schuld an Unfällen aufzubürden; bei der Grube Neeben hat man ähnliches erlebt. Trotz alledem werden die Bergarbeiter von der neuen Einrichtung Gebrauch machen und die öffentliche Meinung aufrufen, um sie auszubauen und so zu einem wirksamen Mittel zur Verminderung der furchtbaren Unfallgefahr im Bergbau zu gestalten. (Lebh. Beifall.)

Brace (England): Die englische Resolution legt der Forderung, daß die Bergarbeiter selber die Grubeninspektoren wählen sollen, geringere Wichtigkeit bei. Die Hauptsache ist uns, daß die Zahl der Arbeiterinspektoren vermehrt wird. Der Bergbau Großbritanniens fordert in jedem Jahre 1000 Tote. 140—150 000 Unfälle kommen in jedem Jahre vor, wobei nur diejenigen Unfälle gezählt sind, wo die Herstellung der Bewundeten länger als eine Woche gebauert hat. Angesichts dieser schrecklichen Ziffern muß die Forderung größerer Sicherheit in den Gruben nicht als parteipolitisch, sondern als humanitär gelten. Wir haben nun Aussicht, demnach die Zahl der Arbeiterinspektoren vermehrt zu erhalten. In der letzten Session des Unterhauses haben Edward und ich eine Resolution beantragt, die die Vermehrung der Inspektoren fordert. Der Minister des Innern hat versprochen, unsern Vorschlag nachzukommen (Beifall). Es bedarf dazu keiner besonderen Vorlage, sondern nur einer Verständigung zwischen ihm und dem Finanzminister bei der Aufstellung des nächsten Etats. Die Bergarbeiter, die das Zentrum der modernen Produktion bilden, haben ein Recht darauf, daß ihr Leben und ihre Gesundheit sicher gestellt werden. (Lebh. Beifall.)

Cordier (Pas de Calais): Seit dem Unglück von Courrières ist die Grubeninspektion in Frankreich bedeutend verbessert worden. Die Selbständigkeit der Arbeiterinspektoren, ihre Unabhängigkeit von den Grubenverwaltungen ist sichergestellt und ihre Funktionen sind erweitert worden: so haben diese über die Ausführung des Gesetzes von 1900 — Kinderarbeit in den Bergwerken — und des Gesetzes von 1905 — Einschränkung der Arbeitszeit in den Gruben. Ebenso liegt in ihren Händen die Prüfung der Gesundheitszustände in den Bergwerken. (Beifall.)

Callas (Belgien): Das belgische Gesetz von 1897 über die Grubenkontrolle bestreitet nicht, vor allem nicht die Art, wie die Arbeiterinspektoren ernannt werden. Der Minister hat sie auf Grund einer Liste auszuwählen, die von den Handels- und Industrievertretern aufgestellt wird. Diese Industrieträte setzen sich aus Arbeitern und Unternehmern zu gleichen Teilen zusammen; natürlich gelangen sie nie zu einer gemeinsamen Liste. Es werden also zwei Listen dem Minister vorgelegt, und dieser wählt die Arbeiterdelegierten regelmäßig aus der Unternehmerliste. Die Bergarbeiter haben daher gar kein Vertrauen zu den Grubenkontrolloren, deren Wirksamkeit noch dadurch beschränkt wird, daß sie nur in Gegenwart eines Grubenbeamten einschreiten dürfen. Die einzige Abhilfe erwarten wir von der Durchführung der deutschen Resolution. (Lebh. Beifall.)

Sifers (Holland): Der holländische Bergbau, dessen Arbeiter zum ersten Male auf einem internationalen Bergarbeiterkongress vertreten sind (Beifall) ist jung, aber die Zahl seiner Unfälle ist bereits beträchtlich. Im Jahre 1908 ist ein Bergwerksreglement geschaffen worden, wonach sich Arbeiterkontrolloren mit der Sicherheit und Hygiene in den Gruben befassen sollen. Aber es ist sehr ungenügend durchgeführt. Die allgemeinen Gewerkeinspektoren, die häufig nicht das Geringste vom Bergbau verstehen, sind vielfach mit der Grubenkontrolle betraut. Die Frage wird von den holländischen Bergarbeitern jetzt eifrig studiert; wir werden in nächster Zeit mit bestimmten Vorschlägen im Sinne der deutschen Resolution an unser Parlament herantreten. Die deutsche Resolution verdient, da sie präziser ist, den Vorzug vor der englischen. (Lebh. Beifall.)

Abrahamoff (Bulgarien): Auch die bulgarischen Bergarbeiter sind zum ersten Male hier. (Beifall.) Unsere Organisation ist jung aber sehr eifrig. Noch liegt alles im Argen. Von Arbeiterkontrolloren ist in Bulgarien noch nicht die Rede. Wir haben zwar Inspektoren, die die Durchführung des Gesetzes über die Frauen- und Kinderarbeit zu beobachten haben, aber sie werden vom Minister ernannt. Nur die deutsche Resolution kann uns genügen. Niemals darf man einer Regierung die Ausübung der Grubenkontrolloren überlassen. Die besten Hüter der Arbeiterinteressen sind die Arbeiter selbst. (Stavol) Der englische Delegierte meinte, die Frage der Sicherheit in der Grube sei keine politische, keine Parteifrage, sondern eine humanitäre Frage. Diese Auffassung scheint mir nicht der Billigkeit zu entsprechen: sie war immer eine politische und eine Parteifrage. Die einzige sichere Hilfe für die Arbeiter ist eine zielbewusste Arbeiterpartei. (Lebh. Beifall.)

Die Engländer ziehen darauf ihre Resolution zugunsten der deutschen zurück, und diese wird einstimmig von allen auf dem Kongress vertretenen Nationen (England, Belgien, Frankreich, Deutschland, Bulgarien und Holland) angenommen.

Die nächste Frage, die den Kongress beschäftigt, ist die der Rationalisation der Bergwerke.

Eine Resolution der Belgier, die Lombart begründet, wendet sich gegen den Brauch, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, privaten Finanzleuten und Kapitalisten Bergwerkskonzessionen zu erteilen und fordert, daß die Bergwerke zum Nutzen der ganzen Gesellschaft betrieben werden.

Eine französische Resolution fordert gleichfalls, daß die Bergwerke nicht Privatpersonen überlassen werden sollten und daß das nationale Interesse ihre Ausbeutung zum Nutzen der ganzen Nation erheischt.

Choquet (Frankreich) stellt fest, daß in seinem Lande in dieser Frage kaum Fortschritte erzielt worden sind. Die sogenannten sozialistischen Minister Viviani und Briand sind eben im Begriff, neue Konzessionen für Kohlenfelder im Pas de Calais, im Departement Neurthe et Moselle und vor allem in Nordafrika an Privatkapitalisten zu erteilen. Die sozialistische Fraktion wird äußersten Widerstand leisten und die Kohlenarbeiter werden sie darin unterstützen. Gendelt es sich doch besonders bei den Kohlenfeldern in Algier um Milliarden, die der Nation entzogen werden.

Polorny-Vodum: Der Gedanke der Rationalisation der Bergwerke dringt immer weiter vor, selbst breite Kreise des Bürgertums verschließen sich ihm nicht länger. Der Privatkapitalismus treibt Raubbau mit den Dingen und den Menschen. Man braucht nur an die ungeheuren Unfälle und Krankeinsparren und an die Masse von Rot und Elend zu denken, die sich in den Bergwerkdistrikten aufgehäuft hat, um die Notwendigkeit der Rationalisation einzusehen. Im Ruhrbecken sind 10 Familien die unumschränkten Herrscher über 350 000 Bergarbeiter, 150 000 Hüttenarbeiter und andere Arbeiter, über ihre Familienangehörigen, aber ein Heer von Beamten und zahllose Heine Geschäftsleute. Dieser Zustand ist unhaltbar. Wenn diese kleine Gruppe sich mit ihren Kollegen, die die anderen Reviere beherrschen, verbündet, dann fühlt sie sich stark genug, der politischen Gesetzgebung, dem Staate, Widerstand zu leisten. So ist sie ein Gemeinfeind gegen

Jeden vernünftigen Fortschritt in der Arbeiter-Subsistenz, in der Arbeiterversicherung, so getraut sie sich jeden Minister, der bei ihr in den Verdacht kommt, zu arbeiterfreundlich zu sein, zum Teufel zu jagen. Deutschland ist kein parlamentarisch regiertes Land wie England und Frankreich. Die Minister werden vom Monarchen eingesetzt, aber abgesetzt werden sie — das steht nach der Geheimkonferenz im Palaishotel fest — von den Grubenbaronen. Dort ist gelangt worden, wenn die Regierung es wagen sollte, den Wünschen der Bergarbeiter entgegenzukommen, dann steigt der erste Minister, und nicht das nichts, dann der zweite, dritte, vierte Minister und sofort, bis wir einen haben, der uns gehorcht. Unheilvoll ist der Einfluss dieser Grubenbarone auf unser ganzes politisches Leben und ihre wirtschaftliche Liebermacht, ihr Bestreben, alles von sich abhängig zu machen, wird auch dem großen Heere der Konsumenten sehr bemerkbar, deshalb wächst auch in diesen Kreisen der Gedanke, möglichst bald zu einer Verstaatlichung zu gelangen. Diese Stimmung müssen wir möglichst zu nähren suchen. Wie weit wir sind, hat sich bei der Beratung des Kalkgesetzes gezeigt. Da spielte der Gedanke der Verstaatlichung eine große Rolle. Dem Wirken Dues und der sozialdemokratischen Fraktion ist es zu danken, daß bei dem Kalkgesetz auch die Interessen der Arbeiter einigermaßen berücksichtigt worden sind. Immer mehr dringt die Erkenntnis durch, daß die Schätze des Bodens der Nation gehören und nicht einer kleinen Gruppe von Leuten, die keine Grenze für ihre Profitgier kennen. (Lebh. Beifall.)

Wilmoor (England). Die Verstaatlichung der Bergwerke ist noch ein Ideal, aber es ist gut, wenn die Bergarbeiter es immer vor Augen haben. Was heute noch Ideal ist, kann morgen schon Wirklichkeit werden. Die Frage der Alterspensionen schien in England bis vor kurzem ganz außerhalb des Bereichs der praktischen Politik zu stehen, heute steht sie im Beginn der Verwirklichung. Freilich stehen der Rationalisierung der Bergwerke zumal in England noch große Schwierigkeiten gegenüber. Nicht nur die Abgaben müssen abgelöst werden, die dem Grundbesitzer für die Bergwerksgerechtigungen zu zahlen sind, das ganze Land muß ihnen, wenn sie wollen, erst abgekauft werden, bevor man an die Erbschätze herankommt. Dazu sind gewaltige Summen erforderlich, und eine Verdoppelung der nicht kleinen englischen Staatsschuld würde, gering gerechnet, die Folge sein. Was hilft aber auch die bloße Verstaatlichung der Gruben, solange das kapitalistische System existiert. Auf den preussischen und österreichischen Staatsgruben sind die Löhne niedriger als auf den Privatgruben. Es gilt also, das ganze kapitalistische System zu kürzen. Die englischen Arbeiter bewundern die deutsche Sozialdemokratie, die von Sieg zu Sieg schreitet. Sie hoffen, daß der Tag nicht mehr fern ist, wo sie das Heft in Händen hält. Folgen wir Engländern diesem Weisheit! (Lebh. Beifall.)

Rhmer (Verbandsvereinigung der polnischen Bergarbeiter) gibt folgende Erklärung ab: Wir begreifen die Forderung mit Freuden, die Bodenschätze zum Gemeingut zu machen. Augenblicklich aber sind die Arbeiter in den fiskalischen Bergwerken in keiner beneidenswerten Lage. Der Grubenbesitzer ist kein muster-gültiger Arbeitgeber. Vor allem sucht er auch die politische Ueberzeugung seiner Arbeiter zu knechten. Darunter haben wir Polen besonders zu leiden. Wir können für keine Resolution stimmen, die uns einen Arbeitgeber gibt, der viel schlechter ist, als der gegenwärtige Private und werden deshalb, obwohl wir prinzipiell mit der Forderung einverstanden sind, uns der Stimme enthalten. Mit dieser Ausnahme werden die beiden Resolutionen einstimmig angenommen.

Es folgt die Lohnfrage. Hierzu liegt ein Antrag Deutschlands vor, der den Abschluß von Tarifverträgen auch im Bergbau empfiehlt. Rhmer (Polnische Verbandsvereinigung) begründet den Antrag und befürwortet auch zwei Anträge der Belgier und Franzosen auf gesetzliche Festlegung eines Minimallohnes. Bisher haben die Unternehmer noch immer versucht, in Zeiten der Krise die Bergarbeiterlöhne herabzudrücken, leider meist mit Erfolg. Solche Lohnherabsetzungen sind zumal in der gegenwärtigen Zeit recht unangenehm, wo neue Steuerlasten auf die arbeitende Klasse abgewälzt worden sind. Rot und Elend müssen da Platz greifen. Daher müssen Tarifverträge abgeschlossen werden, die dieser Unternehmerrückwärts für einen Damm entgegensetzen. Man sagt, Tarifverträge wären im Bergbau nicht möglich. Dahinter steckt nur die Furcht, daß es dann mit dem Herr-im-eigenen-Hause sein ein Ende haben wird. Als beim Kalkgesetz nicht alles so kam, wie die Herren es sich dachten, da kündigten sie auch sogleich eine Lohnherabsetzung an. An den Arbeitern wollten sie sich schablos halten. Glücklicherweise traten im Reichstag die Arbeiterabgeordneten dagegen auf und, wenn ihnen auch nicht alles gelang, etwas kam doch heraus. Wir müssen nun versuchen, in Zukunft mehr zu erreichen. Wir stimmen für alle drei Anträge. (Beifall.)

Cadeaug-Frankreich verweist auf die gerade jetzt sehr lebhaft agitierte unter den französischen Bergarbeitern auf Einführung eines Minimallohns in Höhe von 6,73 Fr. für den Tag. Die Unternehmer befürchten davon einen Rückgang der Produktion, während sie selbst heute durch Einstellung ungeübter Hilfsarbeiter einen solchen Rückgang verschuldet haben. Die Fortsetzung der Debatte wird auf Mittwoch verlegt. Den Vorsitz führt morgen Gusemann-Rodum.

Aus Industrie und Handel.

Patriotische Kohlenpreise.

Dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikatwucher steht der der ober-schlesischen Kohlenmagnaten durchaus ebenbürtig gegenüber. In der letzten Zeit hat sich der preussische Staat alle Mühe gegeben, den Kohlenmagnaten Schlesiens Besänftigungsgeschenke zu gewähren. Deren Wunsch, nach Berlin billige Preckstücke für die ober-schlesische Kohle zu bekommen, um so gegen das englische Material konkurrenzieren zu können, wurde durch den Eisenbahnzentralrat nicht erfüllt. Es wäre auch ein Skandal sondergleichen gewesen, wenn dafür gesorgt worden wäre, daß Berlin nicht mehr die billige englische, sondern die teurere ober-schlesische Kohle laufen müßte. Kürzlich bekamen die Ober-schlesier schon ein Pflaster für diesen Schmerz dadurch, daß die sächsischen Staatsbahnen beschloßen, einen langfristigen Lieferungsvertrag auf täglich 500 Tonnen Lokomotivkohlen mit ober-schlesischen Unternehmungen abzuschließen. Es waren die oft genannten Friedländer und Wollheim, die das glänzende Geschäft machen konnten. Erledigt wurde es ihnen dadurch, daß das preussische Eisenbahnzentralrat für die Kohlentransporte nach Sachsen den Regleratsvertrag bewilligte, das heißt, eine um 40 Prozent ermiedrigte Fracht sicherte. Der Ausfall für die böhmische Braunkohlenindustrie ist ganz gewaltig. Die Wiener „Neue Freie Presse“ teilt mit, daß durch diesen Vertrag jährlich ungefähr 180 000 Tonnen böhmische Braunkohlen weniger nach Sachsen gehen würden. Dazu kommt aber noch, daß jetzt die bayerischen Staatsbahnen ebenfalls beschloßen haben, ihren Bedarf aus Ober-schlesien zu beziehen, sicher ebenfalls unter Gewährung des Ausnahmetarifs. Dies wäre ein weiterer Ausfall für die österreichische Kohlenindustrie von rund 170 000 Tonnen, durch die wieder besonders das Brüxer Revier getroffen würde. Die österreichische Regierung will nun die kürzlich erhöhten Ausfuhrtarife für Kohlen wieder ermäßigen. Bemerkenswerteste wird peinlich verschwiegen, welche Preise in den Lieferungsverträgen festgelegt worden sind. Vielesicht sind sie so unverschämlich hoch, daß man sich einfach schämt, sie öffentlich bekannt werden zu lassen. Es sei hier an die Verträge des preussischen Eisenbahnzentralrats mit dem Kohlenyndikat aus dem Jahre 1907 erinnert, die für das „Liebe Vaterland“ Preise vorsahen, die um rund 60—80 Proz. höher waren, als die, die man im französischen Konkurrenzgebiete forderte. Die

ober-schlesischen Auslands- und Inlandspreise, die kürzlich veröffentlicht wurden, ergeben das selbe Bild. Die Preise, die für das Inland je nach der Sorte zwischen 12,50 und 8,50 M. schwanken, lauten im beschrifteten Gebiete auf 7,50 bis 4,50 M. Und so wird der jetzige sächsische Vertrag auch weiter nichts sein, als ein gutes Mittel für die Ober-schlesier, die Preise für das Inland nach oben festzulegen. Mit den bayerischen Abmachungen dürfte es nicht viel anders werden. Der Schlussspekt ist immer wieder: der dumme deutsche Michel zahlt alles! Und die Herren Magnaten sprechen mit Begeisterung von ihrem Vaterlande! Man kann aber auch anders! Als vor zwei Jahren das Reichsmarineamt nicht die teure deutsche, sondern die billige schottische Kohle kaufen wollte, da drohten die „Hamburger Nachrichten“ damit, daß die deutschen Schiffschiffe im Kriegsjahre keine deutschen Kohlen bekommen würden. Jetzt kauft das Reichsmarineamt selbstverständlich wieder die teure rheinisch-westfälische Kohle. Und der Patriotismus lobt wieder hell auf!

Eine stürmische Gläubigerversammlung.

Ueber den Verlauf der Versammlung der Gläubiger der ver-trachteten Niederdeutschen Bank in Dortmund wird uns noch berichtet: Außer den Vertretern der Großbanken, der Treuhand-Gesellschaft, der Reichsbank und kleinerer Bankinstitute waren auch zahlreiche die sogenannten kleinen Leute aus dem Münsterlande und auch vom Rhein erschienen. Gleich als der Konkursrichter die Versammlung eröffnete, wurden allgemein Rufe nach dem inkassierten Bankier Ohm laut. Der Konkursverwalter erstattete dann seinen Bericht, der die pessimistischen Urteile über die traurigen Aussichten der Gläubiger in allen Teilen vollstän-dig bestätigte. Nach Ansicht des Konkursverwalters haben die Gründer der Bank von vornherein die Absicht gehabt, Spekulations-geschäfte zu machen. Ohm hat sich nicht nur in Effekten-geschäften engagiert, sondern auch große Produktengeschäfte durch die Firmen Blomberg u. Co., Düsseldorf und Siegel u. Lau, Köln entriert. Im Auftrage von Ohm kauften diese Getreide gegen drei Monats-Akzept, um es sofort wieder mit Verlust gegen Kasse zu verkaufen. Das bare Geld erhielt Ohm. In diesen Geschäften sind nach den Feststellungen des Konkurs-verwalters 1 000 000 M. in ganz kurzer Zeit verloren gegangen. Die Linener Bank, eine Gründung Ohms, deren Direktor ebenfalls in Unterjochung ist, hat von der Niederdeutschen Bank mehrere hunderttausend Mark dubiose Forderungen und fingierte Konten übernommen. Die enormen Verluste hat Ohm bilanzmäßig nie zum Ausdruck gebracht. Die ganze Arbeit der Konkursverwaltung ist bisher auf die Lösung der Vorkriegsgemeinschaft verandt worden. Was für die Gläubiger bei dem Konkurs herauskommen wird, das hängt nach den Ausführungen des Konkursverwalters in der Haupt-sache davon ab, wie die Werte der Tochtergesellschaften realisiert werden können.

Von neun zu bestimmenden Mitgliedern des Gläubigerausschusses verlangten die Hauptgläubiger, Deutsche Handelsgesellschaft, West-holsteinische Bank und einige andere für sich das Recht, acht Mit-glieder zu bestimmen, wogegen die gesamten anderen Gläubiger nur ein Mitglied ernennen sollten. Den Vertretern der Großbanken warf man vor, daß sie zum Nachteil der Gesamtmasse Sonder-interessen verfolgten. Die sehr begehrte Mitgliedschaft zum Gläubigerausschuss dürfte schätzungsweise jedem Mitgliede 10—15 000 Mark einbringen.

Rach einem während der Verhandlungen vom Reichsbankprä-sidenten an Direktor Uhlmann eingegangenen Telegramm sind die Großbanken angeblich noch wie vor bereit, dem kleinen Gläubiger der Niederdeutschen Bank einen Teil seiner Forderung möglichst bald in bar auszuzahlen. Trotz dieser wiederholten Versicherungen stehen Eingeweihte den schönen Worten skeptisch gegenüber. Jedenfalls fehlt auch den kleinen Gläubigern zum großen Teil der Glaube an die Vorkriegsgemeinschaft.

Inzwischen war vom Gefängnis die Nachricht eingegangen, daß die Vorführung Ohms nicht möglich erscheine, weil er krank sei. Die Mitteilung wurde von der Versammlung mit fortgesetzten Zurufen aufgenommen. Der Antrag Ohms auf Haftentlassung ist am Dienstag vom Oberlandesgericht abgelehnt. Man nimmt deshalb an, daß Herr Ohm nun einen neuen Weg einschlagen will, um aus der ihm sehr unangenehmen Haft entlassen zu werden.

Der Konkursrichter hatte schließlich an die Gläubiger-Versammlung den Vorschlag gemacht, die Frage zu stellen, ob der Konkurs-schuldner begn. seine Familie aus der Masse unterstützt werden sollte. Die Anfrage löste nochmals einen wahren Sturm aus. Der Ruf: Racht sie betteln! wurde mehrfach laut.

Bei dem gegenwärtigen Stand des Konkurses blieb der Ver-sammlung weiter nichts übrig, als sich zu verlagen.

Von den Hauptgläubigern wurden in der Versammlung an Forderungen geltend gemacht: Deutsche Handelsgesellschaft 3 000 000 M., von denen das Gericht unter Vorbehalt 2 000 000 M. anerkannte, von der Westholsteinischen Bank 1 000 000 M., vom Dort-munder Brauhaus A.-G. 2 000 000 M., von der ver-trachteten Linener Bank 3 500 000 M. Die anderen größeren Gläubiger machten keine näheren Angaben über ihre Forderungen.

Nach Mitteilungen von informierter Seite dürfte die Unter-suchung gegen Ohm mit dieser Versammlung in ein neues Stadium treten. Die Untersuchung wurde bisher nur wegen Bilanz-verschleierung geführt. Nach der Gläubiger-versammlung ist gegen Ohm auch Strafanzeige wegen Depotunterwerfung in Höhe von 400 000 M. erlassen. Von dieser Anzeige war bisher Abstand ge-nommen, weil die Geschädigten glaubten, ihre Depositen, die sich in Händen von Verwaltungsmitgliedern befinden, zurückzuerhalten. Die Verwaltungsmitglieder haben nunmehr endgültig die Herausgabe verweigert, weil sie nach ihrer Behauptung dieselben bona fide er-worben haben.

In der Buchhandlung der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ ist eine neuer Hausparlaffen ausgestellt, mittels deren die Agenten der Bank unter Assistenz katholischer Geistlicher den frommen Kirchengläubigen das Geld aus den Häusern abholten.

Gerichts-Zeitung.

In die Welt derjenigen, „die nicht alle werden“.

Führten zwei Verhandlungen, welche gestern das Roobiter Straf-gericht beschäftigten. Die erste dieser Verhandlungen gestattete einen recht interessanten Einblick in jenes Verbrechen, welches immer noch, trotz aller Beobachtungen der Kriminalpolizei, die großen Berliner Bahnhöfe unsicher macht. Wegen Betruges im straffschärfenden Rückfall war der Händler Hermann Särder an-geklagt. Der Angeklagte, welcher zu der ebenen Sippe der Bauern-sänger gehört, hat schon insgesamt über fünf Jahre wegen Betruges und gewerbsmäßigen Glückspiels hinter den schwebischen Gardinen“ gesessen. Am 18. Juni d. J. wurde er nach Verbüßung einer längeren Gefängnisstrafe aus der Strafanstalt entlassen. Am nächsten Tage schätzte er schon wieder in der Vorhalle des schlesischen Bahnhofs auf Opfer aus. Bald lief ihm auch ein „Grüner“ in der Person des Arbeiters Ostowski, der aus Dort-mund nach seiner westpreussischen Heimat zurückkehren wollte, in die Hände. Der Angeklagte machte sich in geschickter Weise an sein Opfer heran, indem er sich als Landmann ausgab. Alles verlief auch programtmäßig. Ostowski wurde durch die Straßen Berlins geschleppt, bis er überhört nicht mehr wahrte, wo er eigentlich war. In einer bekannten „Repperneipe“ in der Auguststraße fand sich dann der gute Bekannte des angeblichen Landmannes hinzu, und ebenso „zufällig“ wurde unter einer Zeitung ein Spiel Karten entdeckt. Bald war ein kleines Spielchen im Gange, bei welchem O. erst gewann, dann aber im Handumdrehen seine teuer ersparte Barschaft in Höhe von 150 M. verlor. Als sich dann die beiden Gauer unter einem Vorwande entsperren wollten, er-innerte sich O. mit einem Male daran, daß er in seinem heimati-schen Lokalblättchen schon etwas von einer gewissen Sorte von

Schwindlern gelesen hatte, die etwas „naiven“ Provinzialen beim Rummelblättchen das Geld abnehmen. Er folgte dem Angeklagten und erwischte ihn gerade noch, als er verschwinden wollte. Von dem Geld hatte der „Landmann“ jedoch keinen Pfennig mehr bei sich; mit diesem war sein Genosse längst über alle Berge. — Die Strafammer erkannte mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit des Treibens des Angeklagten dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf zwei Jahre Zuchthaus, 300 M. Geldstrafe, eventuell noch 20 Tage Zuchthaus zusätzlich, und drei Jahre Ehrverlust. — Techn-liche kräbe Erfahrungen in der Großstadtluft mußte ein Land-wirt J. machen, der aus dem Städtchen L. in Pommern Mitte April d. J. nach Berlin gekommen war. Als J. am Abend des 10. April d. J. die Friedrichstraße entlang ging, wurde er in der Nähe des Oranienburger Tores von zwei schon etwas angefahren und stark gepuderten Dämonen angegriffen, die ihn kurz entschlossen unter die Arme nahmen und ihn durch verschiedene Lokale in der Eissasserstraße schleppten. In der Wohnung der einen „Schönen“ in der Fiegestraße kam es dann zu einem Eklat. Die hohe Dulzinea, die wohl früher in einer Jahrmarktsschube als Riesen-dame angestellt gewesen war, nahm dem völlig eingeschüchterten Provinzialen einfach das Portemonnaie und machte sich mit dem Inhalt in Höhe von 58 M. selbst bezahlt. Schließlich gab sie ihm aus Mitleid 2 M. Bargeld. Die beiden tatkräftigen Genossen“ priesterinnen, die Händlerin Anna Roke und die Frau Helene Weßel wurden geteilt zu einem Monat bzw. zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Wahlvergehen.

Von der Ferienstrammung des Dortmunder Landgerichts wurde ein Dachdecker zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt, weil er bei der im Dezember stattgefundenen Gewerbe-gewerkschaftswahl zum drittenmal auf eine fremde Wahllegitimation hin hat wählen wollen. Nach dem Urteil hatte der Dachdecker zweimal gewählt, als er noch ein drittes Mal zum Wahllokal ging, um nochmals für einen anderen zu wählen.

Polizei und Recht des Streikpostenstehens.

Aus Anlaß des Gemeindefreierstreiks waren im Vorjahre in Kiel 16 Arbeiter mit einem polizeilichen Strafmandat bedacht worden, weil sie den Anordnungen der Schupleute, wegzugehen, nicht Folge geleistet hatten. Sie verlangten gerichtliche Ent-scheidung, und das Schöffengericht verurteilte mehrere, sprach andere aber frei. Gegen die freisprechenden Urteile legte die Staatsanwaltschaft, gegen die verurteilenden legte die Verurteilten Berufung ein. Die Strafkammer setzte die Verhandlung aus und beschloß, die Entscheidung des Kammergerichts über Streikposten-stehen herbeizuschaffen und Erhebungen zu veranstalten, ob vom Kieler Polizeipräsidenten während des Streiks besondere An-ordnungen für das Verhalten der Schupleute gegenüber den Streik-posten ergangen seien. Am Dienstag kamen nun die Berufungen vor der Strafkammer in Kiel zur Verhandlung. Die herbei-geschaffte Entscheidung des Kammergerichts besagt:

„Ein Schupmann ist nicht befugt, auf Grund allgemeiner polizeilicher Anweisungen Streikposten wegzuweifen, ohne vorher zu prüfen, ob eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit vorliegt.“

Der als Zeuge geladene Polizeikommissar Kelpke befandete nun: Wegen der gefährlichen Situation beim Gemeindefreierstreik, sowohl für die Schupleute als auch für das Publikum, wies der Polizeipräsident die Schupleute in einem schriftlichen Befehl an, jedem Versuch der Streikenden, die Arbeitswilligen bei ihrer Tätigkeit zu belästigen oder gar tätlich anzugreifen, entgegen-zutreten, sowie auch von vornherein den Streikposten entgegen-zutreten eventuell durch Erhaltung von Anzeigen auf Befragung aus § 43 der Straßenpolizeiverordnung vom 11. August 1906 zu dringen. Der Polizeikommissar erklärte, daß die Schupleute in jedem Falle nachprüfen sollten, ob die Befürchtung vorlag, daß es zu Unruhen kommen könnte. Während der Zeuge Polizeikommissar Leber sich der Auslegung anschloß, die der Polizei-inspektor dem Befehl des Präsidenten gab, hat der kommissarisch vernommene Polizeikommissar Trend erklärt, daß er aus dem Befehl entnommen habe, daß den Schupleuten eine eigene Prüfung der Sachlage nicht überlassen sein sollte, daß sie vielmehr jeden Streikposten wegzuweifen hätten.

Das Gericht entschied, daß der vom Polizeipräsidenten er-lasene Befehl nicht der vom Gesetz vorgeschriebenen Form ent-spricht. Die auf Grund des § 43 getroffenen Anordnungen müssen allgemein bekannt gemacht werden, denn es heißt in dem Para-graphen ausdrücklich, das Publikum müsse den Anordnungen folgen. Der Befehl des Polizeipräsidenten sei aber so aufzufassen, wie ihn der Kommissar Trend aufgefaßt habe. Deshalb müsse in jedem einzelnen Falle festgestellt werden, ob der Schupmann annehmen konnte, daß durch das Stehen des Streikpostens eine Gefährdung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit entstehen werde. Bei jedem einzelnen Falle erklärte nun der Schupmann, der die Wegweisung des Streikpostens veranlaßt hatte, daß er in dem Streikposten eine Gefährdung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit in der betreffenden Gegend erblickt habe. Außerordentlich be-merkt wurde es, daß der Polizeikommissar Leber alle Schupleute auf dem Korridor des Gerichtsgebäudes um sich versammelt hatte, und zwar nachdem das Urteil über den Befehl des Präsidenten ergangen war und bevor die einzelnen Fälle zur Beurteilung standen. Das Gericht hob nach den Aussagen der Schupleute alle freisprechenden Urteile auf und verurteilte die Angeklagten zu Geldstrafen von 1 bis 3 M. Danach ist das gesetzliche Recht des Streikpostenstehens abhängig von der Gnade des Schupmanns!

Vermischtes.

Vom Aeroplanrundflug in Frankreich.

Am Donnerstag handelte es sich darum, die dritte Etappe des Rundfluges durch Frankreich zu nehmen. Die erste Etappe von 125 Kilometern war von sechs Fliegern durchgemessen worden, bei der zweiten Etappe hatten nur drei Flieger das 160 Kilometer weite Ziel erreicht. Bei der am Donnerstag zurückgelegten dritten Etappe von Ranch nach Mezidres kamen von den drei übrig ge-blichenen Konkurrenten noch zwei an, und zwar die Vlerioflieger Lebanc und Aubrun. Der dritte Konkurrent Legagneux, der einen Sommerapparat fährt, konnte nicht starten, da sein Motor in Unordnung geraten war und trotz aller Reparaturversuche nicht in gebrauchsfähigem Zustand gebracht werden konnte.

Die beiden abgefahrenen Vlerioflieger erreichten jedoch glücklich ihr Ziel. Der bisher besonders vom Glück begünstigte Lebanc gebrauchte zur Zurücklegung der 160 Kilometer langen Strecke nur 125 Minuten. Aubrun, der morgens 5 Uhr 43 Minuten abgeflogen war, traf erst 9 Uhr 25 Minuten am Ziele ein. Er hatte den Weg verloren und eine Zwischenlandung machen müssen.

Auch der Deutsche Lindpaintner, den auf der zweiten Etappe kurz vor dem Ziele ein Motorpanne zum Landen gezwungen hatte, die ihn verhinderte, rechtzeitig in Ranch einzutreffen, hatte noch einmal den Versuch gemacht, sich wenigstens um den Wettrennpreis zu bewerben. Er geriet jedoch unterwegs in ein Gewitter, das ihn zum Niedergehen zwang, während die bedeutend schnelleren Vlerioflieger dieser Gefahr entgingen.

Der bisherige Verlauf des Rundfluges stellt immerhin eine bis-her von Aeroplanen noch nicht erreichten Rekord dar. Ist es doch bis jetzt den beiden Vleriofliegern gelungen, an drei vorher bestimmten Tagen eine Gesamtstrecke von 480 Kilo-metern zurückzulegen.

Ein neuer Ueberseezug.

Der englische Admiral Lorraine, ein bekannter Schau-spieler, hat am Mittwoch einen Ueberlandflug zurückgelegt, bei dem er 77 Kilometer über das Meer fliegen mußte.

Brookins nicht tot.

Der Amerikaner Brookins, der mit einem Höhenflug von annähernd 1900 Metern bisher den Weltrekord im Höhenflug mit dem Aeroplan (einer Wrightmaschine) hält, sollte nach einer gestrigen Meldung bei einem Absturz tödlich verunglückt sein und auch mehrere Zuschauer schwer verletzt haben. Nach einer neuerlichen Meldung handelt es sich um einen Absturz von wesentlich geringfügigeren Folgen. Brookins soll nicht getötet worden sein, sondern nur einen Bruch des Nasenbeins erlitten haben. Auch von den Zuschauern erlitt niemand tödliche Verletzungen.

Der Aeroplan im militärischen Aufklärungsdienst.

Wie aus Vauy gemeldet wird, sind dort interessante Aeroplanmanöver vorgenommen worden, um die Brauchbarkeit des Aeroplans zum Zwecke des militärischen Aufklärungsdienstes festzustellen. Zwei Leutnants war die Aufgabe gestellt worden, mittels einer Flugmaschine den Standort zweier feindlichen Batterien festzustellen, die in der Entfernung von etwa 12 Kilometern aufgestellt genommen hatten. Die Offiziere stiegen bis zu einer Höhe von 500 Metern auf und nahmen in einem 25 Minuten währenden Fluge die erforderlichen Erkundungen vor, die durchaus befriedigend ausgefallen sein sollen, da die Stellung des markierten Feindes entdeckt und seine genaue Position notiert werden konnte. Die Übungen sollen fortgesetzt werden.

Schweres Eisenbahnunglück.

Gestern früh 8 Uhr 45 Min. sind bei Kilometer 24,1 der Strecke Straßburg—Basel zwischen Mogenheim und Bensfeld (Gemeindebezirk Sand) bei starkem Nebel während der Begegnung der Personenzüge 208 und 201 von dem letzteren sechs Kottenarbeiter überfahren und getötet worden.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Auf dem Eisen- und Stahlwerk Hirsch zerbrach Donnerstag früh im Traktwalzwerk ein Schwungrad. Durch die umherfliegenden Teile des Rades wurden die Arbeiter Ruppert und Speiermann getötet, fünf andere verletzt, darunter einige schwer.

Flucht eines Tigers?

Rom, 10. August. In große Aufregung wurde, wie der Telegraph schon berichtet hat, ein Teil der Bevölkerung eines Dorfes in den italienischen Alpen, Ventura im Kreise Domodossola, in diesen Tagen verlegt. Zwei sich als Menageriebesitzer ausgebende

Männer zeigten die Flucht eines Tigers an, dessen sie trotz aller Vermählungen nicht wieder hätten habhaft werden können. Nachdem sie diese Aussage abgegeben hatten, verschwanden beide. Die Gemeindeverwaltung glaubte an den Tiger und setzte sogar eine Prämie von 50 Lire für den aus, der den Tiger zur Strecke brächte, während die Polizei sich wunderbarerweise gar nicht um die Jagden kümmert, da sie nicht an das Vorhandensein des Tigers glaubt. Dieser Auffassung hat sich ein Teil der Bevölkerung angeschlossen, während der andere sich aus Furcht vor einer Begegnung mit dem Untier nicht aus dem Dorfe wagt. Nach Ansicht der Mailänder Blätter sollte die Polizei die Gegend gründlich nach dem Tiger absuchen, wobei sie sich sicher weniger lächerlich machen würde, als bei gewissen Jagden auf zweibeiniges Wild, denn schlimmstenfalls könnte das Resultat doch nur dasselbe sein, wie bei diesen, nämlich daß sie mit leeren Händen von ihrem Ausflug heimkehrt.

Kleine Notizen.

Liebesdröge? Bonn, 11. August. In einem hiesigen Hotel hat sich in vergangener Nacht, wie der „Donner Generalanzeiger“ meldet, ein junges Ehepaar aus Breslau erschossen. Ueber die Ursache des Doppelselbstmordes haben die jungen Leute nichts hinterlassen, dagegen das Geld für das Begräbnis und die Hotelrechnung.

Mysteriöser Mord. München, 11. August. Heute in den Mittagsstunden wurde in einer der belebtesten Gegenden, in der Frauenhoferstraße, eine etwa 40 Jahre alte Witwe von einem noch unbekanntem Täter ermordet und beraubt.

Grubenunfall. Zabrze, 11. August. Auf dem Krugschacht rief die Kuppelung zweier Förderwagen. Ein Wagen sauste zurück und erfaßte den Bergmann Gallas; der Kopf wurde ihm vom Klumpfe getrennt, so daß der Tod sofort eintrat.

Ein rabiaten Liebhaber. Mannheim, 11. August. Der 28 Jahre alte Roman Grupp unterhielt seit längerer Zeit mit der Näherin Gretchen Horneß aus Ludwigshafen ein Liebesverhältnis und demnach sollte die Hochzeit stattfinden. Dieser Tage nun hatte Roman Grupp seinem zukünftigen Schwiegervater 60 M. gestohlen und bestellte nun heute morgen seine Braut, um sie darüber zu befragen, wie sich ihr Vater zu dem Diebstahl geäußert habe. Das Mädchen teilte ihrem Bräutigam mit, daß der Vater Anzeige erstatten werde. Darüber wurde Roman Grupp so aufgebracht, daß er ein Messer aus der Tasche nahm und blindlings damit auf das Mädchen losfiel. Dann verletzte er sich mit dem Messer selbst so schwer, daß er alsbald tot zusammenbrach. Das Mädchen wurde ins Krankenhaus gebracht und liegt hier an vielen Stichen und Schnittwunden sehr krank darnieder.

Automobilunfall. Bonn, 11. August. Wie die Blätter aus Wiesbaden melden, wurde auf der Chaussee nach der Platte gestern das Automobil eines hiesigen Kurgastes, des Rittmeisters Frank, in

dem sich der Diener und der Chauffeur befanden, durch einen Unfall total zertrümmert. Es geriet bei einer scharfen Kurve ins Rutschen und überschlug sich. Die beiden Insassen wurden herausgeschleudert und erlitten schwere Arm-, Bein- und Rippenbrüche. Ihr Zustand hat sich bereits gebessert.

Schwerer Betriebsunfall. Wie das Luxemburger „Wort“ meldet ist in Esch an der Alzette das Gerüst eines Maschinenhausneubaus der Seltener Bergwerks- und Hüttenbau-A.-G. gegen 2 Uhr nachmittags eingestürzt. Drei Arbeiter sind getötet und drei schwer verletzt worden.

Witterungsübersicht vom 11. August 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hoh. mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (C. u. F.)	Stationen	Barometer (hoh. mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (C. u. F.)
Stromede	761	SW	17	wolfig	17	Luzern	756	SW	6	bedeckt	10
Damburg	761	SW	2	halb bb.	17	Leipzig	753	SW	2	wolfig	10
Berlin	761	SW	1	wolfig	15	Stettin	765	SW	2	wolfig	14
Frankfurt	761	SW	1	bedeckt	17	Bremen	765	SW	1	bedeckt	12
München	761	SW	4	wolfig	14	Paris	764	SW	3	wolfig	16
Wien	759	SW	3	halb bb.	16						

Wetterprognose für Freitag, den 12. August 1910.
Stellungs wolfig, zeitweise heiter ohne erhebliche Niederschläge; am Tage etwas wärmer.

Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 10. 8.	am 9. 8.	Wasserstand	am 10. 8.	am 9. 8.
Remel, Mühl	187	+5	Saale, Großh.	152	-10
Bregel, Insterburg	217	-21	Saale, Sandau	72	+2
Wischel, Thorn	80	+6	Saale, Rathenow	50	+2
Oder, Ratibor	242	-63	Spreewald, Spremberg	220	-26
Oder, Frauen	156	-9	Spree, Bestow	130	0
Oder, Frankfurt	208	+13	Spree, Rindow	5	-18
Warthe, Schrimm	-10	-2	Spree, Rindow	110	-24
Warthe, Landsberg	-25	-2	Rhein, Maximilianst.	586	-14
Rega, Dordamm	-24	-2	Rhein, Rindow	392	-9
Elbe, Lüttenberg	42	-12	Rhein, Rindow	402	+5
Elbe, Dresden	-66	-16	Redar, Heideborn	100	-8
Elbe, Harz	218	-14	Rain, Berthelm	219	-14
Elbe, Magdeburg	180	-8	Rosel, Trier	119	0

+ bedeutet Hoch, - Nied. - Unterbezel.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse d. deutschen Drechsler u. Berufs-genossen.
S. D. 56. Verwaltungsst. Berlin S.
Am 8. d. Mts. verstarb unser Mitglied
August Holfleisch.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, den 12. August, nachm. 3 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt.
298/17 Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder u. verwandten Gewerbe.
Unseren Mitgliedern und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Kassensammler, Herr
Richard Zander
am 9. August an Schlaganfall plötzlich gestorben ist.
Wir verlieren in demselben einen äußerst tüchtigen und gewissenhaften Beamten, welcher in seiner 13jährigen Tätigkeit bei uns stets seine Pflicht treu erfüllte.
Der Vorstand.

Nachruf.
Am 9. d. Mts. verstarb plötzlich infolge eines Schlaganfalls unser langjähriger Kollege
Richard Zander
im 45. Lebensjahre.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten!
Die Angehörigen der Orts-Krankenkasse der Buchbinder.

Dankfagung.
Allen Freunden und Bekannten sage hiermit für die rege Teilnahme und die zahlreichen Blumenpenden bei dem Begräbnis meines lieben Gatten, des Hutmachers
Otto Rosin
meinen innigsten Dank.
4552 Die trauernde Witwe.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Straußpenden bei der Beerdigung unserer lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter
Johanna Asmus
sagen wir allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Vereinen „Rote Rute“, „Grobes Rad“, „Bergheimische“ und dem Gesangsverein „Männerchor Weihensee“ unseren innigsten Dank.
Familie Korbs.

Kaulsdorf und Mahlsdorf.
Nur 20 Pf.-Fahrt v. Zentrum Berlins, trotzdem billig, als weites Berlin gelegenes Orte, wie Hoppegarten, Neuenhagen usw. Mäß. Anzahlung, langj. Hypothek. Pläne gratis. Verkäufer ständig am Bld. Mahlsdorf im Pavillon.
435L*
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Dankfagung.
Sage hierdurch allen Verwandten und Bekannten, sowie den Kollegen der Tischlerei Hölzer u. Konraden, dem Deutschen Holzarbeiter-Verein, den Genossen des 6. Wahlkreises (Bezirk 725b) und dem Gesangsverein „Bedding“ für die stille Teilnahme und Straußpende bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters meinen herzlichsten Dank.
4533
Witwe Frau Brandt nebst Kindern.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Vorgesitzter des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren zum Sonntag, 14. August.
1. Abt.: Sonnabend: Spreewald, 7 Uhr Köplicher Bahnhof. Sonntag 1 Uhr: Heiligensee (Waldhof). Start: Bölowstraße 58.
2. Abt.: 6 1/2 Uhr: Köpenick-Schnitzeljagd. 12 Uhr: Familienfeier im Schmalde (Witte). Start: Fontane-Promenade 18.
3. Abt.: 4 Uhr: Neu-Huppeln (Schäbler, Karstl). 1 Uhr: Romanes (Singer). Start: Mariannenplatz.
4. Abt.: 8 Uhr: Hoppegarten (Wilde Mann). 1 Uhr: Johannisbad (Schulz). Start: Köplicher Platz.
5. Abt.: 5 Uhr: Streifzüge durch den Alamental. 1 Uhr: Admontental. Start: Elgshaus.
6. Abt.: Sonnabendabend 9 Uhr: Köplich. Köplicher Bahnhof 5.35 bis Wittenberg. Sonntag 12 Uhr: Barmsee (Fürstentum). Start: Oberberger Straße 28.
7. Abt.: Sonnabendabend 8 Uhr: Spreewald (Wehner). Sonntag 5 Uhr: Leupold (Lorow's Wald). 2 Uhr: Grünau (Köpenicker Str. 58). Start: Köplicher Straße 8.
8. Abt.: 3 Uhr: Brandenburg a. H. (Waldhof). 12 Uhr: Goldham (Wittorfsgarten). Start: Waldstr. 8.
9. Abt.: 6 Uhr: Straußberg (Ephraim). 12 Uhr: Hungertiger Wolf. Start: Beberstraße 6.
10. Abt.: 6 Uhr: Vreden (Hilgenfeld). 1 Uhr: Schönefeld (Remle). Start: Marxstr. 74.
11/20

Verband der hausgewerb. Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 14. August 1910, mittags 12 Uhr, in den Musikern-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18 m:
Öffentliche Bauhilfsarbeiter-Versammlung
des Lohngebiets Groß-Berlin.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Ritter: „Zweck und Ziele der Gewerkschaftsbewegung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Bauhilfsarbeiter dringend notwendig.
Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Einsetzer.
Sonntag, 14. August, vormittags 9 Uhr, finden die **Bezirks-Versammlungen** in folgenden Lokalen statt:
1. Bezirk: Merkwitz, Andreasstraße 26.
2. " " Gliese, Kopenhagener Straße 74.
3. " " Sauer, Ledeborstraße 21.
4. " " Preil, Rixdorf, Rosenstraße 24.
5. " " Wiener, Bülowstraße 58.
6. " " Wig, Stallger Straße 59.
7. " " Charlottenburg, Rosinenstraße 3.
8. " " Weizer, Biesenstraße 29.
Die Kommission.

Achtung! Vertrauensleute!
Die Zahlstelle 71 ist von Warschauer Straße 22 nach Nr. 17, Lokal von Böhl, verlegt worden.
87/16 Die Ortsverwaltung.

Die Gänseauschlachterei
von Karl Riedel, Rixdorf, Hermannstr. 225, ist wieder eröffnet.

Zentralkrankenkasse der Maurer „Grundstein zur Einigkeit“.
Zahlstelle Charlottenburg.
Sonntag, den 14. August, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 31
Mitglieder-Versammlung.
1. Abrechnung vom 2. Quartal und Stoffangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.
Ohne jede Anzahlung
verkaufe ich **Pianos**
erstklassiges Fabrikat (5mal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisanschlag.
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf., Ecks Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.
Leser dieses Blattes wissen, aus welchen Gründen zu bevorzugen sind.

Elfe-Cigaretten
zu bevorzugen sind.

Dr. Schönemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, 3312 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. Wochentags 10-2, 5-7.

Seeben erschienen: Badische Revolutionsgeschichte aus den Jahren 1848 u. 1849.
Von Wilhelm Bloa.
Broch. 1 B., geb. 1.50 M.

Das Finanzkapital.
Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus.
Von Rudolf Hilferding.
Geb. 9.70 M.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863-1909.
Bearbeitet von Wilh. Schröder.
Geb. 7 M.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW., Lindenstr. 69 (Laden).

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zarenba, Weinbergweg 1, dir. a. Rosenthaler Tor.
Billigste Bezugsquelle! Versuch f. zur dauernden Kundenschaft.

Partei-Angelegenheiten.

Rixdorf. Heute abend von 7 Uhr ab findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverteilung statt. Genossen, seid zeitig zur Stelle. Der Vorstand.

Wannsee. Sonnabend, pünktlich 1/9 Uhr abends, Wahlvereinsversammlung im Restaurant „Fürstenhof“.

Bernsdorf. Am Sonntag, den 14. August, nachmittags 8 Uhr, findet im Annerischen Lokale die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Bericht der Gemeindevorsteher. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Es hat geregnet.

Diese Ferien waren nicht vergangen, wie die Zeit sonst vergeht. Nicht wie Wochen — nein, wie Tage vergangen. Alles ging ja so sehr viel schneller. Man stand des Morgens auf, man sah sich kaum um — da war es Mittag.

„Mittag?“ fragte man. „Schon —?“ „Nachmittag,“ sagte jemand. Und die Sonne sank. Und die Schatten wuchsen. Da war es Abend. — So ging diese Zeit; schneller, viel schneller als sonst. Nicht wie Wochen — nein, wie Tage vergehen...

Nun aber war alles daheim. Alles, was in Feld und Wald gewesen, Berge erklettert und Wellen bezwungen, in Wasser und Sonne gebadet — alles war nun daheim. In den Städten. —

Auch Willi war wieder da. Sie war schon vor mehreren Tagen gekommen, aber nur der Portier hatte sie bis jetzt gesehen.

„Ganz braun ist sie,“ sagte er. „Die meine Zigarre hier — ja, so braun!“

Er stand auf der Treppe und bürstete etwas. Dazu erzählte er.

Von Afrika: wie heiß es da sei. D, er wußte es genau; er hatte einen Freund dort. Der war erst braun! — fast schwarz war er! Wie ein Neger fast. So brennt da die Sonne...

„Wie im Backofen“, sagte er. Er wollte noch mehr erzählen. Aber dazu kam es nicht. „Erna!“ rief es plötzlich irgendwo.

Die Kleine sprang davon. Willi! Sie fiel fast die Stufen hinab.

„n Tag!“ Willi flog ihr entgegen. Sie hatte ein weißes Kleid an und eine Schleife im Haar. So braun wie die Zigarre war sie ja nicht, nein, aber tüchtig verbrannt war sie doch.

Ihr Papa, dem das Haus gehörte, hatte noch ein zweites, ein kleineres, wo sie im Sommer wohnten. Jeden Sommer, sagt Willi. Und sie sagt, das sei am Meer.

„Ganz am Meer. Das Meer ist blau. Groß und blau. Und immer sind Schiffe darauf. Und die Wellen brummen. Oft kann man nicht einschlafen, so brummen sie.“

„So laut —?“ „Ja, so laut... Und du? Wo warst du?“ „Zu Hause.“

„Das hättest du nicht sollen. Hättest du uns gesehen! Das war was! Geangelt, gebadet, und abends hinausgefahren, jeden Abend fast — im Segelboot —“

„— und weit?“ „D, sehr weit. Und ein Wald war da, ein großer Wald. Und eine Wiese, da wurde Ball gespielt —“

Willi erzählt. Sie kann gar nicht genug erzählen. Was der Jörg für Ohrringe hat! Und wie er sie einmal zum Halsfang mitgenommen! Und was er von der Meerfrau erzählt!

„Was hast du?“ fragt sie plötzlich. Die Augen der Freundin werden groß... sie schimmern... Die Hände öffnen sich, strecken sich aus, als wollten sie all die Herrlichkeiten greifen — fassen —

Willi denkt nach. Ihr Blick wird furchtsam — zittert: es will ihr jemand den Wald entreißen — die Wiese — das Meer — und all die Schiffe darauf —

„Aber so sehr schön ist es nicht“, sagt sie. „Nein, so sehr schön nicht. Es hat auch geregnet...“

Benige Jahre nur werden vergehen und das Leben wird Klüfte zwischen sie graben, Klüfte, die unüberbrückbar sind. Das Leben wird sie sieben und sondern: Reich zu Reich und Arm zu Arm. Das Leben ist hart. Es wird sie von dem Hof treiben, fort von den Spielen, von der Kinderzeit. Da sehe ich sie: ihre Worte sind bitter, ihr Auge kalt.

Ich sehe die Arbeiterin. Und ich sehe die Dame. Die eine — müde, mit schwieligen Händen; die andere — lässig und stolz.

„Es geht uns gut“, sagt sie und lacht. „D, wie kann man doch leben!“

„Das kann man —?“ „Man kann!“ sagt die Dame. „Sind wir nicht gesund? Machen wir nicht Reisen? Haben wir nicht Geld —?“

Und plötzlich verstummt sie. Ihr Blick wird furchtsam — zittert... Die andere wächst. Sie reckt sich auf — höher und höher — sie streckt die Hände aus, die schwieligen Hände —

„D, was will sie? Will sie etwa mitleiden? Writzen —? Etwas teil haben an all der Pracht —?“ Die Dame zittert.

„Aber nicht immer ist's so — nein, nicht immer. Wir haben es auch schwer. Nicht nur Sonnenschein. D, nein. Es hat auch geregnet...“

Die Freizügigkeit der Lehrer. Aus Lehrerkreisen wird uns geschrieben: Zum Schutze der Freizügigkeit der Lehrer und Beamten Berlins beabsichtigt der Berliner Lehrerverein in Verbindung mit anderen Beamtenvereinen geeignete Schritte zu unternehmen. Er sammelt gegenwärtig das nötige Material hierfür. Die Bestrebungen, den Beamten die Freizügigkeit zu beschneiden, gehen bekanntlich von den Haus- und Grundbesitzervereinen aus. Man gebe den Lehrern eine solche Wohnungsentfremdung, daß sie in Berlin dafür angemessene Wohnungen in der Nähe ihrer Schulen finden, dann werden sie nicht in die Ferne schweifen. Manchmal ist es gar keine nennenswerte Entfernung, die da mißspricht, denn oft liegt es so, daß man es zum nächsten Vorort näher hat als in die Gegend, wo man eine preiswerte Wohnung findet. Für die Hausbesitzer ist es natürlich eine Fragenfrage und sie haben die Macht, also auch das

Recht. Daß es aber auch für den Beamten meist nur eine Fragenfrage ist, das überlegt man einfach.

Zum Dampferrücklauf auf der Oberspree. Das vom Dampfer „Knyffhäuser I“ zum Rentieren gebrachte Motorboot „Agnes“ ist gestern früh gehoben und an das Ufer gebracht worden. Das extrunkene Mädchen ist inzwischen als die 23jährige Grete Bene aus Berlin ermittelt worden. Der Führer des Dampfers „Knyffhäuser I“ wurde im Dienst belassen, da er an dem Vorfall nach der übereinstimmenden Aussage zahlreicher Augenzeugen keine Schuld tragen soll.

Wie Summeleien im Steuerbureau entschuldigt werden.

Oft schon ist an dieser Stelle die Lotteriwirtschaft, die in unseren Steuerbureaus zuweilen herrscht, Gegenstand der Kritik gewesen. Insbesondere haben wir es wiederholt rügen müssen, daß Steuerbeamte Einwohner, von denen sie die Steuer abholen wollten, sie aber nicht anrufen, den Mahnzettel an die Tür kleben und dieselben so vor den anderen Mietern des Hauses blockierten. Und wird von einem Fall Mitteilung gemacht, wonach der Gemahnte seine Steuer sofort bezahlte und der Steuerbeamte doch keine Wohnungstür mit solchem Mahnzettel besetzte.

Der Bewohner des Hauses R., Ritterstr. 07, erhielt am 1. August den Steuerzettel. Am 2. August begab er sich bereits nach dem Steuerbureau Dreilestr. 24 und bezahlte dort den Steuerbetrag. Am 6. August wurde dem R. mit dem bekannten Steuerdeputationszettel ein Mahnzettel an die Wohnungstür geklebt, worin derselbe aufgefordert wird, entweder die Steuer an die Steuerkasse Parochialstraße oder an die für den Stadtbezirk zuständige Annahmestelle zu entrichten.

Am 10. August prangte abermals ein Mahnzettel an der Wohnungstür des R. Um nun einer weiteren Unannehmlichkeit zu entgehen, begab sich R. nach dem betreffenden Steuerbureau und machte den Beamten darauf aufmerksam, daß er die Steuern, um derenwillen er fortgesetzt gemahnt und vor den Hausbewohnern blamiert werde, schon längst bezahlt habe. Hier soll man nun dem R. geantwortet haben, daß er eben die Steuern nach dem Stadthaus, Parochialstraße, hätte tragen müssen, dann würde ihm das Mahnen erspart geblieben.

Ein sonderbarer Bescheid. Der betreffende R. bezahlte seine Steuern in der Annahmestelle, wo er sie seit Jahren entrichtet und wohnt ihn der Steuerzettel verweist, und der Beamte entschuldigt sich damit, daß er sie wo anders hin hätte tragen sollen. Wäre es nicht besser gewesen, wenn man R. geantwortet hätte, daß das Vorwissen auf eine Summelei im Steuerbureau zurückzuführen ist. Vielleicht macht die Steuerverwaltung dem Beamten klar, wie er sich in solchen Fällen zu verhalten hat.

Paul Weiskopf, der Vorsitzende der Filiale Berlin des Glasarbeiterverbandes, wurde am Mittwoch unter zahlreicher Beteiligung seiner Berufsgenossen auf dem Friedhofsfelder Friedhof zur letzten Ruhe bestattet. In dem Verstorbenen verliert die Organisation einen unerschütterlich rastlosen Kämpfer, der 14 Jahre in selbstloser Weise an der Spitze der Berliner Glasarbeiter gestanden hat.

Nachdem der Gesangverein der Glasarbeiter dem Verstorbenen den letzten Scheidegruß gewidmet hatte, gedachte Genosse Manasse in einer Ansprache der Verdienste des Verstorbenen, um am Schluß den zahlreichen Kollegen ans Herz zu legen, die Arbeit für die Sache der Organisation mit derselben Zähigkeit und Energie wie der Verstorbene fortzuführen.

Eine gefährliche Passage. Durch den Bau der Untergrundbahn in der Schönhauser Allee ist beim Gensefelder Platz der dortige westliche Bürgersteig und auch ein großer Teil des Fahrdammes eingezogen und eingegradet worden. Zwischen dem Bauzaun und der nächsten Straßenbahnlinie befindet sich ein freier Raum von nur einem Meter Breite. Dieser schmale Gang, der völlig ungepflastert ist, wird aus alter Gewohnheit von zahlreichen Passanten, die die Straßenseite nicht wechseln wollen, benutzt. In solchen Fällen, wo der Bauzaun weit in die Straßenflucht hineinragt, muß vorschriftsmäßig neben dem Bauzaun ein hölzerner Fußweg mit Geländer angelegt werden. Es bedarf hoffentlich nur dieses Hinweises, daß die Bauleitung das Versäumte schleunigst nachholt.

Ein Bauunfall ereignete sich gestern vormittag auf dem Grundstück Kronenstr. 8/9. Dort läßt die Firma Trunt einen Ausbau des Grundstückes zu Lageräumen für Möbel ausführen. Zu diesem Zweck wird eine Treppe heruntergerissen. Der Arbeiter Paul Juhl, Tiefenthaler Straße wohnhaft, war gestern gerade damit beschäftigt, die rechte Giebelmauer zu bebauen, als plötzlich die vor der Mauer liegenden Schuttmassen durch die Erschütterungen nach der Mauer zu fielen und dieselbe eindrückten. Juhl wurde von der einfallenden Mauer verschüttet und erlitt schwere innere Verletzungen, die seine Ueberführung in das Urban-Krankenhaus notwendig machten.

Wie uns von Arbeitern des Hauses mitgeteilt wird, wurden dort nicht genügende Sicherheitsvorrichtungen angebracht, um die beschäftigten Arbeiter vor Lebensgefahr zu schützen. Sollen doch noch alte, zehn Meter hohe Giebelwände völlig unabhstützt dastehen. Vielleicht untersucht die Bau-polizei den Ausbau einmal auf die notwendigen Schutzvorschriften.

Auf den Hof hinabgestürzt hat sich vorgestern abend der 83 Jahre alte Berliner Alfred Simon aus der Nigaer Straße 60. Simon, der früher in einer Anstalt war, hatte mit der 29 Jahre alten Schneiderin S. aus der Palisadenstraße ein Liebesverhältnis. Vorgestern besuchte er seine Braut. Später hörten Hausbewohner in der im zweiten Stock belegenen Wohnung einen Streit. Simon lief plötzlich nach der Bodenlammer im vierten Stock und stürzte sich durch ein Fenster auf den Hof hinab. Er erlitt einen schweren Schädelbruch und war sofort tot.

Ein Betriebsunfall ereignete sich gestern nachmittags 4 Uhr in der Luruspapierfabrik von Monios, Lindenstr. 16/17. Der 29 Jahre alte Prager Kumbt geriet dort mit vier Finger der linken Hand in die Stanzmaschine, wobei ihm die Finger vollständig abgequetscht wurden. Der Verunglückte wurde dem Urban-Krankenhaus zugeführt.

Die Leiche eines unbekanntes Mannes ist vorgestern aus dem Langen See bei Marienlust gefischt worden. Der Tote ist etwa 30 Jahre alt und mit einem schwarzen Gehrock bekleidet. Es liegt zweifellos Selbstmord vor, darauf deutet auch der Umstand hin, daß bei ihm ein Zettel vorgefunden wurde, in dem er den Wunsch ausdrückt, neben seiner vor einem Jahre verstorbenen Mutter beigesetzt zu werden. In der Holentasche befand sich ein Portemonnaie mit circa 4 M. Inhalt und eine Visitenkarte, die den Namen Gustav Rad, Velforier Straße 2, trägt. Polizeiliche Recherchen haben jedoch ergeben, daß an der genannten Adresse ein Mann dieses Namens nicht wohnt und auch niemals gewohnt hat. Die Leiche wurde nach der Grünauer Leichenhalle gebracht.

Einbruch in eine Kirche. In der Nacht zum Mittwoch sind bisher unbekannt gebliebene Personen — wahrscheinlich halbwildige Vurschen — in die Christuskirche in der Königgräber Straße eingestiegen und haben einige wertvolle Gegenstände gestohlen. Sie waren durch ein schmales Fenster hineingestiegen und hatten nun ungehinderten Zutritt zur Sakristei und den anderen Vorräumen. Dort haben sie gefressen und geraucht und schließlich, ohne die mit Geld gefüllten Wägen oder wertvolle Gegenstände mitzunehmen, die Kirche wieder verlassen.

Ein aufregender Vorfall, bei dem eine große Zahl von Personen in Lebensgefahr schwebte, spielte sich gestern mittag am Dönhofsplatz ab. Von der Kommandantenstraße kam ein einspänniger

Wagen des Fleischer- und Geflügelhändlers Pasnyk in tollstem Galopp heran und versuchte in die Leipziger Straße einzubiegen. Der Besitzer des Fuhrwerks hatte die Herrschaft über das Pferd verloren. An der Ecke der Leipziger Straße stürzte das Pferd und fiel unter eine hoch mit Kisten beladenen Kollwagen. Der etwa sechzig Jahre alte Besitzer des Fuhrwerks wurde auf den Straßenrand geschleudert, ebenso sein Sohn Max. Die Verletzten wurden nach der Unfallstation am Spittelmarkt gebracht. Auscheinend hat der ältere der beiden Pasnyks außer äußeren auch innere Verletzungen erlitten. Das Pferd wurde erheblich verletzt unter dem Wagen hervorgezogen.

Brand auf dem Güterbahnhof Nordbahn. Durch Funtenauswurf aus einer Lokomotive geriet gestern nachmittags gegen 2 Uhr auf dem Güterbahnhof Nordbahn ein mit Heu beladener Waggon in Brand und ging vollständig in Flammen auf. Die Feuerwehr aus der Oberberger Straße hatte über eine halbe Stunde zu tun, um das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Aus dem Kriminalgericht entwichen ist der 35 Jahre alte, aus Rostock gebürtige Strafgefangene Wilhelm Weißbrand. Ein Kuffner der Strafanstalt Regal hatte ihn nach dem Bericht in der Turnstraße gebracht, um ihn zu einem Termin vorzuführen. Weißbrand entsprang seinem Transporteur und ist seitdem verschwunden.

Der Fiskus Cyril Hasse am alten Botanischen Garten in der Potsdamer Straße hat seit heute eine erhebliche Ermäßigung der Eintrittspreise auf allen Plätzen vorgenommen.

Gefunden wurde am Sonnabend, den 6. August, abends zwischen 6 und 7 Uhr, am Bahnhof Stralau-Mummelsburg ein Damenportemonnaie mit Inhalt. Dasselbe kann O. 112, Welferstr. 29, im Zigarrengeschäft in Empfang genommen werden.

Von der Johannisthaler Flugkonkurrenz.

Der Held des gestrigen Tages war zweifellos Robert Thelen, der mit seinem Wrightflieger sehr erfolgreich mehrere der ausgeschriebenen Konkurrenzengriffe. Bald nach 5 Uhr bewarb er sich um den Preis für den kürzesten Anlauf vor dem Aufstieg, wobei es ihm gelang, nach 47,30 Meter Ansanft sich vom Erdboden zu erheben. Mehrere andere Konkurrenten, die sich andauernd um denselben Preis bewarben, konnten die Leistung Thelens nicht überbieten. Bald nach 7 Uhr flog Thelen um den Belastungspreis, für den drei Preise von insgesamt 9000 M. ausgeschrieben sind. Mit 190 Kilogramm Belastung blieb er 7 Minuten und 30 Sekunden in der Luft, während als Minimalgrenze 140 Kilogramm Belastung und eine Flugdauer von 5 Minuten vorgeschrieben sind. Gleich nachdem er gelandet war, unternahm er einen neuen Flug mit einer Belastung von 210 Kilogramm. Diesmal blieb er 7 Minuten und 3 Sekunden über dem Erdboden. Die Sensation des Tages war aber ein von ihm um 7 Uhr 45 Minuten unternommener Höhenflug, bei dem er in eleganten Kurven in immer größere Höhen stieg. Nach sechs Minuten hatte er den höchsten Punkt mit 377 Metern erreicht. Vier Minuten später landete er bereits wieder und wurde von dem zahlreich anwesenden Publikum stürmisch begrüßt. Biencziers verunglückte mit seinem Antoinetteapparat, nachdem er 16 Minuten lang mit einem Passagier die Bahn umrundet hatte. Bei dem Versuch eines Gleitfluges kam sein Apparat kurz über dem Erdboden ins Wanken und stürzte um. Biencziers wurde sowohl wie der Passagier blieben unversehrt, der Apparat dagegen wurde erheblich beschädigt. Den täglichen Dauerpreis in Höhe von 500 M. eroberte sich Jeanin, der mit seinem Farmanapparat fast eine Stunde die Bahn in etwa 40 Meter Höhe umkreiste. Auch Kapitän Engelhardt nahm mit seinem Wrightapparat mehrere Konkurrenzengriffe in Angriff, ohne jedoch größere Erfolge zu erzielen. Leutnant von Gorziffon, der um 7 Uhr 12 Minuten startete, verließ bereits nach einer Runde die Flugbahn zu einem Ueberlandflug nach Brieg, wo er eine Zwischenlandung vornahm. In Brieg besuchte er den am Mittwoch verunglückten Heim, der infolge seines Absturzes an einer leichten Gehirnerschütterung krank darniederliegt. Pünktlich um 8 Uhr erschien Gorziffon, dem es anscheinend Vergnügen macht, das Verbot des Regierungspräsidenten zu durchbrechen, wieder auf dem Flugplatz, wo er von den Zuschauern lebhaft applaudiert wurde.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Spurlos verschwunden ist der langjährige Vorsteher des Fundbureaus der hiesigen Polizei, Polizeisekretär Dietrich. Er war unversehrt und in der Linienstraße in Berlin bei seiner Schwester polizeilich gemeldet, ließ sich dort aber nur dann und wann sehen und nächtigte auf einem Sofa. Mitte vorigen Monats meldete er sich auf Grund eines ärztlichen Attestes, nach welchem er an einer Herzverengerung litt, krank, wollte aber am 1. August wieder zum Dienst erscheinen. Dies geschah nicht; man nimmt daher an, daß er das Weite gesucht hat. Es ist im Juli von einem Beamten, der ihn kurze Zeit vertrat, entdeckt worden, daß eine deponierte Fundsache von 500 M. fehlte; den Betrag soll Dietrich, der die Sache auf ein Mißverständnis zurückzuführen suchte, schon am nächsten Tage wieder ersetzt haben. Da nach den bisherigen Feststellungen anzunehmen ist, daß er sich Unterschlagungen an anderen Fundsachen hat zu schulden kommen lassen, ist ein Postbefehl gegen ihn erlassen worden. Wo Dietrich, der sich nur im Besitze eines einzigen Augenscheinbefehls befindet, bisher gehaust hat und wo er sich jetzt aufhält, konnte noch nicht ermittelt werden.

Unter Choleraverdacht wurde die 50 Jahre alte Frau Henriette Weidler aus der Cauverstr. 24 in das Krankenhaus Westend übergeführt. Die Frau war vor kurzem aus Rothendach bei Landesbut in Schlesien zu ihrem Schwiegerohn nach Charlottenburg übergesiedelt. Sie erkrankte gestern, und der behandelnde Arzt ordnete wegen gewisser Choleraverdächtigter Umstände ihre Ueberführung in das Krankenhaus Westend an. Die bakteriologische Untersuchung ist bis jetzt noch nicht abgeschlossen.

In dem Selbstmord in der Antobrosche, über den wir berichteten, wird noch gemeldet: Der Selbstmörder, Schreiber Voigt aus der Wilmersdorfer Straße 18, war zuletzt bei einem Rechtsanwalt in Charlottenburg tätig. Er hatte es verstanden, sich das Vertrauen des Chefs in hohem Grade zu erwerben, und hatte zuletzt die kleine Kasse geführt. Voigt hatte ein „Verhältnis“ und brachte in den letzten Wochen mehr Geld durch, als er verdiente. Seiner Braut erklärte er am Montag, daß er „Schluß“ machen müsse, so oder so, und daß, wenn sie ihn lieb habe, sie mit ihm noch einmal am Dienstagabend nach dem Gramewald fahren möge. Das Mädchen war noch bis gegen 12 Uhr nachts mit Voigt und seinem Freunde Ried zusammen; man trennte sich vor der Wohnung der Braut. Voigt hatte an dem Abend viel getrunken und erklärte seinem Freunde, als sich beide im Auto befanden, daß er sich das Leben nehmen müsse. Es gelang dem Ried, den Aufgeregten zu beruhigen und ihm den Revolver aus der Hand zu nehmen. Am Reichskanzlerplatz schoß Ried auf Vorfrist mehrere Angeln ab; er glaubte, daß nunmehr die Waffe entladen sei, und gab den Revolver an Voigt zurück. Es befanden sich aber noch drei Kugeln in der Waffe. Als Ried eingeschlafen war, führte Voigt

den Selbstmord aus; die ersten beiden Schiffe gingen fest, so daß beinahe der Chauffeur getroffen worden wäre.

Schöneberg.

Die bevorstehende Erweiterung der Sonntagstraße ist das Thema einer Volksversammlung, die heute abend 8 1/2 Uhr im Schwarzen Adler, Hauptstr. 144, stattfindet. Referenten sind die Gen. Publy und Küter. Die Arbeiterschaft wird ersucht, für zahlreiche Besuch der Versammlung Sorge zu tragen.

Behndorf (Wannseebahn).

Ueber die gegenwärtige politische Lage und die planmäßige Volksvertretung durch die Regierung und die herrschenden Parteien referierte am Sonnabend der Landtagsabgeordnete Ströbel in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung. Seine Kritik des eulenden Dreiklassenwahlrechts und seine Ausführungen über den Kolonienwindel Dernburgs, der die Reichstagswahlen 1907 beherrschte, sowie über die unterschämte Belastung des Volkes durch die letzte Reichsfinanzreform wurden mit großem Beifall aufgenommen. Der von dem Redner ausgesprochene Wunsch, zum Protest gegen jegliche Bedrückung sich in der politischen sowie gewerkschaftlichen Organisation zusammenzutun, hatte den Erfolg, daß eine Anzahl Genossen sich in die Mitgliederliste des Wahlvereins eintragen ließen.

Rigdorf.

Der Selbstmord des Tischlers Gustav Weidemann, von dem wir in der Mittwochnummer des „Vorwärts“ Notiz nahmen, ist, wie uns Familienangehörige des Verstorbenen mitteilen, nicht wie irrtümlich berichtet, aus Nahrungssorgen und Arbeitslosigkeit, sondern auf ein Herbenleiden des B. zurückzuführen. B. habe in geordneten Verhältnissen gelebt.

Zeugen, welche gesehen haben, wie am 13. Juli abends nach 7 Uhr am Thomastischhof in der Hermannstraße ein größerer Mann einem anderen mit einer Flasche in Papier gewickelt den Kopf verlegte, werden gebeten, sich Viehdich-Strasse 12 im Milchgeschäft zu melden.

Ober-Schönebeide.

Gemeindevertreterwahl. Vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft ist an die Gemeinde der Bescheid ergangen, daß die von der Gemeinde beim Fiskus nachgesuchte Ueberlassung eines beim Krankenhause gelegenen forstwirtschaftlichen Grundstücks nicht erfolgen könne. Durch den Bescheid des Berliner Magistrats, die Wuhheide zu erwerben, müssen die Verhandlungen wegen dieses Grundstücks mit Berlin geführt werden; jedoch besteht wenig Hoffnung, auf Erfolg, da das in Frage kommende Terrain von dem Tiefbrunnenstreifen, einem 30 Meter breiten Terrain, durchschnitten wird. Ein wesentliches Verhandlungsobjekt bei der Ausführung vorgenannter Tiefbrunnenanlage wird die jetzt in das Eigentum der Gemeinde Oberschönebeide übergegangene Zufahrtsstraße zum Krankenhause bilden, deren Durchkreuzung mit den Hochanlagen von der Zustimmung der Gemeinde abhängig ist. Eine Petition der Gemeinde um Abänderung der Bezeichnung des Staatsbahnhofs Nieder-Schönebeide-Johannistal dergestalt, daß der Ortsname Oberschönebeide hinzugefügt wird, ist vom Minister abschlägig beschieden worden mit der Begründung, daß ein Bedürfnis nicht vorliege. Die Verhandlungen über die Erneuerung des Vertrages mit dem Unternehmer wegen der Müllabfuhr und Verpachtung des Müllabladplatzes wurde verlagert, da noch in letzter Stunde ein Antrag des Unternehmers eingegangen ist, dessen Durchberatung der Baukommission überwiesen wird. Die Frage der Müllabfuhr dürfte in nicht allzu ferner Zeit für die Gemeinde brennend werden, indem der jetzige Abfahrlast im Gebiete der von Berlin zu erwerbenden Wuhheide liegt und es sehr fraglich erscheint, ob von dort wie zur Zeit vom Forstfiskus eine Verpachtung stattfindet. Die Erwerbung eines neuen Platzes wird mit großen Kosten verbunden sein, da in der Nähe kaum ein Terrain in Frage kommt und in diesem Falle noch ein kostspieliger Transport in Frage käme. Für das im Bau begriffene Realgymnasium werden folgende Arbeiten vergeben: Zimmerarbeiten zum Preise von 11 938 M. an die Firma Unger-Berlin, Dachdeckerarbeiten zum Preise von 12 483 M. an die Firma Kopp-Berlin, Klempnerarbeiten in Höhe von 8275 M. an die Firma Thielmann-Berlin. Die von den am Orte ansässigen Firmen abgegebenen Preisofferten gehen um 2000 bis 5000 M. über die von vorgenannten Firmen geforderten Preise hinaus. Die Arbeiten für die gärtnerische Herrichtung des Schmutzplatzes an der Naubauststraße zum Preise von 13 198 M. werden an die hiesige Firma Ullrich vergeben; die Ausführung soll sofort erfolgen. Die Verhandlungen mit der Terrainsgesellschaft Oberspre, welche zur Anlage dieses Platzes vertraglich 13800 M. beizusteuern hatte, haben ergeben, daß die Gesellschaft obengenannte Kosten sowie die Summe von 2010 M. für eine zweijährige Unterhaltung übernimmt. Ein Antrag des Gemeindevorstehers, die Gebühren des Einwohnermeldeamtes von 25 auf 50 Pf. zu erhöhen, wurde abgelehnt mit der Motivierung, daß es nicht angängig sei, eine gemeinnützige Einrichtung zu verteuern. Die Heizung der alten Turnhalle an der Fleischstraße mit Kohlen ist unzulänglich und soll hinfort durch Zentralheizung des anliegenden Amtshauses erfolgen. Um die Staubplage von dem im Herbst zu eröffnenden Krankenhause abzuwenden, wurde die Anschaffung des sogenannten Sommerweges neben der vorbeiführenden Straße und Anlage eines befestigten Fußweges bis zum Krankenhause vom Schnittpunkt der Rummelsburger Chaussee beschlossen. Desgleichen wird der Kreis den weiteren Teil der Straße bis Karlsborck ausbauen. Ein von unseren Genossen gestellter Antrag, aus den Reichen der Weisheit des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes eine Delegation zu dem in Köln stattfindenden Verbandstage des Verbandes der deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu entsenden, führte zu einer ausgedehnten Debatte, in welcher teilweise recht kostbare Ansichten zum Vorschein gegeben wurden. Wenn es gilt, Stadtstage und andere Veranstaltungen mit dem Gemeindevorsteher und den Schöffen zu beschließen, erfolgt debattelose Zustimmung. Im Bemühen der Herren, den Antrag zu Fall zu bringen, verlor sich die Debatte direkt ins Lächerliche. Herr Fabritzberger Helmann z. B. meinte — naiv wie immer — als Reiter der Situation: erlassen könne man sich ja nur die Protokolle der Tagung senden lassen und zudem würden die Arbeiterbesitzer auch nichts mehr zu lernen brauchen, da sie mit ihren Urteilen gegen Arbeitgeber doch schon fertig seien. Schließlich fand der Antrag doch eine Mehrheit, es wurden der Vorsitzende des Gewerbegerichts sowie die Besitzer Rabelsch, Riefegang und Scharf delegiert. Ein weiterer Antrag unserer Genossen verlangte eine anderweitige Regelung des Sicherheitsdienstes, da sich durch unerhörte Exzesse des Nordtums in den Nachtstunden gezeigt hat, daß eine gründliche Regelung am Platze sei. Es wurde Untersuchung und Abhilfe zugesagt. Ein Antrag des Herrn Kollenberg verlangt Wiedereröffnung der gesperrten Chaussee von der Edison- bis zur Fleischstraße, da sich die Pflasterung verzögert und sich große Mißstände ergeben; dem Antrage wird stattgegeben. In geheimer Sitzung wird die Umänderung des Ortsnamens in Berlin-Oberschönebeide beschlossen.

Rummelsburg-Strala.

Am Montag, den 15. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im Café Bellevue, Joh. B. Tempel, Rummelsburg, Hauptstr. 2, eine große öffentliche Versammlung, veranstaltet von Partei und Gewerkschaft, statt, in welcher Gewerkschaftssekretär Eug. Bräuner über Volksbetrag durch die Reichsversicherungsordnung sprechen wird. Flugblattverteilung hierzu bei beide Orte am Sonntagvormittag von den bekannten Stellen aus. Die Flugblätter sind abzuholen für Rummelsburg in der Expedition, Al-Borghagen 66.

Die Freie Turnerische Turnverein Rummelsburg und Umgegend bezieht am 18. und 14. August cr. die Feier ihres zehnjährigen Bestehens. Am Sonnabend, den 13. August, abends 8 Uhr, Festmahl im Café Bellevue, Sonntag 8 Uhr morgens Versammlung im Turnlokal der III. Abteilung Restaurant F. Dube in Friedrichsfelde und Besuch der

Grabstätten von Liebknecht und Kuer auf dem Zentralfriedhof. Mittags 2 Uhr Festung und 3-6 Uhr großes Schauturnen auf dem Sportplatz Berlin-Ost, Hirschberger Straße (5 Minuten vom Festlokal), darauf Festball im „Bellevue“. Der Verein hat sich bei der Arbeiterschaft einen guten Ruf erworben, weshalb auf zahlreiche Beteiligung bei diesem Turnfest gehofft wird. Umfangreiche Vorarbeiten garantieren einen guten Verlauf.

Weissensee.

Einem neuen Reinsfall hat der besoldete Schöffe Dr. Pope zu verzeichnen. Derselbe hatte gegen die Wahl des Herrn Nemes zum Gemeindevorstand der zweiten Abteilung Einspruch erhoben, weil bei dem Wahlakt verschiedene Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein sollten. Die Gemeindevertretung erklärte die Wahl einstimmig für gültig. Herr Dr. Pope erhob Klage, wurde jedoch vom Kreis-ausschuß abgewiesen. Auf seinen erfolgten Widerspruch hat nun auch der Bezirksausschuß seinen Klageantrag abgewiesen. Dieser Reinsfall reiht sich würdig allen andern an.

Bohndorf.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Bericht des Genossen Riller von der Kreisgeneralversammlung entgegen. Genossin Bedekind ergänzte denselben in einigen Punkten. In der daran anschließenden Diskussion sprachen sich die Genossen Riefänder, Oppenborn, Gahlag und Schiffe gegen Einführung eines Abendblattes des „Vorwärts“ aus, während Genosse Kimmrig meinte, man müsse der Entwicklung der Verhältnisse Konzeptionen machen. Als Delegierte zur Generalversammlung von Groß-Berlin wurden die Genossen Riefänder und Oppenborn gewählt. Zur Konferenz der Lesabend-Lektürinnen wurde die Genossin Bedekind gewählt. Eine längere Debatte löste der Bericht des Genossen Schiffe über die Gemeindevorstandswahl aus. Bekanntlich wurde die letzte Gemeindevorstandswahl vom Gemeindevorsteher für ungültig erklärt, weil Genosse Schiffe als Kandidat angeblich nicht als Angelegener im Sinne der Landgemeindeordnung zu betrachten sei. Der Kreis-ausschuß beehrte allerdings den Herrn Gemeindevorsteher eines besseren. Jetzt hat nun der Herr den Bezirks-ausschuß angerufen. Wir können den Verlauf der Angelegenheit, der nur bezweckt, unsere Genossen möglichst lange aus der Gemeindevorstellung fernzuhalten, ruhig abwarten. Die Zeit, wo die Bohndorfer Gemeindevorstellung ungelöst ihre Interessenpolitik treiben konnte, ist nun einmal vorbei. Verschiedene Schulzendorfer und Waltersdorfer Genossen brachten die Kolokalamität in diesen Orten zur Sprache, und es wurde allgemein gewünscht, daß das Lokal von Hug in Schulzendorf von der Arbeiterschaft streng zu meiden ist, da sich der Inhaber nach wie vor weigert, seinen Saal der Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen.

Der nächste Lesabend für Frauen findet am Donnerstag, den 18. d. M. statt.

Reinickendorf.

Der Arbeiter-Turnverein „Reinickendorf“ (Abt. Ost) feiert am kommenden Sonnabend in dem „Schönholzer Tivoli“ (Schaller, Provinzstr. 69, kein Sommerfest. Da der Verein oft schon dazu beigetragen, das Programm der Parteiveranstaltungen zu bereichern, werden die Parteigenossen gebeten, sich zahlreich an dem Vergnügen zu beteiligen.

Hermdorf-Waidmannslust.

Am Sonnabend, den 13. August, feiert der Arbeitergesangverein „Nordische Klänge“ in Waidmannslust, Restaurant zum Vergißloß, sein erstes Stiftungsfest. Da genannter Verein bei allen Parteiarbeiten und Festlichkeiten sich zur Verfügung stellt, wäre es sehr erwünscht, wenn die organisierte Arbeiterschaft das Fest besuchte.

Jugendveranstaltungen.

Freie Jugendorganisation Berlin (Abt. 16). Am Sonntag, den 14. August, findet eine Partie mit Eltern nach Hirschgärten (Restaurant Kuchelstr.) statt. Treffpunkt: Bahnhof Hirschgärten vormittags 10 Uhr. Für Nachzügler dabeihalt im Restaurant.

Freie Jugendorganisation Steglitz und Umgegend. Am Sonnabend, den 13. August, findet bei Rohmann, Steglitz, Schloßstraße 117, die Abteilungsversammlung statt. Herr Unger spricht über: „Bocke und Stand des Handwerksbürgers“. Ebenso findet in Hellenhof bei Wiedel, Goldammer Str. 25, die Abteilungsversammlung statt, in der Herr Riefisch über: „Wanderungen durch die Mark“ spricht. — Am Sonntag, 14. August, bei Bahndorf in Groß-Lichterfelde, Völkstr. 22: Gemeindefest. Treffpunkt für Steglitz und Friedenau um 2 Uhr nachmittags am Bahnhof Steglitz. Nach dem Spielen: Gesellschaftliches Beisammensein. Die Arbeiterschaft wird gebeten, ihre erwachsenen Söhne und Töchter zu den Veranstaltungen zu schicken.

Hus der Frauenbewegung.

Die Frauen in den Krankenkassen.

Die rapide Zunahme der Frauenerwerbsarbeit spiegelt sich naturgemäß auch in der steigenden Zahl der weiblichen Krankenkassenmitglieder. Hier tritt die steigende Verwendung der weiblichen Arbeitskraft sogar am schnellsten in die Erscheinung und hier läßt sie sich auch am schnellsten statistisch erfassen.

Je größer die Zahl der weiblichen Kassenmitglieder, desto ernster wird für sie die Pflicht, sich an der Verwaltung der Kasse, an der Ausgestaltung ihrer Leistungen zu beteiligen. Denn hierzu ist den Frauen die Möglichkeit gegeben, weil sie als Krankenkassenmitglieder das aktive und das passive Wahlrecht zu dem Vertreterkörper haben.

Bei Krankenkassen mit 500 und mehr Mitgliedern bilden nicht die Mitglieder die Generalversammlung der Kasse, sondern die Mitglieder haben Vertreter zu wählen, und diese bilden die Generalversammlung. Die Frauen, die Mitglieder der Krankenkasse sind, haben nur, genau wie die männlichen Mitglieder, das Recht, diejenigen ihrer Kollegen und Kolleginnen als Vertreter vorzuschlagen und sie zu wählen, zu denen sie das meiste Vertrauen haben.

Im Interesse der Frauen, ja der Gesamtarbeiterschaft liegt es nun, daß die weiblichen Mitglieder in ausgiebigster Weise von diesem Recht Gebrauch machen. Warum das?

Die Vertreterversammlung (1/2 Arbeitgeber, 1/2 Arbeitnehmer) hat das Statut der Kasse festzulegen und eventuell zu ändern, und sie hat den Vorstand zu wählen. Zwei wichtige Aufgaben der Verwaltung! Wie wichtig die sorgfältige Auswahl der Vorstandsmglieder ist, bedarf keines weiteren Nachweises. Neben ihrer geschäftlichen Tätigkeit kommt es vor allem auf ihr soziales Verständnis, ihren sozialen Weitblick an. Durch eine Statutenänderung können die gesetzlichen Mindestleistungen der Kasse um ein ganz beträchtliches erhöht werden. So kann z. B. die Krankenerwerbsunterstützung von 20 Wochen auf 52 Wochen verlängert, das Krankengeld anstatt vom dritten vom ersten Tage der Erkrankung an und auch für Sonn- und Festtage gezahlt, das Krankengeld von der Hälfte bis zu drei Viertel des durchschnittlichen Tagelohns erhöht werden.

Es kann dem Erkrankten neben Kur und Verpflegung im Krankenhause ein Krankengeld bis zu einem Viertel des durchschnittlichen Tagelohns auch dann gewährt werden, wenn er nicht den Unterhalt von Angehörigen aus seinem Lohne zu bestreiten hat.

Für die Dauer eines Jahres, nach Beendigung der Krankenerwerbsunterstützung kann eine Fürsorge für den Genesenden gewährt, dieser namentlich in ein Gewerkschaftsheim untergebracht werden.

Den Schwangeren, denen heute noch den gesetzlichen Mindestleistungen keine Unterstützung zuteil, kann durch Statut eine solche auf die Dauer von 6 Wochen gewährt werden in der Höhe der Hälfte bzw. 2/3 des durchschnittlichen Tagelohns. Die Schwangerenunterstützung für 6 Wochen kann gleichfalls von 1/2 auf 2/3 des durchschnittlichen Tagelohns erhöht und ärztliche Behandlung sowie Hebammen-dienste freigestellt werden.

Schwangerenunterstützung in der gleichen Höhe, desgleichen freie ärztliche Behandlung, kann auch den Frauen der Mitglieder gewährt werden und den sonstigen nicht versicherungspflichtigen Familienmitgliedern ärztliche Behandlung, freie Arznei und sonstige Heilmittel.

Durch Statutenänderung kann das Sterbegeld verdoppelt, d. h. auf den vierzigfachen Betrag des durchschnittlichen Tagelohns erhöht und beim Tode der Ehefrau oder eines Kindes eines Versicherten gleichfalls ein Sterbegeld gewährt werden.

Ein großer Teil jener Leistungen, die wir als Obligatorium fordern, kann also schon heute durch Statut festgelegt werden. Die Frauen könnten ferner dafür eintreten, daß weibliche Ärzte und weibliche Kontrolleure in größerer Zahl angestellt werden. Damit ist unseren Genossinnen wohl hinlänglich bewiesen, von welcher Wichtigkeit die Zusammenfassung der Generalversammlung ist, die das Statut zu beschließen hat, wie wichtig also die Ausübung des Wahlrechts bei den Vertreterwahlen zur Generalversammlung ist. Doch neben diesem praktischen Nutzen, den die Ausübung des Frauenwahlrechts und die Teilnahme der weiblichen Mitglieder an der Kassenverwaltung ihnen bringen kann, erzielen sie auch noch einen hohen ideellen Vorteil. Der besteht darin, daß die Frauen durch ihre Mitbeteiligung die soziale Gesetzgebung kennen lernen, ihr soziales Empfinden und Versehen geweckt und entwickelt wird und daß der Gedanke von der Wichtigkeit und der Bedeutung des Frauenwahlrechts nicht nur zu den Krankenkassen, sondern des Frauenwahlrechts zu allen gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften weitere Kreise erfährt und festere Wurzel schlägt.

Aus diesen Erwägungen heraus ist deshalb im vergangenen Jahre vom Parteivorstand und von der Generalkommission an alle örtlichen Parteileitungen und Gewerkschaftsstellen ein Zirkular ergangen, welches zur Propaganda unter den weiblichen Kassenmitgliedern auffordert. Ein populär gehaltenes Flugblatt, das die Frauen zur Ausübung ihres Wahlrechts in den Krankenkassen aufrief, ward gleichzeitig vom Frauenbureau zur Verfügung gestellt. In 100 000 Exemplaren ist das Flugblatt verlangt worden. Getwis viel zu wenig. Aber immerhin erfährt man an dieser Zahl schon, was von der offiziellen Notiz zu halten ist, die am 6. August in der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Vost“ gebracht und von den meisten Parteizeitungen übernommen und mit einer kritischen Fußnote versehen wurde. Es hieß in dieser Notiz u. a.:

„Die Wählbarkeit der Frauen, die bisher nur für die Versicherungsbeiträge der Krankenversicherung zugelassen war, soll entsprechend dem starken Vordringen der weiblichen Erwerbstätigkeit und mit Rücksicht auf die den Frauen in erster Linie zugute kommende Hinterbliebenenversicherung auch auf die Versicherungsbeiträge der Unfallversicherung, die Berufsgenossenschaften, und auf die Unfallversicherungs-Anstalten ausgedehnt werden. Nun fordert allerdings ein Teil der Frauenvereine auch das Wahlrecht zu allen Versicherungsbeiträgen. Wenn aber die Reichsregierung dieser Forderung grundsätzlich ablehnend gegenübersteht, so ist sie dabei in der Lage, sich auf die Tatsache zu berufen, daß die Wahlbeteiligung der Frauen bei den Krankenkassen, wo sie seit 27 Jahren das Wahlrecht haben, ganz gering gewesen ist. So hat bei den Krankenkassenwahlen in Leipzig von 42 000 Frauen keine einzige gewählt. Ebenso war in Hamburg-Altona eine völlige Wahlenthaltung der Frauen zu verzeichnen. In Frankfurt a. M. wählten von 20 000 versicherten Frauen 182. In der Berliner allgemeinen Krankenkasse beteiligten sich von 40 000 Frauen 24 an der Wahl.“

Daß der reaktionäre Offiziosus, der diese Notiz verbrachte, ganz elend geschwindelt hat, beweist schon die Tatsache, die uns aus Hamburg bekannt ist, daß bei der kaufmännischen Ortsklasse die Beteiligung der weiblichen Wähler seit Jahren eine sehr gute war. Das gleiche ist zu melden von der Berliner kaufmännischen, sowie von der Schneider-Ortskrankenkasse. In Leipzig sind 1907 nicht weniger denn 3000 Frauen zur Krankenkassenwahl gegangen — wie auf der Frauenkonferenz in Wannheim berichtet wurde —, in Chemnitz im selben Jahre 1718, und in Dresden war im Jahre 1909, dank der starken Beteiligung der Frauen ein glänzender Sieg der vom Kartell aufgestellten Kandidatenliste zu verzeichnen. Außer den freiorganisierten Arbeiterinnen hatten sich auch die Christinnen stark an der Wahl beteiligt. Immerhin muß die Beteiligung in Zukunft noch eine weit bessere werden. Geschieht das, dann ist den reaktionären Parteien auch gleichzeitig die Möglichkeit genommen, die laue Beteiligung der Frauen an den Wahlen anzuspüren gegen eine Erweiterung des Frauenwahlrechts.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 46. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Kampf um Arbeit und Lohn. Von A. Kautsk. — Innere Kämpfe in der österreichischen Sozialdemokratie. Von Otto Bauer. — Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. Von Agnonon Lee. (Schluß.) — Agrarische Rundschau: A. v. Wittke. Die Gewerkschaftsbewegung in Ausland. Von R. Kautsk. — Offizielle Rundschau: Geschichte der modernen Gemeindebetriebe in Italien. Von Dda Elberg. — Zeitschriftenankündigungen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Kosmos.“ Handwörter für Naturfreunde. VII. Jahrgang. Heft 7/8 a 30 Pf. Jahrgang 12 Hefte 2.80 M. — „Deutsche Monatschrift.“ Zeitschrift für Technik, Kultur und Leben. Von Friedrich Kahl und Dr. Adolf Kahl. Heft 6/7. Vierteljährlich 1,75 M. Franzische Verlagsgesellschaft, Stuttgart.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenrunde unter Lindenstraße Nr. 60, vorn über Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Envelope und eine Zahl als Wechselzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Willige Fragen trage man in der Ehrenrunde vor.

E. S. G. Wenden Sie sich mit der Anfrage an die Zeitschrift „Die Flamme“, Berlin, Briefstr. 5. — H. G. U. Klagen Sie eine Beschwerde an den Magistrat, für den Fall der Unzulänglichkeit eine Petition an die Stadtvorordnetenversammlung. — Helote. In einem im Frühjahr erschienenen Artikel haben wir unsere dahingehende Ansicht ausgeprochen. Diese wird von den Steuerbehörden nur in anscheinend geringem Maße gestillt. — Reinickendorf 123. Rein. — W. S. S. 1. und 2. Ja. 3. Von dem Verdienst ist nichts der Pfändung unterworfen. — C. W. 4. An das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Kinder wohnen. Ist Ober-Schönebeide der Wohnort, so ist das Amtsgericht in Köpenick zuständig. Die Kosten sind nicht erheblich. — S. W. 1870. Ja. — G. W. 8. Darüber befindet das Gericht. Es muß ein sachgemäher Antrag gestellt werden. — P. P. 47. Nieder-Schönehausen. Wir können zum Beweis nicht raten. — P. M. 500. Vom Lohn sind etwa 9 M. wöchentlich pfändbar. — W. W. 60. 1. Antrag beim Vormundschaftsgericht. 2. Das ist zweifelhaft, verursacht aber Kosten. 3. Die Bestellung eines Vormundes ist unzulässig, solange der Vater lebt. Dagegen kann ein Pfleger, der natürlich nicht der Vater sein darf — bestellt werden. — R. 110. 1. und 2. Rein. 3. Ja. — W. P. 66. Die Beantwortung ist ohne Kenntnis des näheren Sachverhalts nicht möglich. — W. 2. u. 10. C. G. Ein Arzt beantwortet die Fragen am geschicktesten. — S. G. 25. Das ist strafbar. — W. W. 38. 1. 36 000 M. Gehalt, 24 000 M. Repräsentationszulage. 2. Ja, in der Regel jedoch ausschließlich Repräsentationszulage. 3. Etwa 80. 4. Aus dem Bereichlichen Etat. — G. P. 25. Eine solche Verpflichtung besteht u. U. — W. D. 99. Das ist nicht anzuraten. Der Betreffende kann bestraft werden, muß möglicherweise auch noch dienen.

Kritischer Marktbericht der rüblichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft reger, Preise für Schweinefleisch anziehend, sonst unperändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft schlecht, Preise nachgehend. Weizengr.: Zufuhr ausreichend, Geschäft etwas lebhaft. Weizen: Preisrückgang. Roggen: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Hafer und Raps: Zufuhr gering, Geschäft ruhig, Preise unperändert. Gemüse, Obst und Getreide: Zufuhr reichlich, Geschäft anfangs still, später lebhaft, Preise wenig verändert.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 12. August.
Anfang 7 Uhr.
Neues Künigl. Opern-Theater.
Trifan und Holde.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Der Widerspenstigen
 Zähmung. (Anf. 7 1/2 Uhr.)
Kammer (vielle Liebeshölzer.
Sefing. Das Komarr.
Thalia. Polnische Witschaft.
Neues. Kofernheit.
Komische Oper. Der Regiments-
papa.
Berliner. Talfun.
Kleines. Nur ein Traum. (Anfang
 1/2 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Der
Mügger.
Berliner Volksoper. Mt-Heidel-
berg. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Gebbel. Wenn gebürt Helene?
Der Stuh auf der Reboute. (An-
fang 8 1/2 Uhr.)
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.
Lustspielhaus. Das Leutnants-
mündel.
Welken. Die geschiedene Frau.
Reizend. Im Laubenschlag.
Schiller O. (Männer-Theater.)
Die Zauberflöte.
Schiller Charlottenburg. Die
von Hochsattel.
Luffen. Aus der Goldwage.
Gerrnsfeld. Die Welt geht unter.
Wenn zwei dasselbe tun.
Kole. Ein seltsamer Fall.
Metropol. Hölz 11 — Die große
Revue.
Hölz Caprice. Die Hölz 13. —
Die feurige Loinette. (Anfang
 8 1/2 Uhr.)
Volat. Bineta.
Puhlmann. Verliebte Mädchen.
Apvella. Spezialitäten.
Vafage. Spezialitäten.
Weichballe. Seltener Säng.
Walhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Geschlossen.
Karl Oberland. Spezialitäten.
Vater. Im Reiche des Mars.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr. Von der Zugspitze
 zum Watzmann.
Sterntanz. Insalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Männer-Theat.)
Gottscheid-Oper.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Zauberflöte.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zar und Zimmermann.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Zauberflöte.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Undine.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Luffpiel in 3 Aufzügen von Leo
Waller Stein und Ludwig Keller.
Ende nach 10 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins.
Jeden Sonntag **Gr. Konzert.** Aufstufen der besten
und Dienstag: **Gr. Konzert.** Aufstufen der besten
Turnspielkünstler der Welt The Lepolla.
The 3 Blackburns, phänomenaler Mr. Steffin mit seinem Kontreng-
Lustspiel-akt. lösen Dreifur-akt:
Pony, Gel, Schwein u. Hund, u. das neue beste Programm Berlins.
Jeden Sonntag: **Riesen**
Land- und Wasser-Feuerwerk und Ball.
Jeden Dienstag: **Größtes Rinder-Freudefest.**
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

„Pharus-Sommer-Theater“
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.
Berlin N., Mallerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten, bei Regen im Theatersaal:
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Aktraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr, wochentags 6 Uhr.

Luna-Park
TERRASSEN
HALENSEE
Größter Vergnügungspark
des Kontinents.
Sensationelle Attraktionen, Translatour- und Militär-
Kapellen, Oberbayerische Sängler und Schuhplattler.
Eintrittspreis 50 Pf.
Neu! Tanagra! Neu!
das achte Weltwunder.

CIRCUS
Cyrril Hatlé
Das Monstrum aller europäisch. Zelt-Circusse
Berlin, Potsdamer Straße
(alter Botanischer Garten) — Tel. VI, 129.
Freitag, 12. August, abends 8 1/2 Uhr:
Ehrenabend
des Schulreiters Herrn Kurt Just,
außerdem außerordentliches Gastspiel des Hof-Opern-
sängers a. D. Herrn Cremo Hoffmann als
Heldentenor zu Pferde.
Der allgemeinen schlechten Konjunktur Rechnung
tragend und um jedermann den Besuch meiner
glänzenden Vorstellungen bequem zu ermöglichen,
habe ich mich entschlossen, die Wochentagspreise
wie folgt erheblich herabzusetzen:

!Kleine Preise!

Wochentags		Sonntags	
Galerie	30 Pf.	Galerie	40 Pf.
III. Platz	60 Pf.	III. Platz	80 Pf.
II. „	80 Pf.	II. „	1.00 M.
I. „	1.00 M.	I. „	1.50 „
Sperrsitz	1.50 „	Sperrsitz	2.00 „
Logensitz	3.00 „	Logensitz	3.00 „
Fremdenlogensitz	4.00 „	Fremdenlogensitz	4.00 „

Die Direktion.
Ab 16. August neue Debüt!
Hugo Renz kommt!

Lessing-Theater.
Freitag 8 Uhr: **Das Konzert.**
Sonnabend 8 Uhr: **Gedda Gähler.**
Sommerpreise: Partell 5, 4 u. 3 R.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Talfun.**
Morgen: **Talfun.**

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Täglich:

Kasernenluft.

Berliner Volksoper.
Heute 1/2 Uhr:
Gastspiel des Neuen Schauspielhauses:
Mt-Heidelberg.

Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die geschiedene Frau.
Operette von Leo Fall.

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luzemburg.
Operette in 3 Akten von H. R. Köhler
u. H. Bobansky. Musik v. Franz Lehár.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.

Im Laubenschlag.
Schwan in 3 Akten von Comtequin
und Heber.
Morgen und folgende Tage dieselbe
Vorstellung.
Sommer-Preise.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:

Das Leutnantsmündel

Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.

Auf der Goldwage.
Schau in 5 Akten v. Stahl u. Ritterfeldt.
Morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Auf der Goldwage.
Sonntag 8 Uhr: Der kleine See.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Ein seltsamer Fall.
Wand. Schauspiel in 4 Akten
von Morton und Gumbler.
Anfang 8 Uhr. Ende 1/2 11 Uhr.
Auf der Gartendüne: Theater-
vorstellung, Spezialitäten, großes
Konzert. Anfang 4 1/2 Uhr.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schultze.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Am Carl täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10—6 Uhr 1 R., v. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauerl. 6 R.

Sozialdem. Wahlverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises.
Sonntag, den 14. August 1910:
Großes Sommerfest
im Insel-Restaurant, Plötzensee, Seestr. 81
(veranstaltet von der 7. und 8. Abteilung)
bestehend in Konzert, Gesang, Spezialitäten, turnerischen Aufführungen, Raritäten-
Kabinet, Volksbelustigungen aller Art.
Von 4 Uhr ab im Saal und Bal-Champötto: **Großer Ball.**
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.
Jedes Kind erhält am Eingang eine Stocklaterne und einen Bon zur Benutzung des
Karussells oder der Luftschaukel gratis.
Kasseneröffnung 12 Uhr. Anfang des Konzerts 3 Uhr.
Eintrittspreis 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.
229/1
Das Komitee.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Heute abend 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum
Watzmann.

Apollo
Theater
8 Uhr. Das 8 Uhr.

sensationelle
Programm.
10 große Attraktionen 10.

WINTERGARTEN

Geschlossen!
Wieder-Eröffnung
Mittwoch, den 17. August.

Herrnfeld
Theater
Die größten Schlager
der letzten Saison:
Die Welt geht unter! und
Wenn zwei dasselbe tun
mit Anton und Donat Herrnfeld.
Bismarckstr. 11—2 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ein einziger Erfolg!
In einem amerikanischen
Bulldog-Tingeltangel.
La mime espagnole
Zoraita
und das großartige August-
Programm.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem
eisernen Schlund!
Von 4—7 Uhr
Vitascope-Theater
Aguanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension
Alles ohne Extra-Entree!

Viktoria-Garten Treptow.
Empfehlen sein Etablissement zu kulanten Bedingungen.
Einige Sonnabende noch frei.
Inh.: Karl Ludwig
in 457 L.

Ausstellungshalle am Zoo.
Täglich (Anfang 8 Uhr):
Kinetographische Vorführungen.
ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-
Doppel-Konzert
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Walhalla
Viele Theater
Weinbergweg 19-20, Rosenh. Tor.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die neuen amüsanten
Spezialitäten.

Puhlmanns Theater
Schönh. A. 143 — Kastanien-A. 97/99.
Wenn schön — im Garten!
Wenn Regen — im Saal!
1/2 8 Uhr:
Verliebte Mädchen.
Vollständ. mit Gesang u. Tanz in 3 Akte.
Segals komische Menschen (Sü-
berverwandlung) und die 20 hervor-
ragenden August-Spezialitäten.
Anfang 1/2 8 Uhr. Kasse 2 1/2 Uhr.
Ball. Entree 20—30 Pf.
Kinder halbe Preise!
Sonnabend: Von Stufe zu Stufe.

Schweizer Garten
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich um 9 1/2 Uhr:
Berliner Herzen.
Volkstück mit Ges. in 2 Akt.
Neue Spezialitäten.
Volksbelustigungen. Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Voigt-Theater
Gefundbrunnen Badstr. 56.
Freitag, den 12. August:
1/2 8 Uhr **Bineta.** 1/2 8 Uhr
Gr. romant. Lebensbild mit Gesang
und Tanz in 3 Akten von D. Schulz.
Das große August-Programm.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Deute
Schützenlis'l.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

BBB
Brunnenstraße 16.
Das größte Kino-
Theater Berlins.
Neues Programm.
Eintritt 30 Pf.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
Konzert, Theater,
Spezialitäten.

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: Rudolf Krüger.
Hasenholde 13/15, vis-à-vis v. Turmpl.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Artist. Leitung: Walter Gravenitz,
Kapellmeister: Max Woltheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 1/2 8 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Holsmarktstr. 72, Ecke Wilmersdorferstr.
Im herrlichen Naturgarten (bei un-
günstiger Witterung im Theatersaal).
Real Kurzer Gahler, der Brill. Musik-
virtuos, Irene u. Max Maxwell, Revüist:
Frauenemanzipation! Schwanl, usw.
NB. Rein großer Festsaal ist noch
an einigen Sonnabenden u. Sonn-
tagen an Vereine zu vergeben.

Reichshallen-Theater.
Von nun nied. täglich:
Stettiner
Sänger
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Grotzerstr. Inhab.: Rud. Merz,
Schönhäuser Allee 129, Tel. 3, 9333.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur
Sonnabend, Sonntag u. Montag.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 4 1/2 Uhr. Verzugskarten,
nur wochent. gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wech. Progr. Jed.
Sonnt. i. Oberaal: Künstlerkonzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.
Täglich: Freikonzert.

Volksgarten-Theater
früher Wolmann.
Badstr. 5, Behns u. Bellermannstraße.
Täglich: Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorst. Das neue Riesen-
Augustprogramm. Revü: Der Zigeuner-
baron, od.: Die Jagd u. d. Schwieger-
sohn. Poffe m. Gef. u. Tanz in 5 Akte.
Jed. Donnerst.: Gr. Brillant-Fourer.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Achtung! **Dresdener** Achtung!
Kasino-Säle
Dresdenerstr. 96, 4202
Sonnabende u. Sonntage frei mit
einer Bühne.
Trotz IV. 8666. Ad. Huxfeldt.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

